

Blätter des Bundes der  
Religiösen Sozialistinnen  
und Sozialisten  
Deutschlands e.V.

**2/20**

Oktober 2020 · 73. Jahrgang  
Einzelverkauf 7,- €

CHRISTIN  
CHRIST UND  
SOZIALISTIN  
SOZIALIST

**CUS**

**Pandemie und Ungleichheit – der Normal-  
zustand als Problem**

**Konsum vs. Grundrechte**

Forum

Erinnerung an Erhard Eppler

Der „Fall Lüdemann“ – eine Kontroverse

Religiöser Pluralismus, Fremdheit und Verständigung

Bundesnachrichten

Rezensionen

**KREUZ UND ROSE**



## IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/  
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**  
Blätter des Bundes der Religiösen  
Sozialistinnen und Sozialisten Deutsch-  
lands, erscheint seit 1948.

### Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und  
Sozialisten Deutschlands e.V., gegrün-  
det 1919/1926

### Vorstand:

Gerhard Fuchs-Kittowski, Jürgen  
Gorenflo, Sabine und Andreas Herr,  
Thomas Kegel

### Redaktion:

Thomas Kegel (v.i.S.d.P.)  
Oeltzenstr. 16, D-30169 Hannover  
Tel.: +49/(0)5 11/34 08 92 53  
E-Mail: brsd.nord@mailbox.org

### Redaktions-Beirat:

Volker Beckmann, Herford  
Reinhard Gaede, Herford  
Wilfried Gaum, Hannover  
Jürgen Gorenflo, Norderstedt  
Dietlinde Haug, Bad Oeynhausen  
Elmar Klink, Bremen

### CuS/BRSD im Internet:

www.BRSD.de

### Webmaster:

Thomas Kegel, Hannover

### Abonnements:

Erscheint mit ca. 3 Ausgaben im Jahr –  
auch als PDF-Datei abonnierbar  
Bundessekretariat, Andreas Herr,  
Effnerstr. 26, D-85049 Ingolstadt,  
brsd-sued@gmx.de

### Preise:

Einzelheft: € 7,-, Jahresabonnement,  
Inland: € 20,-, Welt: € 30,-, Förder-  
abonnement € 25,- oder mehr.  
Kündigungen werden zum Jahresende  
wirksam. Bitte überweisen Sie den  
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an  
den BRSD e.V., KD-Bank,  
IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10,  
BIC GENODED1DKD

### Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann, Kreativ-Schmiede,  
Hamburg, www.kreativ-schmie.de

### Druck:

Druckerei Hermann, Ingolstadt,  
druckerei-ingolstadt.com

ISSN 0945-828-X

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Editorial der Redaktionsleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>Bundesnachrichten .....</b>	<b>3</b>
Michael Krohn	
<b>Schwierige Nachfolge in pandemischen Zeiten – auf wessen Nähe vertraue ich? .....</b>	<b>4</b>
<b>Wir sind nicht im Krieg .....</b>	<b>7</b>
Thomas Kegel	
<b>Social Distance – Soziale Distanz .....</b>	<b>9</b>
Conrad Wilitzki	
<b>Vom allein seligmachenden Markt zum allmächtigen Markt .....</b>	<b>10</b>
Britta Rabe	
<b>Pandemie und Ungleichheit – der Normalzustand ist das Problem.....</b>	<b>13</b>
Gregor Kriditis & Per Holderberg	
<b>Soziale und politische Ungleichheit in der Covid-19-Pandemie .....</b>	<b>17</b>
Reinhard Gaede	
<b>Erhard Eppler – ein Nachruf.....</b>	<b>22</b>
Erhard Eppler	
<b>Die solidarische Gesellschaft als Voraussetzung für den Frieden .....</b>	<b>24</b>
Elmar Klink	
<b>Zweifel eines und an einem Theologen.....</b>	<b>30</b>
Reinhard Gaede	
<b>Glaube und Geschichte nach religiös-sozialistischer Tradition .....</b>	<b>39</b>
Theo Sundermeier	
<b>Nur gemeinsam können wir (über)leben .....</b>	<b>51</b>
Franz-Josef Overbeck	
<b>„Religiöse Pluralität in Europa: Chance oder Bedrohung des Friedens?“ .....</b>	<b>54</b>
<hr/>	
<b>REZENSIONEN</b>	
Elmar Klink	
<b>Zeugnis und Engagement .....</b>	<b>60</b>
Franz Segbers	
<b>Jesus – Marx – und ich .....</b>	<b>66</b>
Ulrich Duchrow	
<b>Ökonomie der Ungleichheit .....</b>	<b>67</b>
<b>Bilder- und Fotosnachweis .....</b>	<b>69</b>
<b>Autor*innen-Nachweis .....</b>	<b>69</b>

# Editorial der Redaktionsleitung

Unser zweites Heft in diesem Jahr erscheint im Herbst mit einiger Verspätung. Wir sind ein kleiner Kreis von aktiven Redakteur\*innen, die beruflich und politisch in eine ganze Reihe von Aktivitäten eingebunden sind und die redaktionelle Arbeit auch daneben noch leisten müssen. Hinzu kommt, dass unsere Bemühungen, eine gesicherte personelle Basis für unsere Arbeit herzustellen, nur mit mäßigem Erfolg beschieden sind. Mag sein, dass dies auch mit den Diskussionen zusammenhängt, die nicht nur unsere Zeitschrift, sondern auch die Aufgaben und sogar die Existenzberechtigung des Herausgebers, den Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands insgesamt auf den Prüfstand stellen.

Die notwendige Selbstverständigung der Funktion und Rolle religiöser Sozialist\*innen ist noch nicht recht in Gang gekommen und das rächt sich auf dem auch politisch vorhandenen „Markt der Möglichkeiten“, zumal sich angesichts der ersten großen Pandemie mit dramatischen menschlichen und ökonomischen Folgen sowie die immer akuter sichtbar werdenden Menetekel für die Klimakatastrophe die politischen Schwerpunkte für die Arbeit vielleicht überdacht und neu gesetzt werden müssen. Dies gilt nicht zuletzt für eine sich immer stärker durchsetzende Sichtweise auf den Rassismus und andere Ideologien der Ungleichheit, die in ihren praktischen Konsequenzen mehr mit dem Reichtum und dessen Entstehung zu tun haben, als vielen auch von uns religiösen Sozialist\*innen jetzt schon klar ist. Diese Akzentverschiebungen in den politischen Bewegungen finden weder in unseren innerverbandlichen Diskussionen noch in unserem aktuellen Heft schon ihren angemessenen Platz.

Dennoch legen wir ein Heft vor, das mit seinen Beiträgen und Fragestellungen das Interesse unserer Leserinnen und Leser wecken kann. Wie im ersten Heft 2020, haben wir auch dieses Mal einen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit der Corona-Pandemie. Dieses Mal beschäftigen wir uns damit aber stärker als im Frühjahr. Britta Rabe vom Komitee für Demokratie und Grundrechte weist in ihrem Beitrag „Pandemie und Ungleichheit. Der Normalzustand ist das Problem“ darauf hin, welche sozialen Folgen die Krisenpolitik zeitigt. Sie hat außerdem auch die Situation der Geflüchteten im Blick. Und B. Rabe kritisiert aus unserer Sicht mit guten Argumenten, dass die Kritiker dieser Politik ein verengtes Grundrechtsverständnis aufweisen und beim Einfordern von Handlungs- und Bewegungsfreiheit an die Wiederherstellung des konsumistischen Normalzustandes denken, der gerade zur Entwicklung dieser Pandemie beigetragen hat. Gregor Kritidis und Per Holderberg aus dem Umfeld der „Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ kritisieren aus ihrer Sicht in ihrem Beitrag „Soziale und politische Ungleichheit in der Covid-19-Pandemie“ manche Unwucht in der staatlichen Bear-



*Redaktionsbeirat am 11. März 2017, sitzend: Dietlinde Haug, Friedrich-Wilhelm, Bargheer, Doris Gerlach, stehend: Elmar Klink, Thomas Kegel, Reinhard Gaede, Volker Beckmann*

beitung der Krise und sehen auch verfassungsrechtliche Problematiken, die mittlerweile auch von namhaften Verfassungsrechtlern geteilt werden: „Ein sachlicher, explizit als politisch zu bezeichnender Diskurs, ohne Panik, Hysterie und der Verunsicherung durch teilweise nicht vorhandene valide Statistiken, ist hierfür unabdingbar. Expertisen müssen von allen Wissenschaften gehört werden, sowohl die der Epidemiologie als auch von Verfassungsrecht und Politikwissenschaft.“ Die selbstkritischen Äußerungen des Bundesgesundheitsministers Spahn zeigen aber, dass auch Selbstkritik und Lernprozesse möglich sind. François Vaillant und Marie Bohl weisen in ihrem Artikel „Wir sind nicht im Krieg“ auf die militaristische Bearbeitung der Pandemie in unserem Nachbarland Frankreich hin und weisen diese für unsere Ohren eher skurrilen Versuche der gesellschaftlichen Mobilisierung zurück. Die beiden Autoren sind Mitglieder des MAN (Mouvement pour une alternative non-violente/Bewegung für eine gewaltfreie Alternative). Welche Herausforderungen die Pandemie für Christenmenschen mit sich bringt, ist bei Michael Krohn, der in der evangelischen Männerarbeit tätig ist, zu erfahren: „Schwierige Nachfolge in pandemischen Zeiten – Auf wessen Nähe traue ich in diesen Zeiten?“ Unser Redakteur Thomas Kegel steuert mit „Social Distance“ einen zum Nachdenken anregenden lyrischen Beitrag bei. Den Abschluss dieses Schwerpunktes bildet eine kurze Betrachtung von Conrad Wilitzki, der in „Vom allein seligmachenden Markt zum allmächtigen Markt – Verschwörungsideologen-Demos als erste libertäre Bewegung Deutschlands“ auf die verschiedenen politischen und religiös-fundamentalistischen Anheizer dieser von zunehmend von rechts okkupierten Bewegung hinweist. „Libertär“ als Bezeichnung für diese Protestbewegung möchten wir nicht stehenlassen: libertär ist für uns immer noch ein fortschrittlicher, dem freiheitlichen Sozialismus im Gegensatz zum autoritären verpflichteten Begriff. Uns ist aber auch klar, dass dies in den USA leider mittlerweile anders ist: hier sind es marktfundamentalistische, neoliberale Ultras, die sich „libertär“ nennen.

In unserem Forum haben wir eine bunte, wenn auch nicht beliebige Mischung an Diskussionsbeiträgen anzubieten. Die Sache eines freiheitlichen Sozialismus scheint es uns auch zu rechtfertigen, jetzt noch an einen in diesem Umfeld tätigen und bis an sein Lebensende dafür eintretenden Streiter zu würdigen: wir erinnern mit einem Nachruf von Reinhard Gaede an den linken Sozialdemokraten Erhard Eppler und – bringen dessen Rede zum 100. Jahrestag des Sozialistenkongress im Basler Münster 2012 „Die solidarische Gesellschaft als Voraussetzung für den Frieden“ erneut in Erinnerung – wir haben diesen immer noch aktuellen und bedeutsamen Text eines streitbaren Sozialdemokraten bereits 2013 einmal gebracht. Elmar Klink und Reinhard Gaede setzen sich in ihren Beiträgen mit dem „Fall Lüdemann“ durchaus kontrovers auseinander: Lüdemann war seit Ende der 1980er mit seinen – durchaus nicht in allem originellen Kritiken an der Verfälschung von Leben und Worten unseres Herrn und Bruders Jesus hervorgetreten und hatte insbesondere in der Amtskirche heftige Reaktionen hervorgerufen, bis hin zur erzwungenen Änderung seiner beruflichen Position als Universitätsprofessor. Theo Sundermeier beschreibt in 21 Thesen, wie nur ein aktives Verstehen wollen zum Überleben der bereits stattfindenden Krisen beitragen kann. – Der Titel seines Beitrages ist dessen Programm „Nur gemeinsam können wir (über)leben – Aber: Können wir den Fremden verstehen?“. Franz-Josef Overbeck schließt mit der Widergabe seiner Rede bei der Tagung der Chri-

stinnen und Christen in der SPD aus dem April 2019 unser diesmaliges Forum ab. Sein Thema „Religiöse Pluralität in Europa: Chance oder Bedrohung des Friedens?“ ist aktuell, weil religiöser Fundamentalismus ja nicht nur in den Americas und Afrika, sondern auch hier in evangelikalen und pfingstlerischen Kreisen grassiert. Sein Fazit wollen wir gerne diskutieren: „Wenn Religionen sich – wie auch der demokratische Staat des Grundgesetzes – auf den Wert der Freiheit berufen und diesen für jeden Menschen individuell achten, dann ist die Gefahr einer Bedrohung des Friedens gering. Wenn sie aber diese Freiheit einerseits für sich ausnutzen und andererseits anderen verweigern, dann kann religiöse Pluralität zur Gefahr werden.“

Auch in diesem Heft bringen wir wieder Rezensionen, die unsere Leserinnen und Leser auf Bücher hinweisen sollen, die wir für interessant und wichtig halten. Ulrich Duchrow rezensiert das nächste „Hammerwerk“ des französischen Ökonomen Thomas Piketty nach dessen Fundamentalkritik „Das Kapital im 20. Jahrhundert“: Dieses Mal geht es um die „Ökonomie der Ungleichheit“, die mit 144 Seiten tatsächlich eine Einführung ist, aber eine profunde! Franz Segbers stellt in einem kurzen Beitrag das Buch „Jesus – Marx – und ich“ von Edda Lechner vor. Der Untertitel verspricht die Darstellung der Lebensgeschichte einer Achtundsechzigerin in der Kirche und es macht Lust aufs Lesen dieser Biographie, wenn hier eine mutige und konsequente Frau ihren Lebensweg zwischen Kirche, antiautoritärer, maoistischer und dann sozialistischer Bewegung vorstellt. Zum 70. Geburtstag eines Aktivisten von ganz anderer Ausrichtung handelt die letzte Rezension, die Elmar Klink zum „Zeugnis und Engagement Ermutigung zum gewaltfreien Leben“ von Ullrich Hahn uns eingeliefert hat. In Zeiten zunehmender Gewaltpotenziale und Gewalttätigkeit ist der rezensierte Band von besonderer Bedeutsamkeit: Der Untertitel bringt es zum Ausdruck: „Ullrich Hahn: Vom Lassen der Gewalt. Thesen, Texte, Theorien zum Gewaltfreien Handeln heute.“

Nun hoffen wir auf geneigte Leserinnen und Leser und sind gespannt, wie es weitergeht mit unserer Zeitschrift und unserem Bund.

Jürgen Gorenflo, Thomas Kegel, Wilfried Gaum

## Bundesnachrichten

**A**m 25. September war die diesjährige Mitgliederversammlung – live in Kassel, aber auch online oder per Telefon – erstmals in der Geschichte des Bundes. Erfreulicherweise hatten sich neben den fünf „in Kassel“ noch zehn „Mitglieder online“ an den brandaktuellen Diskussionen beteiligt. Immerhin ging es um nichts Geringeres als um den Fortbestand des Bundes.

Das Protokoll wird euch bis zur Druck-

legung dieser Zeitschrift per Mail oder per Post erreicht haben. Sollte es nicht so sein, bitte schreibt mir oder ruft mich an.

Auf den Punkt gebracht ist die einfache Frage: Lohnt es sich „für diesen „Bund“ zu kämpfen? Lohnt es sich, ein wenig seines Engagements in diesen religiösen Sozialismus zu stecken? Ja, jeder engagiert sich irgendwo anders – mal weniger, mal mehr – kann es nicht auch dieser Verein, der kurz vor dem 100-Jährigen steht, sein?

Ich denke, bei einigen ist das schon angekommen, und damit ist eventuell eine Wendung zu schaffen. Hier wie immer der Appell an alle: Bringt euch ein!

Wir haben in unserer Veröffentlichung der „CuS“ eine Neuausrichtung beschlossen. Dieses wird den Mitgliedern mit dem Protokoll, den Abonnenten im Dezember 2020 bekannt gegeben.

Die folgenden Termine stehen natürlich unter dem Vorbehalt der Corona Pandemie, die uns immer noch festhält. In den angedachten Veranstaltungen wird natürlich Wert auf die geltenden Hygiene-Vorschriften gelegt:

#### **Regionaltermine:**

*Für den Süd-Westen (Baden-Württemberg):*  
Montag, 26. Oktober 2020, 15.00 Uhr. Termin hat schon statt gefunden – Dr. Ulrich Börngen, Stuttgart: „Menschentum missachtender Kapitalismus“ (1932) – Folgen und Widerstand. (Ulrich hat die Aufzeichnungen seines Vaters durchgearbeitet und hat diese als Buch herausgegeben.)

*Für Bayern:*

Es ist noch in diesem Jahr eine Veranstal-

tung geplant. Die Einladung dazu wurde regional versendet. Auch hier: Wer keine Einladung bekommen hat, bitte melden.

*Und im kommenden Jahr:*

3-Länder-Treffen in Rorschach am Bodensee vom 25.–27.06.2021 unter dem Thema „Religionen und die soziale Frage“ statt. Bitte merkt euch den Termin vor, für die Anmeldung ist noch ein wenig Zeit.

Unter welchen Bedingungen der ökumenische Kirchentag in Frankfurt stattfindet wissen wir nicht. Unsere Vorbereitungen laufen und wir haben bereits die Zusage für unseren Stand auf der „Agora“ (Markt der Möglichkeiten) erhalten. Ausstehend ist noch die Zusage für ein politisches Nachtgebet – eine alte Tradition im Bund lebt seit Dortmund wieder auf! Der Kirchentag findet vom 12.–16.5.2021 unter dem Leitmotiv „schaut hin“ statt. Frankfurt ist der Sitz unseres Vereins, des BRSD! Wir müssen uns ja aus diesem Grund schon dort zeigen!

Es grüßt Euch in Verbundenheit  
Andreas Herr

### **Schwerpunkt Corona**

## **Schwierige Nachfolge in pandemischen Zeiten – auf wessen Nähe vertraue ich?**

*Von Michael Krohn*

**I**n Zeiten der Pandemie treten vermehrt die bekannten politischen Stimmen auf den Plan, die uns heute dazu mahnen, aus Sicherheitsgründen den staatlichen Beschränkungen unseres vertrauten Soziallebens Folge zu leisten. Die Sicherheit, die uns heute versprochen wird, dass alles gut wird, wenn wir nur auf den Staat setzen, wurde uns auch

schon vor der Finanzkrise 2008 versprochen, wenn wir nur auf den Markt setzten. Dann wurde klar, dass das neoliberale Märchen vom immer effizienten und überlegenen Markt zusammenbrach und der Staat einspringen musste. – Die Rechnung mussten wir alle zahlen. Hat sich danach etwas geändert? – Wurden die Märkte wesentlich eingedämmt? Gab es danach mehr Sicherheit? In einer markt-konformen Demokratie ist es heute dem-

gegenüber der Staat, der uns als Garant für Sicherheit und Gesundheit versprochen wird. Wird es dadurch also auf Dauer mehr Sicherheit geben? Oder kehren nach dem staatlichen Durchgreifen im Jahr 2020, das manchen von uns ein behagliches Home-Offices beschert hat, während andere von existenzieller Not standen und wir alle auf Abstand gehen mussten, nicht doch wieder nur die Märkte zurück, die ihren Herrschaftsanspruch nun über den Impfschutz mit staatlicher Flankierung durchsetzen wollen? Sind wir erst sicher, wenn wir „den“ vermeintlich besten Impfstoff in unseren Körper haben? Trauen wir der marktkonformen Demokratie zu, uns und unsere Lieben zu schützen?

Heute ist wissenschaftlich nicht klar, mit welchen Gesundheitsfolgen ein solcher mit der kapitalistischen Brechstange eilig entwickelter neuer Impfschutz verbunden ist, der uns genetisch verändern kann. Es bleibt somit eine medial nicht zu übertünchende Unsicherheit und ein mulmiges Bauchgefühl, dass wir vielleicht auch hier mal wieder hinters Licht geführt werden sollen, da es auch hier wieder einmal um viel Geld und damit Macht geht. Oder ist diesmal wirklich alles anders, und wir müssen nur fest daran glauben und darauf vertrauen, dass wir diesmal die ganze Wahrheit erfahren, die damit nur die sein kann, die uns Menschen verkünden, an deren offizieller Deutung wir bereits 2008 nicht zweifeln sollten?

Neben den körperlichen Folgen sind das Abstandgebot und die Maskenpflicht die sichtbarsten Eingriffe in unseren Alltag, nachdem wir wieder viele Dienstleistungen in Anspruch nehmen können, die im Lockdown auf einmal nicht mehr

selbstverständlich waren. Als Christen/innen ist es unsere zentrale Aufgabe, in unserem Leben immer wieder darauf zu horchen, was Jesus uns für ein konkretes Vorbild gegeben hat, um die göttliche Liebe in unsere Lebenszusammenhänge zu bringen, gleichwie verworren oder gefährlich sich diese auch darstellen mögen. Es kommt hierbei auf den nimmermüden Versuch an, wie das Beispiel von Petrus zeigt, dessen Willensschwäche zu Beginn seiner Nachfolge beim dritten Krähen des Hahns für ihn auch nicht dazu geführt hat, gleich wieder entmutigt aufzugeben, sondern seinen Weg beharrlich im Vertrauen auf Gottes Führung und die Nähe zu seinem Herzenslehrer fortzusetzen. Ohne dieses Vertrauen würde uns daher sehr viel fehlen. Worauf vertrauen wir also in diesen Tagen? Ich vertraue auf das liebende Vorbild, das mir ein Mensch gegeben hat, der zu den Zöllnern und Kranken gekommen ist, um sie dann zu heilen, wenn ihr Glaube stark genug war. Die Heilungsgeschichten des Neuen Testaments erzählen davon, dass es erst der Glaube war, der die Erfahrung der Heilung überhaupt ermöglicht hat, die durch Jesus vollzogen wurde. Wenn aus Glauben an Jesus die Erfahrung der heilenden Liebe wachsen kann, wie sie die Kranken in der Bibel mit ihm gemacht haben, kann ich auch heute noch darauf vertrauen, dass mir Gott und seine heiligen Töchter und Söhne so nahe sind, dass ich in ihrer Nähe die Wahrheit meines Glaubens erkennen und diese dann auch im Alltag zumindest ansatzweise wiederentdecken kann?

Woran kann ich also meinen Glauben in dieser pandemischen Zeit ausrichten? Um die Erfahrung der Heilung zu spüren, die durch das tiefe Wissens des

Heilseins erwächst, das sich wiederum nach dem Vorbild Jesu und vieler anderer spiritueller Lehrer/innen im Gebet und in der Meditation einstellt, muss ich nach innen gehen und Gottes Stimme suchen. Diese leise und sehr zarte Stimme, die sich nur dann einstellt, wenn mein unermüdlich mahlender Verstand einmal etwas zur Ruhe kommt, hat etwas mit meinem Herzen zu tun. Wenn ich in der Stille Kontakt zu meinem Herzen aufnehme und spüre, welche Impulse dann auftauchen, stellt sich ab und an eine gefühlte ruhige Sicherheit ein, die mich trägt, und aus der heraus ich mein Handeln neu beleben kann. Ich habe für mich daraus zwei Wege entdeckt, die mich aus der sozialen Distanz herausführen und in Kontakt bringen, den ich in vielen Situationen sonst eben auch missen muss. Einerseits versuche ich, soweit wie möglich nicht mehr an den bettelnden obdachlosen Frauen und Männern vorbei zu gehen oder meine Ignoranz weiter damit erfolgreich zu rationalisieren, dass ich keinen Drogenkonsum finanzieren will. Diesen armen Menschen geht es gerade noch viel schlechter, da viele reichere Menschen wie ich an ihnen ängstlich vorbeigehen, die vor der Pandemie noch gespendet hätten und jetzt auf Bargeld wie auf Kontakte mit solchen vermeintlichen Infektionsherden verzichten.

Wie gut ihnen diese kurze Begegnung tut, erfahre ich durch ihre dankbaren Augen, wenn ich ihre Büchse mit etwas Geld gefüllt habe, was mir nicht wehtut und ihnen auch ein Stückchen Sichtbarkeit wiedergibt. Ich gehöre zwar nicht zu den vorerkrankten Personen, die von dem neuen Coronavirus akut gefährdet sind, sodass ich diesen Kontakt für mich in Kauf nehmen kann, muss jedoch im-



mer auch mit meiner alten Oma sprechen, ob sie denn unter diesen Umständen noch Besuch von mir haben will, was sie bislang herzlich bejaht hat. Zum anderen habe ich mir vorgenommen, jeden Tag mindestens fünf Sätze mit fremden Menschen oder entfernteren Kollegen/innen auf der Arbeit zu sprechen, was mir sonst nie einfallen würde. Auch ich gehe gerne mal auf Abstand und bleibe in meiner „sicheren“ Welt, sodass dieser bewusste Vorsatz auch vielleicht etwas an meiner Haltung geändert hat. Die kleinen Erfolge in Form von kurzen Flurgesprächen, kleinen Dialogen mit Zugpendlerinnen, die mich bisher nur aus der wartenden Ferne vom Gleis im Hauptbahnhof kannten, oder die gehörte Geschichte eines ehemaligen Obdachlosen, dem nun sein Fahrrad geklaut wurde, bestärken mich darin, neue kleine Gewohnheiten der Nähe zu entwickeln, die mein Herz etwas mehr öffnen für menschliche Begegnungen, die ich aus der Distanz nicht erfahren könnte. Jede/r kann hier den eigenen Weg der Nachfolge für sich herausfinden. Er ist einerseits durch COVID-19 schwieriger geworden, andererseits wird mir in diesen Tagen auch deutlicher, auf wen und worauf ich wirklich vertrauen kann.

*Michael Krohn, Hannover, Jg. 1972, ev., Studiengangkoordinator an der Universitätsmedizin Göttingen, engagiert sich in einer Weggemeinschaft sowie in der*

*Männergottesdienstgruppe Krafraum für Männer in Hannover. Sprecher der Regionalgr. Hannover des Netzwerkes Achtsame Wirtschaft e.V.. michael\_krohn@web.de*

## **Schwerpunkt Corona**

# **Wir sind nicht im Krieg**

**D**er Corona-Virus besitzt weder menschliche Intelligenz noch will er uns schaden; er hat also keinen Feind und ist auch selbst kein Feind. Die Autoren dieses Gastbeitrags aus dem Frühjahr 2020 nehmen die Kriegsrhetorik unserer Regierung auseinander sowie auch den militarisierten Sprachgebrauch, der mit der gegenwärtigen Gesundheitskrise einhergeht.

François Vaillant und Marie Bohl sind Mitglieder des MAN (Mouvement pour une alternative non-violente/Bewegung für eine gewaltfreie Alternative). Gegründet 1974, setzt sich der MAN für eine Kultur der Gewaltfreiheit ein und will zeigen, was die Gewaltfreiheit zur Alltagsbewältigung beitragen kann, wie sie in der Erziehung sowie bei politischen und sozialen Konflikten angewandt werden kann.

Der Corona-Virus trat erstmals in China in Erscheinung und existiert seitdem als Lebewesen. Wer mit ihm in Berührung kommt, kann COVID-19 entwickeln, was eine Krankheit ist, so wie Grippe und Tuberkulose Krankheiten sind. COVID-19 kann lebensbedrohlich sein. Ein Todesfall durch COVID-19 ist aber kein Mord und auch kein Krieg, sondern biologisch verursacht. Zurzeit sind die Bevölkerungen vieler Länder davon bedroht, und es kann zu einem Zusammenbruch der Gesundheitssysteme weltweit kommen. In der Folge dann zu einer Finanz- und

Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen wir noch nicht abschätzen können.

Zur Stunde wird aber nicht „Aux armes citoyens!“ (Zu den Waffen, Bürger!) gerufen, sondern die allgemeine Bewegungsfreiheit eingeschränkt und die Menschen aufgefordert, zuhause zu bleiben. Es geht nicht darum, sich zu Lande, zu Wasser und in der Luft einem Feind entgegenzustellen, sondern sich vor dem Virus zu schützen. Krankenhäuser sind keine Schlachtfelder, wo Soldaten ohne ausreichende Munition an vorderster Front kämpfen, sondern Orte der Pflege, wo sich Fachkräfte mutig und entschlossen an eine Katastrophen-Medizin anpassen, obwohl schon seit vielen Jahren bekannt ist, dass die menschlichen und materiellen Ressourcen nicht ausreichen.

Die Pflegekräfte, die Angestellten von Pflegeheimen, die ambulanten Pflegedienste, das Personal in den Apotheken und Lebensmittelgeschäften, die Polizisten und auch die Beschäftigten in der Müllabfuhr, deren Arbeit bisher allzu oft unbeachtet blieb, werden jetzt manchmal zu Helden stilisiert. Sie sind aber keine Militärs, die an die Front marschieren und, den Befehlen eines Generals gehorchend, ihr Leben riskieren. Sie sind ganz normale Berufstätige, die ihrer Berufssarbeit unter immer schwieriger werdenden Bedingungen nachgehen. Sie möchten einfach nur für ihr fachliches Können, für ihr verantwortungsvolles und mutiges

Handeln anerkannt werden und wünschen sich besseren Schutz vor dem Virus. Sie brauchen unsere Hilfe, wir schulden ihnen Anerkennung.

In seiner Fernsehansprache an die Nation vom 16. März hat Emmanuel Macron ausgerufen: „Wir sind im Krieg!“, und das anschließend den Zuschauern noch sechsmal eingehämmert. Die ganze Ansprache war in martialischem Ton mit mehr als kriegerischem Vokabular gehalten: „General-Mobilmachung“, „Beschlagnahmung von Taxis“ wurde gefordert, so als stünde die Schlacht an der Marne und eine Gefährdung von Paris unmittelbar bevor. Ein „Feldlazarett zum Kampf gegen den unsichtbaren Feind“, der „unser Leben bedroht“, wurde angekündigt.

Schon Napoleon und Clémenceau bedienten sich der Kriegsrhetorik, um einen immer autoritäreren Staat herbeizuführen. Macron tut genau dasselbe. Er redet genauso wie diese beiden, das aber in Friedenszeiten, wo wir glücklicherweise von keinem inneren und äußeren Feind bedroht sind. Für die Zeitungen, für die Berichterstattung in Radio und Fernsehen ließen sich die Kriegsmetaphern des Präsidenten, die ihn eher als einen Kriegsherrn denn als einen Staatsmann zeigten, schnell zu einer Sensationsmeldung machen und wurden in einer Endlosschleife wiederholt. Nur wenige nahmen das als eine in jedem Krieg übliche Staatspropaganda wahr. Die Art, wie Macron dann in seiner Ansprache vom 16. März die sofortige Aufstellung eines Feldlazaretts in Mühlhausen ankündigte, um dem dortigen überlasteten öffentlichen Krankenhaus zu Hilfe zu kommen, setzte allem die Krone auf.

Es dauerte länger als eine Woche, bis es

endlich stand und bis dann auch genügend Material und medizinisches Personal vorhanden war. Während es aufgebaut wurde, ergingen sich die Medien und die für die Armee zuständige Ministerin in Lobgesängen auf dieses Feldlazarett. Wahrlich eine ausgezeichnete Idee, dieses plötzliche Auftauchen der Armee in Mühlhausen, aber brauchte es wirklich ständige Lobhudeleien bis zum Erbrechen – für letztlich nur dreißig Beatmungsbetten? ... So etwas nennt man Kriegspraganda, als wären wir tatsächlich im Krieg. Man wollte uns weismachen, die Armee wäre im Einsatz, um „den Krieg“ gegen das Virus „zu gewinnen“. Ganz ohne Tamtam haben dann aber private Kliniken angekündigt, sie könnten nach und nach mehrere tausend Beatmungsbetten zur Verfügung stellen.

In diesen Pandemie-Zeiten wollen wir nicht von Militärs regiert werden, sondern von Zivilisten. Wir sind nicht im Krieg. Im Krieg wird auf Gewalt mit Gegengewalt reagiert. Das Corona-Virus will uns ja aber keinen Schaden zufügen, es hat uns auch nicht den Krieg erklärt. Wir sollten es nicht als eine „Gewalt“, sondern als gefährlich, lebensbedrohend, schrecklich oder sonst wie qualifizieren – alles wäre zutreffender als seine Qualifizierung als „Gewalt“. Es ist nicht unser Feind, aber derzeit gibt es viele an COVID-19 Erkrankte, die ganz schrecklich leiden, viele bis zur Erschöpfung arbeitende Fachkräfte sowie Menschen, die durch die allgemeine Ausgangssperre massiv in ihrer Lebensqualität beeinträchtigt sind ...

Ein Krieg ist kein plötzlich über uns hereinbrechendes Verhängnis, sondern wird von Menschen herbeigeführt und bewirkt Zerstörung. Frankreich bereitet

wirkliche Kriege vor und führt sie, z.B. durch seine Waffenexporte, mit denen es an dritter Stelle auf der Weltrangliste der Waffenexporteure steht. Es verweigert außerdem seine Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag.

Wir müssen zu einer Kultur der Gewaltfreiheit kommen. COVID-19 führt zu fürchterlichen Verheerungen in den Pflegeheimen, den Gefängnissen, den Flüchtlingslagern, aber auch bei den Armen in Afrika und im Gaza-Streifen – müssen wir uns da nicht zuallererst allen diesen Menschen gegenüber solidarisch zeigen? Und da die Ausgangssperre ja noch mindestens bis Ende April in Kraft bleiben wird, sollten wir mit der Kriegsmetaphorik aufhören und uns ein friedlicheres Vokabular angewöhnen, um so besser aus der Krise herauszukommen. Gewalt führt immer in eine Sackgasse, in ein Drama. Mit Gewaltfreiheit lernen wir, uns gemeinsam in Demokratie, Widerstand, Einsatz für Gerechtigkeit, – Solidarität, Respekt, Verantwortung, Zusammenhalt,

Zuhören, Kooperation und Kreativität einzuüben.

Wir meinen, alle Menschen in Leitungsfunktion sollten ihre Sprache demilitarisieren. Ebenso appellieren wir an alle in öffentlicher Verantwortung Stehenden, alle Kompetenzen zu bündeln, damit unserer Gesundheitswesen der derzeitigen Krise gewachsen bleibt. Wenn es zu einer Katastrophe kommt, dann wird es eine gesundheitliche sein, die sich zu einer ökonomischen und finanziellen auswaschen kann. Um die „Welt von morgen“ zu erbauen, braucht es keinen Krieg. Für die „Welt von morgen“ wünschen wir uns weniger Kohlendioxid-Emissionen, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, mehr Geschwisterlichkeit. Wir wünschen uns, dass die Schwächsten hier und überall in der Welt mitentscheiden können, wie diese „Welt von morgen“ aussehen soll sowie dass der Schutz des Lebens Vorrang genießt vor dem der neoliberalen Wirtschaft.

### **Schwerpunkt Corona-Pandemie**

## **Social Distance – Soziale Distanz**

*Von Thomas Kegel*

*Abstand*

*Abstand zwischen mir und dem Fleischhauer bei Tönnies*

*Abstand zwischen mir und dem Fleischbaron Tönnies*

*Abstand zwischen mir und dem Monteur bei VW*

*Abstand zwischen mir und der Eigentümerfamilie von BMW*

*Abstand zwischen mir und George Floyd in Minneapolis*

*Abstand zwischen mir und diesem weghörenden Polizisten*

*Abstand zwischen mir und dem Hüttenbewohner in der brasilianischen Favela*

*Abstand zwischen mir und dem brasilianischen Präsidenten*

*Abstand*

*Was trennt uns – was verbindet uns*

*Abstand*

*Welcher ist dein Bruder, Abel*

*Du führst mit deiner Rechten dein Volk aus der Sklaverei*

*Es gilt deine Zusage, Gott, dass du mit uns den Weg der Befreiung gehst*

## Schwerpunkt Corona

# Vom allein seligmachenden Markt zum allmächtigen Markt

## Verschwörungsideologen-Demos als erste libertäre Bewegung Deutschlands

Von Conrad Wilitzki

**K**eine Impfdiktatur!“ Ab April 2020 gingen in mehreren deutschen Großstädten tausende Menschen gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße, so als wollten sie sagen: „Jetzt braucht uns der Staat auch nicht mehr zu schützen.“ Dabei wurde geraunt, dass das Virus eine Erfindung oder Biowaffe ominöser Eliten sei. Die mittelalterliche Ritualmord-Legende und Brunnenvergifter-These feierten ihre Wiederauferstehung.<sup>1</sup> Wortführer der sehr heterogenen Bewegung waren antisemitische Verschwörungsideologen – nicht ungewöhnlich für eine Krise. Neu war dagegen die Präsenz einer Wirtschaftstheorie, die zur Leitideologie des 21. Jahrhunderts werden könnte: der Libertanismus<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup>Rottscheidt, Ina, Hygienedemos verbreiten Mythos einer Neuen Weltordnung. In: Deutschlandfunk, 29.05.20.

<sup>2</sup>In den USA und im deutschen Sprachgebrauch wird der Begriff "libertär" unterschiedlich gebraucht. Im deutschen Sprachgebrauch bezeichnen sich freiheitliche und anarchistische Sozialisten häufig als "libertär", um sich von etatistisch und autoritär orientierten Strömungen abzugrenzen, wie z.B. Leninisten, Stalinisten, Maoisten oder auch Sozialdemokraten. Libertäre Sozialisten setzen sich für Selbstverwaltung und Selbstorganisation ein, ignorieren aber nie, dass wir in Gesellschaften leben und deshalb soziale Fragen auch gesellschaftlich gelöst werden müssen. In den USA sind "libertarians" dagegen Anhänger einer extrem marktwirtschaftlich und individualistisch orientierten, politisch neoliberalen Ausrichtung, für die soziale Fragen am besten ohne jeden staatlichen Eingriff wirtschaftsliberal zu lösen sind. In diesem Artikel wird der

Die Politikwissenschaft hat den strukturellen Wandel seit den 1980ern als Zeitalter der „Postmoderne“ beschrieben: neoliberale Wirtschaft, post-demokratischer Staat und eine individualistische Patchwork-Kultur. All dies scheint spätestens seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016 bereits dem Ende zuzugehen. Ein neues Zeitalter, das man „Postanthropozän“ nennen könnte, tut sich auf: libertäre Wirtschaft, Ein-Parteien-Demokratie und eine neo-identitäre Kultur. Dazu erscheint eine transhumanistische Verlagerung des Interesses an der menschlichen Arbeitskraft hin zur technischen Power von Algorithmen und Robotern.

Doch was ist der (rechte) „Libertarismus“? Ausgehend von Vordenkern wie Ayn Rand oder Murray Rothbard kann man von einer Radikalisierung des Neoliberalismus sprechen: Statt vom Staat „nur“ Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben zu fordern, wird den multinationalen Konzernen nun tatsächliche Regierungsverantwortung zugesprochen. Die Markt-Vergötzung erreicht einen neuen Höhepunkt, der die Volkssouveränität nicht mehr kennt und stattdessen die totale Freiheit der Konzerne propagiert. Derlei Theorie gefiel natürlich Milliardären wie den Koch-Brüdern oder Robert Mercer. Trump etwa vertritt die etwas abgemilderte Variante des Claremont In-

---

Begriff "libertär" in der letztgenannten Variante verwendet – Die Redaktion

stitutes, bei der die USA sich von allen internationalen Verträgen freimachen muss, um sich mit ihren Multis Google, Amazon usw. auf dem Weltmarkt durchzusetzen.<sup>3</sup> Kein Wunder, seit der Finanzkrise 2008 verlieren die USA die wirtschaftliche Welt hegemonie an China. Während dort Ein-Parteien-Autokratie und Neoliberalismus seit Jahrzehnten verschmolzen sind, muss Trump noch beschwerlich die Reste der parlamentarischen Demokratie abstreifen. Während Trump dabei die Waffen- und Ölindustrie repräsentiert, gibt „sein Kollege“ Bolsonaro in Brasilien den Urwald für Agrarkonzerne zur Abholzung frei.

Hatten in den 1980ern die Neoliberalen über die Keynesianer<sup>4</sup> gesiegt, unterliegen sie inzwischen in vielen ihrer eigenen Thinktanks den Libertären. Entsprechend entsetzt waren viele Libertäre während der Corona-Krise. Statt wie Xi Jinping, Trump und Bolsonaro das Virus so lange wie möglich herunterzuspielen, meldete sich in Deutschland nach langer Zeit der „starke Staat“ zurück und begrenzte die Wirtschaft mit Shutdowns. Viele Bürger\*innen bemerkten zum ersten Mal seit Jahrzehnten, dass der Staat die eigentliche Handlungsgewalt über sie hat.

Rechte Thinktanks (The Heartland Institute, EIKE), die im vergangenen Jahr noch die „FridaysForFuture“-Bewegung angriffen, nahmen nun die staatlichen Einschränkungen ins Visier. Dazu gesellten sich in der Bewegung „christliche“ Akteure. So mischten sich zu Kleinbürgertum

mit Angst um ihre Betriebe, klassischen Verschwörungsideologen, Neonazis, AfDlern und Esoterikern auch Prominente wie der libertäre Popsänger Xavier Naidoo,<sup>5</sup> das verschwörungsideologische Medium „Klagemauer TV“ der Schweizer Sekte OCG vom Guru Ivo Sasek und die libertäre Partei der Vernunft (PDV). Rechtsevanglikale um Pastor Christian Stockman, und Rechtskatholiken um Erzbischof Carlo Maria Vigano veröffentlichten Mitteilungen, in denen sie die Corona-Maßnahmen als Beginn einer diabolischen Diktatur betrachteten: Statt Nächstenliebe für alte oder erkrankte Menschen sahen sie nur die Verhinderung ihrer einträglichen Gottesdienste.

Für den Moment sind die Demos jedoch auch dank der aus den USA stammenden Bewegung „BlackLivesMatter“ gestoppt. Hier wurde die naive Verwunderung laut, dass es „in Deutschland immer noch Rassismus gibt“. Wenn deren Aktivisten alte Vorschläge machen, dass z.B. Migranten und ihre Lebensläufe mehr Präsenz in den deutschen Mainstream-Medien erhalten sollten, zeigen sie, dass sie nichts verstanden haben. In den USA und Deutschland sind ja schwarze Menschen seit den 1990ern stärker in den Medien präsent (Stichwort Hip-hop). Doch die beiden Länder bleiben rassistisch wie eh und je, trotz „Quoten-Migranten“ im TV und dem Verzicht auf das „N-Wort“. Die Postmodernen irren im Grunde genauso wie die Verschwörungsgläubigen darin, dass der Kapitalismus für sie besser werden könnte. Das Wirtschaftssystem zerstört den Planeten für immer, reproduziert stetig Rassismus und finanzielle Ungleichheit. Selbst

<sup>3</sup> Asshauer, Thomas, Das Recht bin ich. in: ZEIT, 21/18, 17.05.18.

<sup>4</sup> Unter Keynesianismus wird in den Wirtschaftswissenschaften ein auf John Maynard Keynes zurückgehendes Theoriegebäude verstanden, in dem die gesamtwirtschaftliche Nachfrage die entscheidende Größe für Produktion und Beschäftigung ist. (siehe Wikipedia)

<sup>5</sup> Von Lucke, Albrecht, Widerstand 2020: Wer reitet die Corona-Welle? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/20.

# ABSTANDHALTEN GEGEN RECHTS !

ist im Aufschwung. Nun müsste es darum gehen, mehr zu verlangen als grundlegende Menschenrechte wie körperliche Unversehrtheit und Diskriminierungsfreiheit, genau wie die FridaysFor-

wenn das Klimapaket der Regierung ausreichen und die Polizei besser ausgebildet werden würde oder „böse, jüdische Eliten“ existieren würden, so dass man ihren angeblichen Einfluss beenden könnte – es wird nicht friedlich werden. Dabei erachten über 50 Prozent der Deutschen den jetzigen Kapitalismus nicht mehr als positiv.<sup>6</sup> Wie die drei Bewegungen zeigen, sieht ja die Bevölkerung die sozialen Widersprüche, kann sich aber eine andere Wirtschaftsform nicht vorstellen. In Zeiten mit einer AfD muss sich die politische Linke ja selbst Begriffe wie „Alternative“ oder „Kritik“ zurückerkämpfen.

Zumindest ist in den USA durch den Tötungsfall George Floyd der schöne Schein der politischen Korrektheit verfliegen. Jeder hat dort gesehen, dass die Armen anhand ihrer Hautfarbe für die weiße Polizei vogelfrei bleiben. Die religiöse Rechte scharrt sich um Trump, die religiöse Linke

Future-Bewegung erkennen müsste, dass die Konzerne und die ihnen hörigen Regierungen sich von ihr nichts werden sagen lassen.

Und was ist mit den deutschen Verschwörungsideologen-Demos? Die LINKEN hätten sich klar antifaschistisch von ihnen abgrenzen und mit kritischen Parteien wie den GRÜNEN oder PIRATEN eigene Demos (samt Mundschutz und Abstand) organisieren können, unter der Frage „Wer wird diese Wirtschaftskrise bezahlen?“ Stattdessen bekämpften sich an der Figur des Politikers Andrej Hunko, der auf einer der Demos auftrat, mal wieder Kipping- und Wagenknecht-Flügel. Während Teile der SPD, LINKEN und GRÜNEN noch von einer Rückkehr des Keynesianismus träumen, bietet sich die AfD bereits den Libertären als Partnerin an.

*Conrad Wilitzki, \*1985, Berlin, in einer Beziehung, Politikwissenschaftler, im Auftrag der LAG ChristInnen bei der Partei DIE LINKE, Berlin.*

<sup>6</sup> Astheimer, Sven, Deutsche zweifeln am Kapitalismus. in: FAZ, 21.01.20.

## **Schwerpunkt Corona**

# **Pandemie und Ungleichheit – der Normalzustand ist das Problem**

Von Britta Rabe

**W**ir werden nicht zum Normalzustand zurückkehren, denn der Normalzustand ist das Problem.“ (Projektion auf einer Hauswand während der Proteste in Santiago de Chile)

Die Corona-Pandemie legt die weltweit herrschenden gesellschaftlichen Ungleichheiten erbarmungslos bloß. Während die Ausbreitung des Corona-Virus in Europa derzeit auf dem Rückzug ist, kostet die Pandemie in anderen Teilen der Welt weiterhin viele Menschenleben. Insbesondere schwarze Menschen sind davon – nicht nur in den USA – ungleich stärker betroffen, sowohl gesundheitlich als auch materiell. Denn sie haben aufgrund des herrschenden strukturellen Rassismus einen schlechteren Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und sind überproportional häufig von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen.

Wie ein Staat mit marginalisierten Gruppen umgeht, sagt viel über den Zustand der Grundrechte und der Demokratie in einem Land aus. Drei Monate nach dem Ausbruch der Pandemie in Deutschland müssen wir feststellen, dass die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheit in der politischen Bewältigung der Corona-Krise kaum eine Rolle spielt. Auch in Deutschland bleiben insbesondere diejenigen Menschen gefährdet, die sich ein Social Distancing schlichtweg finanziell nicht leisten können.

Home-Office und Daheim Lernen sind abhängig von Einkommen und Bildungsstand. Hartz-IV-Empfänger\*innen sind von

einer Infektion mit Corona um ein Vielfaches stärker betroffen.<sup>1</sup> Geringverdienende und Erwerbslose leiden besonders stark unter der Corona-Krise, die auch in ökonomischer Hinsicht existenzbedrohend ist. Selbst die "Corona-Warn-App" reproduziert die herrschenden Verhältnisse: Die Anforderung nach einem Smartphone mit den nötigen technischen Voraussetzungen schließt einmal mehr Geringverdienende und solche aus, die gar kein Mobiltelefon besitzen: Wer die App nutzen will, muss es sich leisten können.“

Seit Wochen fordern Bewohner\*innen vieler Flüchtlingslager erfolglos, dezentral untergebracht zu werden, um einer wahrscheinlichen Ansteckung in den Massenunterkünften zu entgehen. Zu viele Menschen auf engem Raum und fehlende Hygienemöglichkeiten führen bundesweit immer wieder zu Neuinfektionen in Geflüchtetenunterkünften und Quarantänemaßnahmen für ganze Gruppen, auch wenn sie negativ getestet sind. Dem Zustand entkommen konnten bislang allerdings vor allem Einzelpersonen, die individuell gegen die Unterbringung geklagt hatten.<sup>3</sup>

Denn die Empfehlungen für Geflüchtetenunterkünfte des Robert-Koch-Instituts (RKI) werden in der Praxis selten umgesetzt.<sup>4</sup> Dazu gehört etwa eine präventive getrennte Unterbringung von Risikopersonen, die Unterbringung in Einzelzimmern, Wohnungen und Hotels bzw. kleinen Wohneinheiten, um Ansteckungen und längere Quarantänen für größere Gruppen zu verhindern. Die rassistische Abschreckungs-Politik durch Isolation von Geflüch-

teten in Lagern wird auch im Ausnahmezustand aufrechterhalten.

Weitere Hotspots der Pandemie sind die Großbetriebe etwa der Fleisch- und Agrarindustrie, zuletzt waren Spargel- und Erdbeerpflücker\*innen, und aktuell wieder Schlachtbetriebe, besonders betroffen. Viele der aus Osteuropa angeworbenen Arbeitskräfte erhalten nur geringen Lohn – sofern er ihnen nicht gänzlich vorenthalten wird<sup>5</sup> – und wohnen in der Regel in Sammelunterkünften mit schlechtem Hygienestandard, die ihnen der Arbeitgeber zuweist und sich teuer bezahlen lässt. Auf notwendige Arbeitsschutzmaßnahmen in den Betrieben wird weitgehend verzichtet, trotz des Wissens um die hohe Ansteckungsgefahr. Auch zwingt die Angst vor dem Jobverlust die prekär Beschäftigten, sogar krank zur Arbeit zu erscheinen. Und stecken sich die "Gastarbeiter\*innen" mit dem Corona-Virus an, werden sie einfach zurück in ihr Herkunftsland geschickt.

Alten- und Pflegeeinrichtungen sind von dem Corona-Virus ebenfalls weiterhin übermäßig stark betroffen. Ein Drittel der Covid-19-bedingten Todesfälle trifft einer Studie zufolge Bewohner\*innen von Pflegeheimen, auch sind Beschäftigte übermäßig infiziert.<sup>6</sup> Das Fehlen von Schutzkleidung und systematischen Tests sowie Zeitdruck und Personalmangel sind Folgen eines profitorientierten Gesundheits- und Pflege-Systems. Der Personal- und Zeitmangel rief überdies Einsamkeit hervor, da Menschen in Alten- und Pflegeheimen über viele Wochen keinen Besuch empfangen durften und somit die Beschäftigten die einzigen sozialen Kontakte der Heimbewohner\*innen darstellten.

Die Bewältigung der Corona-Krise ist patriarchal. Denn die erforderliche Sorge-Arbeit geht besonders zu Lasten von Frauen,

sowohl in Pflegeeinrichtungen als auch privat, wo insbesondere Frauen Haushalt und Home Office schmeißen und zudem die Kinder hüten, solange Kindergarten und Schulen geschlossen sind. Notruftelefone melden einen extremen Anstieg häuslicher Gewalt gegen Frauen und Kinder. Währenddessen sind Diskussionsrunden und Entscheidungsgremien überproportional männlich besetzt. Kinder- und Frauenfragen sind nicht nur in der öffentlichen Diskussion über die Pandemie unterrepräsentiert, sondern auch Entscheidungen über Schutz- und Lockerungsmaßnahmen zu ihren Gunsten. Sie werden in überwältigendem Anteil von Männern getroffen und wurden erst deutlich später diskutiert und umgesetzt, wie etwa die Öffnung von Spielplätzen.

### **Kein Zurück zum Normalzustand!**

Die tiefgreifendsten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung waren in Deutschland keine vier Wochen alt, als schon die ersten zur "neuen Normalität" riefen. Vom österreichischen Kanzler Kurz erstmals genutzt<sup>7</sup>, fand der Ausdruck auch in Deutschland sehr schnell Verbreitung in konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen. Es sei jetzt eben normal, dass das private und soziale Leben weitgehend lahmgelegt sei, nun müsse aber zumindest das Schlimmste für die Wirtschaft vermieden werden. Es dauerte nicht mehr lang, bis erste Lockerungen verabschiedet wurden. Am 20. April traten die wohl größte Änderung in Kraft: die Öffnung von Geschäften bis 800m<sup>2</sup>.<sup>8</sup>

Während für viele Menschen die aktuellen Lockerungen der Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie tatsächlich eine schrittweise Rückkehr zur "Normalität" bedeuten, herrschte in vielen Wirtschafts-

bereichen allerdings die gesamte Zeit über Normalbetrieb. Nicht nur in den "system-relevanten" – der Nahrungsmittelproduktion, in der Energieerzeugung oder dem Gesundheitssektor. Auch bei Heckler und Koch oder Rheinmetall werden aufgrund guter Auftragslage ohne Unterbrechung weiterhin Waffen produziert.

Nicht viel mehr als der möglichst schnellen Rückkehr zu einer altbekannten Normalität entsprachen auch die Forderungen derjenigen, die zeitgleich mit den Lockerungen im April und Mai verstärkt gegen die Einschränkung ihrer Grund- und Freiheitsrechte – gegen Maskenpflicht und Abstandsregeln – "rebellierten". Genau genommen stehen ihre Forderungen aber ganz im Einklang mit denjenigen Regierungsvertreter\*innen, die ökonomische Interessen über die gesundheitlichen Bedenken stellten und sich für eine schnelle Wiederaufnahme der Produktion und die "neue Normalität" einsetzten. Natürlich gab und gibt es mehr als genug Gründe, sich aus grund- und menschenrechtlicher Sicht kritisch mit den Maßnahmen und den massiven Grundrechtseinschränkungen zu beschäftigen und dieser Kritik Ausdruck zu verleihen. Die Eingriffe waren teils massiv und sehr pauschal, beispielsweise die komplette Aussetzung des Versammlungsrechts. Das wurde mit guten Gründen vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Auch ausladende Bußgeldkataloge und Strafverfahren wegen Verstößen gegen die Corona-Anordnungen, sowie die Disziplinierung der Bürger\*innen durch die Polizei hätte man sich sparen können.

Bei den schnell von Rechten dominierten Demonstrationen wurde jedoch eines oft ganz deutlich: Es ging vielen Anwesenden vor allem um ihre eigenen Befindlichkeiten. Rücksicht auf Angehörige von Risiko-

gruppen oder ein Bezug auf die Folgen der herrschenden Ungleichheiten aufgrund struktureller Bedingungen wurde weder auf den Veranstaltungen, noch in Redebeiträgen genommen.

Der vergleichsweise sanfte Verlauf der Corona-Pandemie in Deutschland nährte die grundsätzliche Infragestellung von Maßnahmen gegen ein Virus, das "nicht schlimmer als eine Grippe" sei. Verschwörungsmithen, oft mit antisemitischem Unterton, dienten dort als einfache Deutungen der Krise, wo eine grundsätzlichere Kritik an struktureller Ungleichheit, hervorgerufen durch das kapitalistische Wirtschaftssystem, angebracht wäre. Das Verbreiten von Fehlinformationen über das Virus, angereichert mit rechtem und rassistischem Gedankengut, hat sich aktuell größtenteils von der Straße wieder in das Internet verlagert. Die Wirkmächtigkeit der Verschwörungsmithen bleibt aber auch dort gefährlich.

Eine Krise hat stets das Potential für einen radikalen Kurswechsel. Der erzwungene Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie zeigte beispielsweise mit der weitgehenden Einstellung des Individualverkehrs per Auto und Flugzeug, wie schnell und umfassend eine Gesellschaft notfalls in der Lage ist, einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Was trotz fortschreitender Klimakrise vorher undenkbar schien, wurde aufgrund der weltweiten Pandemie innerhalb kürzester Zeit Wirklichkeit – wenn auch möglicherweise für begrenzte Zeit. Das Rettungspaket für die Lufthansa oder der Vorschlag für eine Abwrackprämie für Autos weisen jedoch in eine völlig falsche Richtung, weiterhin einer zerstörerischen Logik folgend. Auch wenn zumindest die Abwrackprämie verhindert wurde, zeigen diese Vorstöße, dass

an der propagierten "neuen Normalität" nur wenig Neues ist. Die Rückkehr zum "neuen" Normalzustand bedeutet vielmehr die Festschreibung bestehender Ungleichheiten, basierend auf Rassismus, Patriarchat, ökologischer Ausbeutung und kapitalistisch strukturierter Wirtschaft.

Selbst da, wo die fortschreitende Prekariisierung der sozialen Infrastruktur überdeutlich wurde, tut sich im Grunde nichts. So müssen sich Arbeitenden im Gesundheitswesen auch viele Wochen nach dem Ausbruch der Pandemie vor allem mit symbolischer Anerkennung durch Händeklatschen und warme Worte zufrieden geben. Ein einmaliger finanzieller Bonus für Arbeitende in der Pflege wird die permanente Überbelastung nicht ändern. Nur ein am Menschen ausgerichtetes Gesundheits- und Pflegesystem kann dem Grundrecht auf Würde und Leben gerecht werden. Eine tiefgreifende Veränderung im Gesundheits- und Pflegesektor zeichnet sich aber bisher nicht ab.

Eine simple Rückkehr zu einer Welt vor Corona kann daher nicht unser Ziel sein, denn sie basiert auf Ungleichheit und Ausgrenzung. Die aktuellen Richtungsentscheidungen zur Bewältigung der Pandemie und ihren ökonomischen Folgen werden aber auf Dauer folgenreich sein, denn die sich abzeichnende weltweite Wirtschaftskrise wird das derzeitige Verteilungsgefälle noch ungleich verschärfen und auf Jahrzehnte festlegen.

Vor der Corona-Krise hatten sich an mehreren Orten der Welt Menschen gegen soziale Ungleichheit und Ausbeutung aufgelehnt. Aktuell fordern vor allem in den USA schwarze Menschen ihre Rechte ein gegen eine jahrhundertalte Unterdrückung und Deklassierung, die nicht nur dort neben rassistischen Morden aktuell in

unzähligen Corona-Toten mündet. Der Normalzustand ist folglich das Problem – und nicht die Lösung.

- 1 <https://www.gegen-hartz.de/news/hartz-iv-bezieher-haben-ein-hoeheres-corona-risiko>
- 2 <https://www.sueddeutsche.de/leben/corona-warn-app-kommentar-1.4941537>
- 3 <https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/wp-content/uploads/2020/04/VG-DD-11-L-269-20.A.pdf>
- 4 <https://www.nds-fluerat.org/43982/aktuelles/handlungsempfehlungen-des-robert-koch-instituts-zur-corona-praevention-in-massenslagern/>
- 5 <https://www.mdr.de/nachrichten/osteuropa/politik/osteuropa-rumaenien-migranten-schlachtbetrieb-ernte Helfer-100.html>
- 6 <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/sw/Pflegeheime?s=&p=1&n=1&nid=11367>
- 7 [https://de.wikipedia.org/wiki/Neue\\_Normalit%C3%A4t](https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Normalit%C3%A4t)
- 8 <https://www.fr.de/panorama/corona-krise-deutschland-coronavirus-diese-lockerungen-treten-20-april-montag-kraft-zr-13667365.html>

*Britta Rabe ist Mitarbeiterin des Komitees für Grundrechte und Demokratie und setzt sich in verschiedenen Projekten für Menschenrechte und Demokratie ein.*



## Schwerpunkt Corona

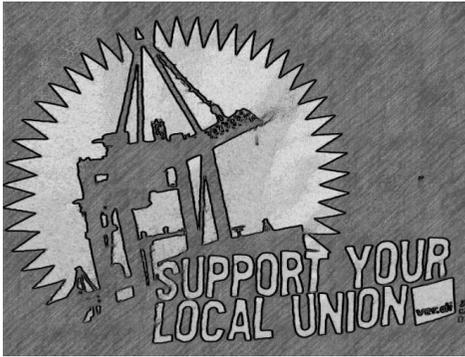
# Soziale und politische Ungleichheit in der Covid-19-Pandemie

Von Gregor Kriditis & Per Holderberg

Die Covid-19-Pandemie hat in den letzten Monaten die politischen Debatten weitgehend dominiert und bestehende soziale und politische Ungleichheiten in den Hintergrund treten lassen. Dabei zeigt sich, wie unter einem Brennglas, dass die Auswirkungen der Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung über die direkten gesundheitlichen Folgen für Infizierte hinausgehen. Konsequenzen für die psychische Gesundheit, für Familienbeziehungen, Einkommensverluste und für die Bildungsverläufe von Kindern und Jugendlichen sowie der Zusammenhang zwischen schlechten Arbeitsbedingungen und hohen Infektionszahlen in der Fleisch- und Agrarindustrie zeugen von einer Verstärkung sozialpolitischer Ungleichheiten. Im Verlauf der Pandemie standen sich quer durch alle politischen Milieus die Befürworter\*innen und Gegner\*innen eines möglichst umfassenden Shutdowns oder einer schnellen Lockerung teilweise unversöhnlich gegenüber. Die Rationalisierung von Angst und untergründiger Panik scheint dabei ebenso eine Rolle zu spielen wie die jeweilige Betroffenheit von der Pandemie selbst sowie von den verhängten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Eine Polarisierung der pluralisierten Klassengesellschaft ist zu beobachten.

Die Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen zum Schutz vor der Pandemie basierte auf Freiheitseinschrän-

kungen, welche von der Bevölkerung zu Beginn der Corona-Krise weitgehend widerspruchslos und teilweise mit einer konformistischen Bereitschaft zu autoritärer Unterordnung mitgetragen wurden. Nach dem Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen hielten Ende März 75 Prozent der Befragten die Eindämmungsmaßnahmen für richtig. Das neu eingeführte Kontaktverbot von mehr als zwei Personen in der Öffentlichkeit unterstützten zu diesem Zeitpunkt sogar 95 Prozent. Institutionen wie das RKI und einzelne wissenschaftliche Experten und Expertinnen aus der Virologie, Epidemiologie, Infektiologie sowie dem Hygieneschutz rückten in eine zentrale Rolle für die Legitimierung politischer Entscheidungen. Kritische Stimmen anderer Wissenschaften (z. B. Soziologie, Psychologie, Rechtswissenschaft, Erziehungswissenschaft oder der Wirtschaftswissenschaften), die nach der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen fragten und eine öffentliche Diskussion einforderten, wurden zunächst marginalisiert. Die etablierte Politik hatte zu diesem Zeitpunkt keine Akzeptanzprobleme, sondern formulierte rhetorisch sogar unverblümt eine Entmündigung gegenüber der Bevölkerung. „Wir werden uns das Verhalten der Bevölkerung zu Ostern genau anschauen“, äußerten wiederholt Repräsentanten der Regierung wie z.B. Gesundheitsminister Jens Spahn. Ein Sprachgebrauch, der für eine liberale Demokratie auch in Notsituationen höchst ungewöhnlich anmutet, da im Vergleich



zu einer Autokratie immer noch gilt: die Bevölkerung kontrolliert die Herrschenden und nicht umgekehrt.

Angesichts der Widersprüchlichkeit der Maßnahmen, der anhaltenden Dauer der Einschränkung des öffentlichen Lebens und der Unklarheit in vielen Detailfragen blieb – spätestens unter dem Eindruck einer breiteren Diskussion der sozio-ökonomischen Folgen des Lockdowns – mit zunehmenden Lockerungen derselben der anfängliche Konsens brüchig. Nach kurzer Zeit mehrten sich aus unterschiedlichen politischen Spektren die Einwände, und selbst innerwissenschaftliche Konflikte wurden öffentlich ausgetragen. Fachdebatten wurden in einem dauerhaften Live-Ticker-Nachrichten-Marathon geführt, der von Seiten der Wissenschaften, der Politik aber vor allem der Medien geprägt war. Ein Überbietungswettkampf an Stellungnahmen und wissenschaftlicher Expertise war die Folge, welcher die sozialen und politischen Ungleichheiten kaum adäquat in den Blick genommen hat. Es schien, als wenn das Funktionieren der hochspezialisierten arbeitsteiligen Wissensgesellschaft, welche auf liberal-demokratischen Entscheidungsprozessen basiert und ein funktionierendes Bildungssystem zur

Aufrechterhaltung von Lohnarbeit als Grundpfeiler aufweist, zunächst einmal selbstvergewissernd verstanden werden musste, bevor nachhaltige politische Entscheidungen die Notfall-Maßnahmen ergänzten. Völlig aus dem Blick geblieben, sind bis heute die wirtschaftliche Existenzen der kleinen Gewerbe und Selbstständigen, vor allem in Kunst und Kultur, in der Musik und Veranstaltungsbranche.

### **Staatliche und ökonomische Freiheit im Widerspruch**

Ein wesentlicher Widerspruch bei den verordneten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung liegt in deren Asymmetrie: Die Verordnungen zur sozialen Distanzierung betrafen und betreffen vor allem die Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Kindertagesstätten, Kultureinrichtungen und das Gaststätten- sowie Tourismusgewerbe. Soweit die private Wirtschaft darüber hinaus vom Shutdown betroffen war, fand dieser nicht auf staatliche Anordnung, sondern als mittelbare Folge der Pandemie statt wie etwa bei der Luftfahrt- oder in der Automobilindustrie, die aufgrund von Lieferengpässen die Produktion einschränken oder ganz einstellen mussten. In Ländern wie Italien und Spanien wurde dieser Shutdown erst durch Arbeitskämpfe erzwungen, da sich die Lohnabhängigen nicht ohne Schutzmaßnahmen einem gesundheitlichen Risiko aussetzen wollten. Zuspitzen lässt sich dieser Widerspruch auf die Frage, warum man sich die Parkbank nicht teilen darf, die Werkbank dagegen teilen muss.

Während in anderen europäischen Ländern die Frage des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz einen wichtigen Konfliktpunkt bildet – administrative Tä-

tigkeiten können vom Home-Office aus erledigt werden, während in Produktion und Logistik, Krankenhäusern und Supermärkten die betriebliche Anwesenheit erforderlich ist – finden derartige Auseinandersetzungen in Deutschland öffentlich kaum bzw. nicht ausreichend wahrnehmbar statt. Nachdem Ende Juni die Kitas und Schulen weitgehend wieder geöffnet waren, verordneten viele Arbeitgeber\*innen erneut Präsenzpflicht an die Arbeitnehmer\*innen. Dabei reichen ein Schnupfen und ein Husten aus, um als Arbeitnehmer\*in wieder vor dem Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stehen, wenn Kinder in der Bildungseinrichtung aufgrund eines zu hohen Infektionsrisikos vom Besuch ausgeschlossen sind. Über die Normalisierung des hastig einberufenen und in Verordnung gegossenen Ausnahmezustands müssen mehr Debatten in lokaler Selbstverwaltung am Arbeitsplatz von der Belegschaft geführt werden. Das per Notverordnung ausgeführte Handeln der Exekutive oder zögerliches Einschreiten der Judikative kann nicht ausschließlich Richtlinie eines liberal-demokratischen und schon gar nicht einer solidarischen Selbstverwaltung einer mündigen und verantwortungsbewussten Gesellschaft sein. Demokratische und soziale Partizipationsmöglichkeiten in Betrieben und Institutionen, etwa die Beteiligung von Betriebsräten, Personalräten oder Gleichstellungsbeauftragten, wurden und werden auch ohne zwingende Gründe ausgehöhlt und treffen angesichts der allgemeinen Verunsicherung auf wenig Widerspruch und Gegenwehr. In der Gastro-, Veranstaltungs- und Hotelbranche, welche am Stärksten betroffen ist, zeigt sich die innere Zerrissenheit der Verant-

wortlichen zwischen bedrohter wirtschaftlicher Existenz und der Notwendigkeit einen wirkungsvollen Infektionsschutz zu betreiben. Im Angesicht eines langfristig anhaltendem Infektionsgeschehens und einer sich dynamisch entwickelnden Situation gilt es über das Gießkannen-Prinzip hinausreichende Regelungen für lokale Arbeitskontexte zwischen Arbeiter\*innen und Unternehmer\*innen zu streiten. Infektionsschutz muss als elementarer Bestandteil von Arbeitsschutz etabliert werden, ohne dass Lohn einbußen oder mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Folge darstellt.

### **Infektionsschutz betreiben und Grundrechte schützen**

Durch den Einsatz des Infektionsschutzes fanden Einschränkungen und teilweise Suspendierungen der Religionsfreiheit (Art. 4 GG), personaler Freiheitsrechte (Art. 2 GG), der Reisefreiheit in Deutschland und Europa (Art. 21 Abs. 1 AEUV), des Rechtes auf Freizügigkeit im Sinne der Bewegungsfreiheit (Art. 11 GG), der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes (Art. 8 GG), des Rechtes auf Berufsausübung (Art. 12 GG) und durch die erfolgten Grenzschließungen faktisch des Asylrechtes (Art. 16a GG) statt. Die Einschränkung elementarer Grundrechte ist ohne Frage als eine Erosion demokratischer Rechte wahrzunehmen. Erst zahlreiche Gerichtsurteile haben die Maßnahmen in Teilen korrigiert. Die Judikative funktioniert, aber es ist nicht die dauerhafte Aufgabe der Gerichte, die Maßlosigkeit der Exekutive bei der Anwendung der notwendigen Infektionsschutzregulierungen zu korrigieren. Ein sachlicher, explizit als politisch zu bezeichnender Diskurs, ohne Panik, Hyste-

rie und der Verunsicherung durch teilweise nicht vorhandene valide Statistiken, ist hierfür unabdingbar. Expertisen müssen von allen Wissenschaften gehört werden, sowohl die der Epidemiologie als auch von Verfassungsrecht und Politikwissenschaft.

Vor diesem Hintergrund ist die zeitweise Suspendierung der Grundrechte, bei aller grundsätzlichen Akzeptanz der Bekämpfung der Pandemie, auch im Hinblick auf zukünftige „Infektionswellen“ in der Verhältnismäßigkeit zu diskutieren. Angesichts der weitreichenden und zeitlich nicht absehbaren Einschränkung der demokratischen Grundrechte stellt sich bei jeder Einzelmaßnahme die Frage, inwieweit diese erforderlich, geeignet und angemessen ist. Viele Maßnahmen sind in der Diskussion oder kurz vor der Implementierung (Corona-App, Immunitätsausweis, Gesundheitszeugnisse usw.). Die Wiedereinsetzung elementarer Grundrechte ist teilweise an die Nutzung der aus der Pandemie hervorgegangenen Infektionsschutzmaßnahmen gekoppelt. Wer keinen Nachweis eines negativen Covid-19-Tests besitzt und aus einer bestimmten Risikozone eines Landkreises mit über 50 Infizierten innerhalb von sieben Tagen in andere Landesteile reisen und dort in einer Herberge unterkommen möchte, steht weiterhin vor einer Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit, da dieser Personengruppe eine Übernachtung verwehrt wird. Genau wie wir dazulernen, zur Unterbrechung der Infektionsketten mit eigenverantwortlichen Hygienemaßnahmen und staatlichen verordneten Einschränkungen im Rahmen des Infektionsschutzgesetz umzugehen, sollten auch die negativen Auswirkungen auf die demokratische

Gemeinschaft in dieser Krise nicht aus dem Blick geraten (Top-Down-Steuerung, Populismus, Radikalisierungstendenzen usw.).

Zeitweise sind vor allem Gruppierungen den Grundrechtsbeschränkungen öffentlich entgegen getreten, die die Gefahr der Pandemie negieren oder die Existenz des Corona-Virus selbst leugnen, wobei sie Zulauf aus ganz verschiedenen politischen Spektren bekommen haben. Zudem treten verschiedene wirtschaftliche Interessengruppen für eine möglichst schnelle Rückkehr zur „Normalität“ ein. Im Gegensatz dazu ist eine Opposition gegen die Bundesregierung notwendig, die vor allem die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der ökonomisch abhängigen Mehrheit der Bevölkerung mit dem Kampf um die demokratischen Grundrechte kombiniert und sich gleichzeitig von Verschwörungstheoretiker\*innen distanziert.

### **Auf die Gesundheitskrise folgt eine ökonomische und soziale Krise**

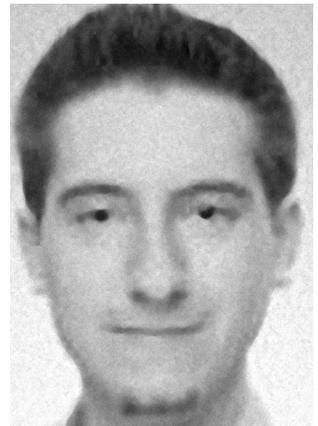
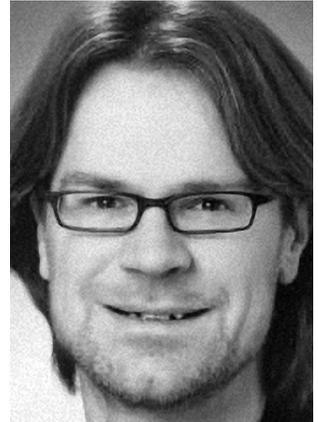
Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Shutdowns abzufedern, hat die Bundesregierung umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt. Dieser Krisenkorporatismus hat relevanten Teilen der Bevölkerung erleichtert, den Kurs der Bunderegierung mitzutragen. Diese soziale Integration ist allerdings brüchig, da sich die ökonomischen Folgen für viele erst mit Verzögerung bemerkbar machen werden. Die aus einer Verschärfung der ökonomischen und sozialen Krise resultierenden Konflikte lassen sich seitens der abhängig Beschäftigten und subalternen Gruppen allerdings nicht erfolgreich führen, wenn wesentliche demokratische Rechte eingeschränkt sind. Wie lange ist

es möglich, die eigenen normativen Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft, zentrale Institutionen oder seit Langem eingespielte Verfahren zugunsten einer vermeintlich größeren Sicherheit vor einer Infektion infrage zu stellen? Ist es möglich, ein auf Wachstum ausgelegtes ökonomisches System politisch mit Konjunkturmaßnahmen auf unabsehbare Zeit zu stützen, ohne dass dadurch der politische Souverän und der soziale Frieden in der Gesellschaft nachhaltigen Schaden nehmen? Stellt die Corona-Krise die vom Kapitalismus angetriebene Beschleunigung unserer Gesellschaft auf den Prüfstand, da sie unmittelbar die soziale Frage auf allen gesellschaftlichen Ebenen wieder aufwirft und einen Moment der Reflexion ermöglicht? Besteht in der Krise sodann nicht auch die Chance, die sozialen und ökologischen Transformationsprozesse, die für eine nachhaltige und solidarische Zukunft notwendig sind, zu entfesseln – die Corona-Pandemie also auch als Chance und nicht nur als Niedergang für das sozial-ökologische Projekt zu begreifen? Oder vergessen wir beim Nachdenken über Krisen(bewältigung) nicht in der Hektik wie fragil emanzipative Entwicklungen sind: Droht z.B. durch die Corona-Pandemie nicht eine Retraditionalisierung der Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen, die eine tendenziell positive Entwicklung der Geschlechtergerechtigkeit um Jahre zurückwerfen könnte?

Wir möchten diese und weitere Fragen diskutieren, da wir davon ausgehen, dass demokratische Verständigungsprozesse sozialpsychologisch durch Responsivität einen Beitrag sowohl zur seelischen Gesundheit in einer von physischer Distanz

geprägten Öffentlichkeit als auch aus Sicht einer demokratischen Deliberation über notwendig zu debattierende inhaltliche Fragen darstellen können.

*Gregor Kritisidis und Per Holderberg kommen aus dem Umfeld der „Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“, einem Wissenschaftsverband, der eine Gegenöffentlichkeit zum wahrgenommenen neoliberalen Zeitgeist schaffen möchte. Beide sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Universitäten Hannover bzw. Hildesheim.*

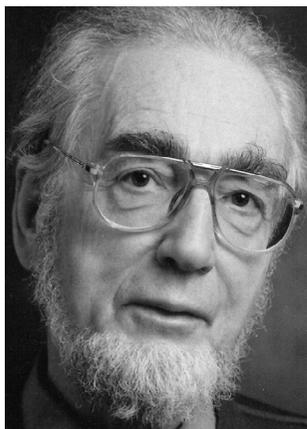


Forum

## Erhard Eppler – ein Nachruf

Von Reinhard Gaede

**E**rhard Eppler ist im Alter von 92 Jahren am 19.10.2019 gestorben. Mit ihm verliert Deutschland einen überzeugten Sozialdemokraten, einen engagierten Christen und klugen Vor- und



Querdenker. Auch uns selbst wird er fehlen. Wir denken an seine Ehefrau, Kinder, Enkel und Urenkel und trauern mit ihnen.

Erhard Eppler wurde 1926 ge-

boren. Er erlebte den Zweiten Weltkrieg, legte nach dem Krieg sein Abitur ab. Der promovierte Gymnasiallehrer – trat 1956 in die SPD ein. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestags für den Wahlkreis Heilbronn, als Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, als Mitglied des SPD Bundesvorstands und des Präsidiums, als Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, hat Erhard Eppler die Sozialdemokratische Partei Deutschlands über Jahrzehnte geprägt. Er war ein überzeugter Anhänger der Friedensbewegung und erkannte früh die Bedeutung der ökologischen Frage. Auch die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland hat Erhard Eppler entscheidend geprägt – nicht zuletzt als Bundesmi-

nister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett Willy Brandts.

Erhard Eppler war ein engagierter Protestant und hat viel für die Verständigung von SPD und Kirchen geleistet. Zweimal war er Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, viele Jahre gehörte er dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags und der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland an.

Am 17. Juni 1989 hielt der SPD-Linke Eppler, gegen den entschiedenen Widerstand der Union, die offizielle Rede zum Tag der deutschen Einheit. Er skizzierte präzise die desolante Lage in der DDR. Die Frage sei nicht mehr ob, nur noch wann das SED-Regime zusammenbricht. Ohne Mauer aber werde die Frage der deutschen Einheit auf die Tagesordnung kommen. Prophetische Worte damals.

Die damals kommissarische SPD-Vorsitzende Malu Dreyer hat E. Eppler „als einen großen Vordenker in unseren Reihen“ gewürdigt. Sie erinnerte unter anderem an Eplers „glühende Leidenschaft für ein vereintes und soziales Europa des solidarischen Miteinander“.

In CuS 1/2007 haben wir geschrieben: „Besonders nahe bist Du uns gewesen in Deinem Engagement für die Armen der Einen Welt, als Teilnehmer bei Friedensdemonstrationen im Widerspruch gegen atomare Aufrüstung und Golf-Kriege, im Engagement für Umweltschutz und als Kirchentags-Präsident.“

In CuS 1/1982 haben wir über seinen Vortrag bei unserer Tagung „Basisorientierter Sozialismus gestern und heute“ in Haus Lerbach, Bergisch Gladbach berichtet.

In CuS 1/1985 konnten wir seinen Vortrag vor den Österreichischen Bundesgenossen in Linz lesen.

Er hatte sich immer – so sein Vortrag in Bad Boll, CuS 1/2001 – an Christoph Blumhardts Wort gehalten: „Gott ist bei den Elenden, Armen, Unterdrückten. Dort sollen wir ihn suchen“.

Für die Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft hatte er geworben und im Jahr 2000 diagnostiziert: „Was Marx im Kommunistischen Manifest vor 151 Jahren als globalen Kapitalismus beschrieben hat, ist nun lückenlos wirklich geworden. ...Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Demokratie zu erhalten und zu stärken...sie ist der Versuch von Menschen, selbst zu entscheiden, wie sie leben wollen.“ (CuS 1/2000)

Die Demokratie-Denkschrift der Ev. Kirche kam 60 Jahre zu spät“, hatte er in CuS 2/2003 bemerkt: „Hoffen wir, dass sie jetzt als Teil der Zivilgesellschaft tapfer für Gerechtigkeit und Frieden streitet!“

Zwischen „Vergottung und Verspottung“ hatte er die Lage des Staates gesehen und Bewegungen des Widerstandes gegen die „marktradikale Abwehr des Staates“ mit wachen Augen gesucht. (CuS 2–3/2007)

In CuS 2–3/2011 haben wir seinen Vortrag „Wer regiert die Welt?“ auf dem Dresdener Kirchentag wiedergegeben. Ökologischer Umbau der Wirtschaft und eine solidarische Gesellschaft sind seine Postulate gewesen. „Die solidarische Gesellschaft als Voraussetzung für den Frieden“ war sein Thema bei seiner Rede zum 100 Jahre Sozialistenkongress Jubiläum im Basler Münster. (CuS 2–3/2013)

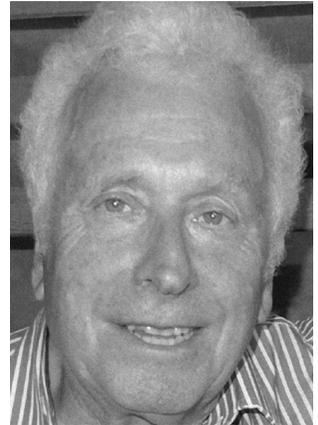
„Wenn Du ein Gärtchen hast und eine Bibliothek so wird Dir nichts fehlen.“ (Marcus Tullius Cicero) So haben wir ihn

bei Telefon-Gesprächen im Ruhestand erlebt.

Dankbar denken wir an seine Treue zum demokratischen Sozialismus und an die Begleitung der Religiösen Sozialist(inn)en als Autor und Leser von CuS.

Im Folgenden dokumentieren wir nochmals E.Epplers Rede „Die solidarische Gesellschaft als Voraussetzung für den Frieden – Rede zur Konferenz 100 Jahre Sozialistenkongress im Basler Münster von 1912 (Friedenskongress der II. Internationalen)“. Eppler hielt diese Rede am 13.11.2012. Wiederabdruck aus der CuS Nr. 2-3/2013. Die Redaktion.

*Dr. Reinhard Gaede, geboren 1942 in Siegen, nach dem Abitur 1963 Studium generale am Leibniz-Kolleg Tübingen, Studium der Ev. Theologie und der Soziologie,*



*Promotion 1972 in Münster (Dissertation Kirche – Christen – Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus*

*während der Weimarer Zeit‘, 1975), nach 7*

*Jahren in Forschung und Lehre in Münster und Bethel 29 Jahre Gemeindepfarramt in Herford, im Ruhestand seit Nov. 2005, Von 1976-1996 Mitglied der Redaktion von CuS; 2 Jahre zuletzt, und wieder verantwortlich als Schriftleiter 2005-2018, Ehrenvorsitzender des BRSD, ehrenamtliche*

## **Erinnerung und Dokumentation**

# **Die solidarische Gesellschaft als Voraussetzung für den Frieden\***

## **100 Jahre Sozialistenkongress im Basler Münster**

Von Erhard Eppler

### **Anrede**

Ich bin mir der Ehre bewusst, hier, im Münster zu Basel reden zu dürfen, an einem Ort, in einer Kirche, in der vor bald 600 Jahren die Theologen des Abendlandes über die Zukunft ihrer Kirche berieten, in der Erasmus von Rotterdam ausging und wo vor nicht allzu langer Zeit der – zumindest für den deutschen Protestantismus – wichtigste Theologe des 20. Jahrhunderts gepredigt hat: Karl Barth. Und in dieser Kirche darf ich heute als Politiker reden, weil hier schon vor hundert Jahren Sozialdemokraten aus ganz Europa mit Zustimmung der politisch und kirchlich Zuständigen vor dem großen Krieg warnen durften, weil sie hier in Basel darüber beraten konnten, was sie, die Sozialisten, gegen das tun konnten, was dann ganze 20 Monate danach, über Europa hereinbrach. Mancher von den führenden Männern und den mutigen Frauen, die hier zusammenkamen, haben wohl geahnt, gegen welche gewaltige und gewalttätige Front aus Chauvinisten und irregeleiteten Patrioten sie da anrannten. Der bedeutendste der Redner hier im Münster, Jean Jaurès, wusste allerdings noch nicht, dass er das erste von Millionen Opfern werden sollte.

Die Delegierten, die hier vor hundert Jahren zusammenkamen, standen unter dem Eindruck einer unmittelbaren

Kriegsgefahr. Durch ein Eingreifen Russlands oder Österreich-Ungarns in den Balkankrieg drohte schon das, was dann knapp zwei Jahre danach Wirklichkeit wurde.

Das sind nicht die Sorgen, die uns heute umtreiben. Ich komme aus einem Land der Europäischen Gemeinschaft, das, zum ersten Mal in seiner Geschichte, fast nur noch von Verbündeten umgeben ist und das sich auch von dem Staat im Süden, der nicht zum NATO-Bündnis gehört, nicht ernsthaft bedroht fühlt.

Wer selbst noch als ganz junger Soldat das letzte Jahr des Zweiten Weltkriegs überlebt hat, wird seinem Gott jeden Tag dafür danken, dass die Nationen Europas sich in der Europäischen Union zusammengefunden haben und dass heute keiner der europäischen Nationalstaaten noch in der Lage wäre, den anderen zu überfallen. Ich füge hier noch hinzu, dass ich zu einer Generation gehöre, die unendlich erleichtert war, als Boris Jelzin und Helmut Kohl zusammen in die Sauna gingen und als Wladimir Putin mit Gerhard Schröder im Schlitten spazieren fuhren. Und ich gehöre sogar zu denen, die daran zweifeln, dass ausgerechnet wir Deutschen dazu berufen sind, den Russen Demokratie beizubringen.

Damit habe ich schon angedeutet, dass, was uns heute beruhigt, was uns freut und dankbar macht, immer noch zerbrechlich ist. Das gilt nicht nur für das Verhältnis zu Russland.

Ich habe meine Zweifel, ob ein Europa lebensfähig und friedensfähig bleiben kann, wenn die Regierungschefs der einzelnen Nationalstaaten alles tun, um ihren Wählern berichten zu können, wie wenig sie für dieses Europa bezahlen mussten und wie viel sie in Brüssel für die eigene Nation herausgeschlagen haben. Wer Europa will, darf nicht zuhause auf den nationalen Egoismus setzen, noch weniger auf nationalistische Ressentiments. Wenn ein deutscher Parlamentarier den – ach so faulen – Griechen rät, sie sollten doch einfach ihre vielen Inseln verkaufen, dann darf man sich nicht wundern, wenn bei Demonstrationen in Athen Frau Merkel in NS-Uniform auftritt. Natürlich ist beides Unfug. Aber es zeigt, was sich da hochschaukeln kann. Dies ist nicht der Ort, über die richtige Europapolitik zu streiten. Aber doch ein Ort, um vor der ganz und gar falschen zu warnen. Ohne ein Mindestmaß an Solidarität zwischen den Nationen wird es nicht gehen. Und Solidarität entsteht nicht ohne Respekt voreinander. Dazu gehört auch der Respekt der wirtschaftlich Erfolgreicheren vor den weniger Erfolgreichen. Wer ein demokratisches Europa will, darf sich auch nicht daran gewöhnen, dass die Richtlinien der spanischen, portugiesischen, griechischen Politik von ein paar ökonomischen Technokraten außerhalb des Landes festgelegt werden. Und wer dieses demokratische Europa will, darf auch auf Dauer nicht hinnehmen, dass über die Tagesordnung der europäischen Politik auf den Finanzmärkten entschieden wird. Wer jetzt die marktconforme Demokratie ansteuert, hat Europa schon aufgegeben. Wir brauchen den demokratiekonformen Markt. Und den erreichen wir nicht mehr über die National-

staaten, sondern nur noch über ein Europa, wo genau dies zum gemeinsamen politischen Ziel wird.

Ich glaube auch nicht, dass man den nationalen Parlamenten zumuten kann, immer mehr Kontrollrechte nach Brüssel zu verlagern, wenn die Parlamentarier, zumal im Süden des Kontinents, ihren Wählern nicht erklären können, was sie davon haben. Es stimmt, dass eine Haftungsgemeinschaft für die Schulden der Einzelstaaten nur möglich ist, wenn es gemeinsame Regeln für die Haushalte gibt. Aber umgekehrt stimmt es auch, dass gerade die ärmeren Länder sich auf solche harten Regeln nur festlegen lassen, wenn irgendwo am Ende des Tunnels das Licht einer Haftungsgemeinschaft erkennbar wird.

Was in diesen Tagen im Süden des Kontinents brodelt, muss uns zu denken geben. Es war die unantastbare Hegemonie marktradikalen Denkens, das die Europäer dazu verführt hat, ihren Verträgen das Prinzip des Wettbewerbs, auch zwischen den Staaten, zu Grunde zu legen. Aber wenn nun in der Krise nicht der Wettbewerb, sondern eine Solidarität gefragt ist, die in den Verträgen gar nicht vorkommt, dann ist mehr Umdenken nötig, als gegenwärtig erkennbar ist. Die Budgetverhandlungen für 2013 und die Finanzplanung für die folgenden Jahre werden uns, so fürchte ich, zeigen, wo wir stehen. Trotz allem, was mich beschwert, hoffe ich, dass die Europäische Union überlebt. Und überleben kann sie nur, wenn der nationale Egoismus nicht mehr geschürt wird, wenn auch Regierungschefs wagen, von europäischer Solidarität zu reden.

Die Basler Freunde, die mich zu dieser Rede aufgefordert haben, haben wahr-

scheinlich verfolgt, wie ich seit dem Ende des Kalten Krieges immer entschiedener die These vertrete, dass das 21. Jahrhundert weit weniger als das zwanzigste gefährdet sein wird durch Staaten, die nach innen allzu stark und autoritär sind und sich daher nach außen Kriege leisten können, sondern eher durch schwache, zerfallende Staaten, die ihr Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen können und dem nicht mehr Einhalt gebieten können, was ich die Privatisierung und die Kommerzialisierung der Gewalt nenne. Heute, im Jahr 2012, gibt es auf dieser Erde keinen einzigen Krieg zwischen Staaten, aber sehr viel Gewalt innerhalb von Staaten – soweit von Staaten überhaupt noch geredet werden kann. Dabei meine ich jetzt nicht zuerst das, was in Syrien sich abspielt. Das ist, soweit Europäer es einschätzen können, ein klassischer Bürgerkrieg, bei dem es um die Macht in Damaskus geht. Was allerdings den syrischen vom spanischen Bürgerkrieg der Dreißigerjahre unterscheidet, ist die Ungewissheit, wessen Gewaltmonopol denn das der jetzigen Herrscher ablösen soll. Das der äußerst brutalen, oft von weither angereisten Kämpfer, die der Regierungstruppen auch deshalb nicht Herr werden, weil ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ihnen misstraut? Oder das der Exil-syrer? Welcher Gruppe der Opposition? Am wahrscheinlichsten finde ich, dass, auch wenn Assad verschwände, die Gewalt zwischen den verfeindeten Gruppen und Konfessionen noch lange weiterginge. Wenn die Gewalt sich einmal entstaatlicht, privatisiert, dann lässt sich dies nicht auf Kommando rückgängig machen.

Dass Kriege zwischen Staaten seltener werden, hat auch mit dem zweiten Irak-

krieg zu tun. Es war wohl der dümmste Krieg der amerikanischen Geschichte. Er hat bewiesen, dass man militärisch einen Krieg haushoch gewinnen, aber gleichzeitig politisch, ökonomisch, finanziell, vor allem aber moralisch glatt verlieren kann. Die Vereinigten Staaten sind durch diesen Sieg deutlich schwächer geworden. Die Musterdemokratie, die der jüngere Bush auf der tabula rasa des Irak errichten wollte, wird nicht kommen, und die Regierung, welche die Amerikaner einsetzen mussten, weil sie auf die Kräfteverhältnisse im Irak Rücksicht nehmen wollten, flirtet inzwischen mit den Glaubensbrüdern im Iran, dem Hauptfeind der USA. Im Übrigen ist diese Regierung weit davon entfernt, nach Abzug der Amerikaner ein staatliches Gewaltmonopol erzwingen zu können. Der eigentliche Sieger könnte die entstaatlichte Gewalt der Milizen und der bewaffneten Fanatiker sein. Der Irakkrieg könnte sogar solche Politiker von kriegerischen Abenteuern abhalten, die für Pazifisten nur Verachtung übrig haben. Schon bisher war ein Krieg ein Risiko. Man konnte ihn auch verlieren. Was aber, wenn sogar der gewonnene Krieg eine höchst riskante Angelegenheit wird? Wenn man ein Chaos produziert, dessen man nicht mehr Herr wird und dem man dann so rasch wie möglich entkommen muss? Und ohne Gesichtsverlust nicht entkommen kann?

Die Entstaatlichung, Privatisierung und – etwa im Drogenkrieg – auch Kommerzialisierung der Gewalt muss nicht durch einen Krieg zwischen Staaten entfesselt werden. In Mexiko sterben gegenwärtig mehr Menschen durch organisierte Gewalt als in Afghanistan, wo doch angeblich Krieg geführt wird. In den letz-

ten 5 Jahren waren es 40 000 Menschen. Drogenkartelle können es sich leisten, sich gegenseitig abzuschlachten und sich nebenher der Polizei und sogar der Armee zu erwehren. Auch in Sao Paolo fordern die Bandenkriege im Untergrund in einem Monat mehr Opfer, als die europäischen Staaten in Afghanistan an Soldaten verloren haben. Im Ostkongo leiden die Menschen unter einem Gewaltchaos, in dem sie zwischen privatisierter und angeblich staatlicher Gewalt nicht mehr unterscheiden können. Kurz: Die weitaus meisten Gewaltopfer unserer Zeit sterben nicht in Kriegen zwischen Staaten, sie sind Opfer einer wohl organisierten, privat angeheuerten und privat finanzierten Gewalt, die sich gegen die staatliche wenn nicht immer durchsetzen, so doch meistens behaupten kann. Manchmal gelingt es ihr auch, die staatlichen Organe, zumal die Polizei, zu unterwandern.

Woher kommt diese Gewalt? Warum ist sie jetzt weiter verbreitet, stärker und gefährlicher als im 20. Jahrhundert? Dafür gibt es einen sehr banalen Grund und einen höchst politischen. Der banale ist die moderne Waffentechnik. Noch im Ersten Weltkrieg brauchte man zu Transport und Bedienung eines Maschinengewehrs drei stämmige, gut ausgebildete Infanteristen. Heute kann ein Dreizehnjähriger mit einer Kalaschnikow ein Blutbad anrichten. Dass die moderne Waffentechnik handhabbarer, leichter für jedermann zugänglich geworden ist, können wir nicht mehr ändern. Anders sieht es aus beim wichtigeren, politischen Grund: Wo die Gewalt sich privatisiert, hat sich vorher die Gesellschaft gespalten. Das kann religiöse Gründe haben, wie heute in vielen muslimischen Staaten, – wo Fundamentalisten

ihrer Wahrheit mit Waffen zum Durchbruch verhelfen wollen. Im nicht-muslimischen Raum, also in Europa, Nord- und Südamerika, auch in Teilen Asiens, spaltet sich die Gesellschaft zwischen bettelarm und steinreich. Die Slums mancher Großstädte und ihre „Gated Communities“, hinter deren elektrisch geladenen Zäunen die Reichen sich einigeln, verbindet nichts mehr außer Furcht und Hass. In den Slums ist es mehr der Hass, in den Zitadellen der Reichen mehr die Furcht. Auf die kriminelle Gewalt aus den Slums antworten die Reichen mit privat angeheuerten und besoldeten Sicherheitsleuten. Wo beide zusammenstoßen, gleichen sich die Methoden des Kampfes rasch an. Die privatisierte Gewalt kennt keine Regeln und meist auch keinen Richter. Alles ist erlaubt, auch das, was Soldaten verboten ist.

Es stimmt, was uns die Marktradikalen sagen: Die völlige, auch ökonomische Gleichheit ist nur gewaltsam, durch Diktatur zu erreichen. Aber genauso richtig ist: Wo die Ungleichheit ein gewisses Maß überschreitet, spaltet sich die Gesellschaft, versagt der Staat und gedeiht die privatisierte, absolut gesetzlose Gewalt.

Sie ahnen schon, was sich daraus ergibt: Im 21. Jahrhundert ist das, was die Sozialdemokraten vor 150 Jahren zusammengebracht hat, die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs, das Streben nach Gerechtigkeit auch im Sozialen, gleichzeitig ein Dienst am Frieden. Nicht an einer sozialen Friedhofsruhe, sondern an einer lebendigen, dynamischen Gesellschaft, die ihre Konflikte zivilisiert austragen kann, weil sie niemanden einfach verenden, verkommen oder verzweifeln lässt, weil sie in einer solidarischen Leistungsgesellschaft jedem und jeder eine Chance

gibt, notfalls auch eine zweite und eine dritte, und weil diese solidarische Leistungsgesellschaft langsam zur Bildungs- und Kulturgesellschaft reifen kann.

Sozialdemokraten werden auch im 21. Jahrhundert alles tun, um Kriege zwischen Staaten zu vermeiden. Und sie können dafür mehr tun als vor hundert Jahren, einfach weil sie mehr politischen Einfluss haben. Wo, und sei es im äußersten Zipfel des Globus, Menschen durch angeblich staatliche oder entstaatlichte Gewalt leiden und die Vereinten Nationen eine „responsibility to protect“ für gegeben halten, eine Verantwortung für den Schutz, wird jedes Mal gründlich zu diskutieren sein, ob – die Völkergemeinschaft versuchen soll, selbst ein neues, legitimes Gewaltmonopol zu errichten. Sie kann zu dem Ergebnis kommen, dass jedes militärische Eingreifen die Leiden der Menschen nur verschlimmert, aber sie kann sich auch davon überzeugen lassen, dass ein Eingreifen eher zu verantworten ist als ein Zusehen. Es stimmt nicht, dass das Eingreifen oder auch das Zusehen in jedem Fall moralisch höher steht. Man kann durch Eingreifen und durch Zusehen schuldig werden. Daher müssen wir in jedem Einzelfall darüber streiten, was uns schuldiger macht.

Deutsche Soldaten im Kosovo oder in Bosnien sorgen dafür, dass dort nicht mehr geschossen wird, dass Serben und Kosovaren oder Serben und Bosniaken nicht übereinander herfallen. Soldaten können das Schießen beenden und verhindern. Frieden und Versöhnung schaffen können sie nicht. Das ist Sache der Politik, und wo sie nicht weiter weiß, sind die Friedensstifter, die Pazifisten gefragt. In Bosnien etwa organisieren sie Ferienlager für serbische, kroatische und bos-

nisch-muslimische Kinder, die miteinander spielen lernen, damit sie später miteinander leben und arbeiten können. Als ich vor einiger Zeit einmal über ein solches Ferienlager sprach, meldete sich jemand zu Wort und fragte, ob ich wisse, dass dieses Lager von Soldaten bewacht, vor nationalistischen Fanatikern beschützt werden müsse. Ich wusste es nicht, aber es bestätigte meine Vermutung, dass im 21. Jahrhundert Pazifisten und Soldaten manchmal an einem Strang ziehen müssen. Erst wenn Soldaten das Morden beendet haben, können Pazifisten mit dem beginnen, was Soldaten nicht können. Hier in der Schweiz muss ich nicht umständlich erklären, dass Soldaten allein durch ihr Dasein, ihr keineswegs kriegswütiges Dasein, einem Volk den Frieden bewahren können. Jedenfalls bezweifle ich, ob im 21. Jahrhundert aktive Pazifisten immer Antimilitaristen sein müssen.

Wenn es darum geht, zu verhindern, dass eine gespaltene Gesellschaft die privatisierte und kommerzialisierte Gewalt entbindet, entfesselt, können wir Sozialdemokraten auf unsere Tradition zurückgreifen.

Ehe die marktradikale Welle vieles von dem weggespült hat, was Sozialdemokraten lieb und teuer war, hat Ralf Dahrendorf uns bescheinigt, wir hätten im Grunde alles erreicht, was wir vernünftigerweise erreichen könnten. Also mache sich die Sozialdemokratie durch ihre Erfolge überflüssig.

Das war ein fataler Irrtum, über den wir mit Dahrendorf, wäre er noch am Leben, heute in Ruhe sprechen könnten. Zum einen hat die marktradikale Welle uns wieder genau an den Punkt gebracht, an dem Ferdinand Lasalle vor 150 Jahren

angesetzt hat, als er immer wieder seinen Anhängern einhämmerte, wer den Markt einfach walten lasse, wer die sehr ungleichen Ergebnisse des Marktes auf keinen Fall korrigieren wolle, wer also den Staat, auch den demokratischen, von der Wirtschaft völlig trennen wolle, der spalte die Gesellschaft in Arm und Reich, Mächtig und Hilflos. Genau an dem Punkt sind wir heute wieder. Müssen wir, weil der Markt es so will, für richtig und unantastbar halten, wenn die Vorstandsgehälter und -vergütungen nicht mehr wie vor 40 Jahren, das Fünfzehn- oder Zwanzigfache eines Arbeitereinkommens betragen, sondern das Hundertfache oder gar das Zweihundertfache? Wenn jemand für eine einfache, aber anstrengende Arbeit so wenig verdient, dass er trotzdem zum Sozialamt laufen muss, weil der Markt eben nicht mehr als 5 Euro die Stunde hergibt, gilt dann der Markt oder in Deutschland die Verfassung, nach der unser Staat der Menschenwürde zu dienen hat?

Nein, an klassisch sozialdemokratischen Aufgaben fehlt es nicht. Neu ist nur, dass, wer sich in der Welt umsieht, erkennen muss: Was wir als soziale Aufgabe längst kennen, wird im 21. Jahrhundert zu einer Friedensaufgabe, der wichtigsten schon auf mittlere Sicht.

Ich bin dankbar dafür, dass ich dies in einem der wichtigsten Gotteshäuser Europas sagen darf, in einer Kirche, deren Gemeinde auch am konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung teilgenommen hat. Mit Gerechtigkeit war damals vor allem die zwischen Nord und Süd gemeint. Das ist und bleibt richtig. Heute würde ich hinzufügen: So sehr Christen damals darauf bestanden, dass die Völker des Südens uns nicht nachzuahmen brauchten,

so offenkundig ist es heute, dass wir von dem lernen können, lernen müssen, was in nicht wenigen Gesellschaften dort vor sich geht, vor allem in Lateinamerika, aber auch in Afrika und Asien. Es war die marktradikale Welle, die dort die Gesellschaften vollends gespalten, die Staaten hilflos, handlungsunfähig gemacht, die Privatisierung der Gewalt in Gang gesetzt, zumindest beschleunigt hat. Wer heute in die Vereinigten Staaten von Amerika schaut, kann sehen, dass solche Spaltung auch in reichen Industrieländern möglich ist. Es gibt dort Städte, in denen auf einen Polizisten ein halbes Dutzend Angestellte privater Sicherheitsdienste kommen. Wo die innere Sicherheit, der Schutz vor Verbrechen zu einer käuflichen Ware wird, die wenige sich leisten können und die meisten nicht, bekommt die Ungleichheit, auch die Ungerechtigkeit eine neue Dimension, eine die Gesellschaft – spaltende Dimension. Weil dem so ist, muss die Sozialdemokratie die öffentliche Verantwortung für die innere Sicherheit als notwendigen Teil eines modernen Sozialstaats verstehen.

Mir ist bewusst, wo ich spreche: In einem wohlgeordneten Land, in dem der Gesetzgeber es den Wehrpflichtigen erlauben kann, ihre Gewehre zuhause aufzubewahren, in einem Land, in dem ich selbst vor mehr als 60 Jahren von großartigen Frauen und Männern gelernt habe, was Demokratie ist und dem ich für immer dankbar bin. Aber in Peru, Guatemala oder Kolumbien, in Kairo oder Johannesburg können die Menschen nur träumen von dem, was hier politische Vernunft und das Drängen der Sozialdemokraten erreicht hat. Auch eine hochmoderne Gesellschaft kann auseinanderdriften.

Hier liegt die Aufgabe Europas. Wir Europäer müssen zeigen, wie man eine Gesellschaft zusammenhält dadurch, dass jeder und jede nicht nur Freiheitsrechte genießt, sondern auch etwas damit anfangen kann und sich deshalb dieser Gesellschaft zugehörig und auch verpflichtet fühlt. Wir müssen überdies beweisen, dass eine solche solidarische Gesellschaft sich wirtschaftlich behaupten kann.

Und hier, im Basler Münster, füge ich hinzu: Wenn wir dies tun, befinden wir uns nicht nur auf einem Weg in eine gute, friedliche Zukunft, wir stehen dann auch in einer Tradition von mehr als zwei Jahrtausenden. Nie hat europäische Ethik gefragt, wie einer den anderen übertrumpfen oder gar ausschalten kann. Immer ging es darum, wie wir uns richtig zum Nebenmenschen, zum Nächsten verhalten, uns ihm zuwenden. Was Paulus den Galatern geschrieben hat: „Einer trage des andern Last!“ wäre weder bei Erasmus von Rotterdam noch bei Immanuel Kant auf Widerspruch gestoßen. Es waren und sind die Marktradikalen, die sich aus dieser Tradition verabschiedet haben. Die Sozialdemokraten Europas, auch die, die sich keiner Kirche zugehörig fühlen, sind und bleiben in dieser Tradition. Es ist eine

Tradition, in der Gerechtigkeit Frieden schafft und Frieden die Chance der Gerechtigkeit.

Ich bedanke mich dafür, dass ich im Basler Münster sprechen durfte.

\*Rede am 13.11.2012.

*„Im November 2012 fand an der Universität Basel ein Kongress mit über fünfzig wissenschaftlichen Vorträgen zum historischen Ereignis und zu den friedenspolitischen Herausforderungen von heute statt. Gleichzeitig organisierten die SP Schweiz sowie die Kantonalparteien von Baselland und Basel-Stadt im Basler Münster eine Jubiläumsveranstaltung, an der die sozialdemokratischen Friedensvisionen im Vordergrund standen.“ Neue Wege 2/2013. Erhard Eplers Rede wurde gedruckt – in unserer schweizerischen Schwesterzeitschrift unter dem Titel: „Das Mindestmaß an Solidarität“. Wir danken für die Kooperation zwischen Religiösen Sozialist(inn)en.*

*Nachdruck aus: CuS. Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands 2–3/2013, S. 9–15.*

## Forum

# Zweifel eines und an einem Theologen

## Nachgedanken heute zum „Fall Lüdemann“

Von Elmar Klink

Viel Staub wirbelte der evangelische Neutestamentler und Bibelexeget Professor Dr. Gerd Lüdemann (\*1946) seit den späteren 1980er und besonders in den 1990er Jahren auf

mit seinen fundamentalen und vehement vorgetragenen biblischen Glaubens- und Kirchengweifeln. Sie schlugen zu Buche und kamen zur Unzeit auf in Zeiten, in denen das Kirchenvolk in beiden großen Amtskirchen fortgesetzt mit den Füßen abstimmte und sich durch

Austritte mehr und mehr dezimierte, u.a. eben wegen solcher „Lüdemann-Zweifel“. Seit Kriegsende 1945 „schrumpften“ die Mitglieder der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland in dramatischem Ausmaß, wie die folgende Statistik verdeutlicht: 1950 gab es bei 49,8 Mio. Bundesbürgern 22,83 Mio. Katholiken (45,8%) und 25,22 Mio. Protestanten (50,6%). 2018 waren es bei 83,2 Mio. Einwohnern noch 23 Mio. Katholiken (27,7%) und 21,14 Mio. Protestanten (25,5%). Wir befinden uns also in der Größenordnung von einer fast Halbierung in 70 Jahren. Ein Vorgang, wie ihn aber auch Parteien und Gewerkschaften kennen.

Mittlerweile geht es bereits aus mehrerlei Gründen an die Substanz: Eklatanter Priesterschwund in den katholischen Bistümern; Kirchenschließungen (oder Verkäufe von Gotteshäusern); Zusammenlegungen katholischer und evangelischer Gemeinden und Landeskirchen und Bistümer; Reduzierung/Teileinstellung kirchlicher Dienste; Rückgang der Kirchensteuereinnahmen; konfessionelles Kirchenvolksbegehren durch die ökumenische Initiative „Wir sind Kirche“; organisatorische Abnabelung einer „Kirche von unten“; abtrünnige Kirchengemeinden in den egalitären Basisgemeindestatus; und nicht zuletzt Skandale wie jene um Küng, Drewermann oder Lüdemann und jüngst um die vielen Missbrauchsfälle von Minderjährigen und Schutzbefohlenen durch ehrbare Kirchenleute (meist männlichen Geschlechts).

Das Beispiel Lüdemann ist in diesem Negativkonzert nurmehr ein zusätzliches Symptom und Indikator, das und der es in sich hat. Mit den höchstrichterlichen Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts

2005 und Bundesverfassungsgerichts 2008, angestrengt auf hartnäckiges Betreiben Lüdemanns, um staatskirchenrechtliche Fragen zu seinem Status zu klären, ist der „Fall“ Lüdemann juristisch abgeschlossen. Durch Verbleib (unter Duldung) auch als Ungläubiger und Nichtmeh-Christ in seiner Kirche rettete sich Lüdemann 2011 in die Pension mit Abzügen. Denn er war, systemimmanent wohl folgerichtig, seit 1998 kein Dozent, Lehrender und Prüfender mehr der offiziellen evangelischen Theologie an einer kirchlichen Fakultät. Ein Metzgermeister, der zum überzeugten Vegetarier wurde, kann kaum glaubwürdig Fleischerlehrlingen weiter die Gesellenprüfung abnehmen. Die Landeskirche in Hannover rang sich dennoch zu einem gerade noch tragfähigen Kompromiss durch und schob Lüdemann in einen extra für ihn eingerichteten Lehrbereich für „Geschichte + Literatur des frühen Christentums“ ab, den auch ein Religionsphilosoph oder Religionshistoriker hätte betreuen können. Das war etwas grotesk und ungefähr so, als würde, um im Bild zu bleiben, der Vegetarier und ehemalige Metzgermeister an einer Fleischereifachschule vor Fleischereilehrlingen nun über die Gefahren des Fleischessens dozieren. Worüber der Abgeschobene nicht müde wurde, sich öffentlich in Statements und Artikeln in Zeitungen zu beklagen. Lüdemann stilisierte sich nicht ganz ohne Grund zum Opfer, an dem kirchliches Unrecht verübt wurde.

In früheren Jahrhunderten hätte es in so einem Fall einen kirchlichen Disput gegeben, wie ihn der Renegat und Romkritiker Martin Luther in Worms durchstehen musste. Den letzten Endes der Schutz der Fürsten, mit denen er sich ge-

gen die in den Bauernaufständen sozial auswuchernde radikale Reformation verbündete, vor der Heiligen Inquisition bewahrte. Luther tat nach seinen Thesen von Wittenberg 1517 sein größtes Werk und übersetzte als Junker Jörg ausgegeben auf der abgeschiedenen Wartburg in nur elf Wochen das Neue Testament ins Deutsche. Er heiratete die ebenfalls renege Ordensfrau Katharine von Bora und zeugte mit ihr mehrere Kinder. Die Geburt der Pastorenfamilie. Ein solch offizieller Disput fand mit Lüdemann nie statt. D.h. es gab kleinere, medienwirksame Artikel-Kontroversen und Streitgespräche etwa mit dem Neutestamentler Klaus Berger oder dem evangelischen Theologen Rolf Wischnath (Disput in Fürstenwalde), zu dem Zeitpunkt Landessuperintendent in Cottbus. Bezeichnenderweise haben sich mit Wischnath (ostdeutscher Neubürger) und dem ehemaligen Bischof von Magdeburg, Dr. Christoph Demke, zwei Kirchenrepräsentanten aus dem Bereich des ehemaligen DDR-Kirchenbunds mit Lüdemann befasst. Ansonsten herrschte in der Leitung der evangelischen Kirche weithin das große, betretene öffentliche Schweigen (mit Ausnahme auf Kirchentagen jener Jahre), die mit Lüdemann auch so etwas wie eine „Causa Küng“ oder „Causa Drewermann“ bekam, nur anders gelagert, aber mit denselben Folgen des Entzugs der theologisch-kirchlichen Lehrbefugnis. Die Entscheidung der Hannoveraner Landeskirche, Lüdemann von der Theologie-Dozentur zu dispensieren, ist aus dessen Sicht eine Art Inquisitions-Urteil, zumindest für einen Mann der Lehre, dem damit theologisch praktisch der Boden seines Wirkens entzogen wurde. Lüdemann forderte die Lehrstuhl-

Theologie zur Erforschung aller Religionen auf und nähert sich damit dem Ansatz und der Spurensuche des katholischen Theologen Hans Küng für ein universelles Weltethos an. Ohne ein solches kann es keinen interreligiösen Dialog geben.

Lüdemanns Beispiel zeigte und gab ihm Recht in seiner Kritik, dass Forschung und Lehre an der Evangelischen Fakultät der Universität Göttingen nicht frei sind, sondern den Interessen der Kirchenleitung und den Belangen des Staatskirchenrechts unterliegen. Man wollte einen Theologen, der in einem bewusst naiv gehaltenen „Brief an Jesus“ (1998) erklärte, nicht mehr an Gott glauben zu können und für den 95 Prozent der überlieferten Jesusworte und -taten unecht sind, nicht länger auf seinem Posten belassen. Wie immer, wenn man etwas verbietet und ausmerzen will, wächst dadurch das Interesse am Verbotenen und Indizierten. Für die, die ohnehin glauben, dass in den großen Amtskirchen gewaltig etwas nicht mehr stimmt, ist das Vorgehen gegen Lüdemann Wasser auf ihre Mühlen gewesen. Für Zweifelnde vielleicht noch die letzte evidente Bestätigung. Entweder biblisch an Jesus glauben um jeden Preis, oder es lassen? Dies kann eigentlich in aufgeklärten vernünftigen Zeiten nicht die Alternative sein. Zweifel muss erlaubt sein, das Gespräch und die Auseinandersetzung darüber auch und eine kritisch-historische Lehrmeinung dazu ebenfalls. Aber der „Wurm“ Lüdemann saß bereits im morschen Gebäck und nagte an der brüchigen Substanz.

„Kein erwachsener Mensch stellt sich Gott als ein oben im Himmel vorhandenes Wesen vor; ja, den ‚Himmel‘ im all-

gemeinen Sinn gibt es für uns gar nicht mehr. Und ebenso wenig gibt es die Hölle, die mythische Unterwelt unterhalb des Bodens, auf dem unsere Füße stehen. Erledigt sind damit die Geschichten von der Himmel- und Höllenfahrt Christi, erledigt ist die Erwartung des mit den Wolken des Himmels kommenden ‚Menschensohns‘, und des Enttraftwerdens der Gläubigen in die Luft, ihm entgegen (1 Thess 4, 15ff). Erledigt ist durch die Kenntnis der Kräfte und Gesetze der Natur der Geister- und Dämonenglaube“. Der dies so pointiert und gar nicht mal neu ausdrückte, ist nicht der Kirchen- und Glaubenshätetiker Lüdemann, sondern war kein geringerer als Rudolf Bultmann in einem Vortrag vor Pfarrern der Bekennenden Kirche in Frankfurt im April des Jahres 1941 (siehe R. Bultmann: *Jesus Christus und Mythologie*. Neudruck, hrsg. v. E. Jüngel. München 1985), was nicht nur sie zu heftigem Einspruch provozierte. Dieser „Trompetenstoß durchs Land“ verunsicherte nach den Worten des Kasseler Kirchenmannes Werner Dettmar „ein Vierteljahrhundert lang die evangelische Theologie und viele Christen weit darüber hinaus“ und forderte zu „harten Protesten“ heraus. (W. Dettmar: „Eine Botschaft, die den Menschen erreicht“, in: Hochgrebe/Meemann, Hg.: *Warum versteht ihr meine Bibel nicht?*; S. 52). Bultmanns betriebene „Entmythologisierung“, der sich zu einer existentialen Bibeldeutung durchrang, ebnete in gewisser Weise Lüdemanns noch weiter reichenden Infragestellungen den Weg. Andere gingen durchaus ähnlich weit, in dem sie wie die Bultmann-Schülerin Dorothee Sölle dazu aufforderten „atheistisch“ an Gott zu glauben.

Lüdemann steht keineswegs allein. Ein schleichender Umbruch ist längst im Gange, ohne dass die Kirchen darauf nennenswert reagierten. Inhaltlich kann sich der Gegenstand des Rechtsstreits für Gläubige also nicht erledigt haben. Die Frage nämlich steht weiter im Raum nach Jesu Stellung und Bedeutung nicht nur in der alten und neuen Jesus-Forschung, sondern auch grundsätzlich in der biblischen kanonischen Überlieferung. Denn Lüdemann kam aufgrund seiner vielfältigen und tiefeschürfenden Forschungserträge (der Lüdemann-Kritiker Andreas Lindemann mutmaßte, sie bestünden hinsichtlich der opulenten Jesus-Studie „weithin aus freien Vermutungen ... und zum Teil phantasievollen Ausdeutungen“), die er in einer Reihe einschlägiger Bücher niederlegte und ausbreitete, zu der von ihm wissenschaftlich begründeten Sichtweise und Erkenntnis, dass das, was von Jesus an Worten und Zeugnissen kanonisch überliefert ist und kritischer Überprüfung standhält, nicht zur Begründung einer neuen christlichen Religion und Kirche ausreichte. Das ist im Wesentlichen der Kern der harten Kontroverse, die er auslöste und die nicht kirchenkonform war.

Es muss also auf dem Weg von Jesu überlieferter historischer Existenz als jüdischer Rabbi, geistlicher Lehrer und Prediger bis zu dessen „Leistung“ einer Religionsgründung etwas hinzugekommen und Weiteres geschehen sein, was ihn dazu machte – eine Interpretation, Hinzufügung, Ergänzung, womöglich sogar Umdeutung, Instrumentalisierung, Erhöhung und Verklärung (z.B. durch Wundern wie Totenerweckung, Auferstehungs- und Offenbarungsglaube von der Errichtung des Gottesreiches), – also eine

Mystifikation wie etwa „Gottes Sohn“ und von Geburt Abkömmling einer heiligen „Jungfrau“ zu sein in einer Kirche, die Sexualität über zwei Jahrtausende als etwas „Sündhaftes“ und „Verwerfliches“ ansah und die Frau bereits in der Schöpfungsgeschichte als „Verführerin“ darstellte und als mit dem Dämonischen (der Schlange) im Bund denunzierte. Insofern ist Lüdemanns Forschung unter dem Gesichtspunkt der De-Mystifikation zu sehen und verstehen. Freilich einer, mit der er offenbar den Bogen weit überspannte, auch in einer modernen aufgeklärten evangelischen Kirche und Landeskirche, der solche bekannten Theologen als Bischöfe angehörten wie Horst Hirschler oder Margot Käßmann. Mit ihr führte Lüdemann auch inhaltlich eine Debatte. In der Presse der deutschen religiösen Sozialist\*innen der Zeitschrift Christ\*in und Sozialist\*in (CuS) gibt es in dem angesprochenen Zeitraum meines Wissens keinen Beitrag, in dem man sich mit Lüdemanns Thesen kritisch näher auseinandergesetzt oder dazu eine Tagung organisiert und Position bezogen hätte. Das ist ein Versäumnis und muss zu denken geben. Denn Lüdemanns Beitrag ist im Grundsatz eine fundamentale theologische Anfrage an Kirche und Glaube bis hin zur Infragestellung von beidem. Worauf es der Antwort und nicht Ignoranz bedarf. Zu fragen wäre, wie viele von denen, die Lüdemanns wissenschaftliches Thesenwerk in Bausch und Bogen ablehnten, auch nur eines seiner über ein Dutzend Bücher genauer gelesen haben?

Nun hat die Evangelische Kirche vor allem im 19. und besonders 20. Jahrhundert schon ordentlich aufgeräumt mit Mythen und unhaltbaren Dogmen. Aber

kann man in einem aufgeklärten Protestantismus noch daran glauben, dass Jesus von einer Jungfrau geboren wurde oder nach dem Tod leiblich auferstanden und zum Himmel „aufgefahren“ sei. Oder dass er nach seinem Tod als Person seinen Jüngern „erschien“ wie ein wandelnder Geist, ständig mit den Worten „fürchtet euch nicht“ auf den blassen Geisterlippen. Oder dass er auf dem Wasser auf den Jünger Petrus zugeht und gegen jedes Naturgesetz nicht in den Wellen versank. Einer Versinnbildlichung für die Stärke und Kraft des Glaubens. Nur naiv gläubige Toren und verbohrte Evangelikale nehmen das noch wörtlich. Auf der anderen Seite muss man sich hüten, alles nur noch zu „symbolisieren“ und versinnbildlichen (siehe dazu Leonhard Ragaz: „Die Gleichnisse Jesu“). Zumindest die Gleichnisse Jesu und Seligpreisungen der Bergpredigt hält Lüdemann für echt. Wenn also vieles nicht stimmt, wieso werden dann einige der hier benannten Dinge weiter in jedem neuen Gottesdienst im apostolischen Glaubensbekenntnis gebetet und bezeugt wider besseres Wissen? Was verlangt die Kirche ihren Pastoren, Pfarrern, Priestern und Gläubigen so gesehen tagtäglich ab?

Lüdemanns Erträge wollen nicht nur Kosmetikkorrektur an der Oberfläche sein. Er – ist kein bloßer Zurechtrücker, der nur ein paar Möbel im christlichen Wohnzimmer von da nach dort verrückt. Dann wäre die amtliche Reaktion auf ihn auch nicht so drastisch unduldsam und folgenreich ausgefallen. Jeder und jede ändert gerne mal das Aussehen eines wohnlichen Interieurs und wechselt Wandanstrich oder Tapeten. Lüdemann ist zu allem hin auch kein Erneuerer, son-

dern ein abtrünniger Be- und Abschliefßer. Abgeschlossen und aufgeräumt (um im Wohnungsbild zu bleiben) werden muss seiner Ansicht nach tiefgreifend mit einer ganzen Reihe falscher Vorstellungen und Annahmen: hinsichtlich etwa der paulinischen Christologie, hinsichtlich der Bewertung von Apostelbriefen wie 1. Thessalonicher (der „größten Fälschung“ des NT, G. L.) oder des „Unheiligen“ in der Heiligen Schrift – der „dunklen Seite“ der Bibel –; hinsichtlich des Jesusbilds des Papstes (Benedikt XVI.); in Bezug auf die Sicht auf die ersten Jahre des Christentums und die Untersuchung der wichtigen Rolle der Apostelgeschichte usw. Und immer wieder stehen die Jesus-Worte, steht das, was Jesus wirklich sagte und tat und wer er war im Zentrum von Lüdemanns Fragen. Das allein ist schon komplex genug.

Man kann Lüdemann kaum Unredlichkeit oder gar Instrumentalisierung im Umgang mit Quellen vorwerfen. Er, der seriöse Quellenforscher, zweifelt Quellen an, verlässt sich lieber auf seine eigenen Bibelübersetzungen (vgl. seine „Arbeitsübersetzung des NT“ zus. mit Frank Schleritt nahe am griechischen Original; 2008) als die gängig herangezogenen. Sein eines opulentes Hauptwerk neben der großen Studie „Jesus vor 2000 Jahren“ (2004) ist die Übersetzung (gemeinsam mit Martina Janßen) der koptisch-gnostischen Schriftfunde im oberägyptischen Nag Hammadi (ersch. im Radius-Verlag; 2010) 1946, also ungefähr zur selben Zeit, als man auch die Schriftrollen von Qumran am Toten Meer fand. Wie kann man sich mit Lüdemann befassen? Das Themenspektrum ist breit angelegt und genau systematisiert. Am besten, man greift sich zunächst einen

Aspekt heraus und beginnt damit, sich an diesem Punkt für Punkt entlang- und abzuarbeiten. Anders geht es kaum, man kann seine Bücher nicht quer lesen oder darin wie ein Huhn picken. Es wird sich dann eins zum andern fügen. Ein passender Einstieg böte sich durch das späte schmale Bändchen „Wer war Jesus? Theologisch-politische Interventionen“ (2011), bei dem es sich um eine Sammlung von Essays in deutschen Tages- und Wochenzeitungen handelt, in denen alle wichtigen Aspekte von Lüdemanns Bibel- und Theologiekritik kompakt erörtert werden. Es gibt kaum eine nennenswerte Sekundärliteratur zu seinem Werk, kaum eine fundierte theowissenschaftliche Auseinandersetzung, am ehesten noch wegen der Fragen nach Jesu Auferstehung (Streitgespräch mit Carsten Peter Thiede; Beiträge in *ideaspektrum*) und dem Offenbarungsglauben in evangelikalen Kreisen. Vieles an Statements und Kritiken dazu manifestierte sich in zahlreichen Zeitschriftenbeiträgen von ihm und über ihn (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Lutherische Monatshefte, Evangelische Kommentare, Zeitzeichen, Publik-Forum, Stimmen der Zeit, um die populärsten zu nennen). Dem bekannten protestantischen Theologen Heinz Zahrnt gelingt es, auch in der 3. Auflage 1996 seines Glaubensbuches „Die Sache mit Gott. Die protestantische Theologie im 20. Jahrhundert“ Lüdemann völlig zu übergehen. Eine komplette übersichtliche Bibliographie fehlt. Am informativsten dazu ist noch Lüdemanns eigene Homepage, auf die hier verwiesen sei. Dort kann man auch seinen theologischen Werdegang nachverfolgen.

Wurde Lüdemann gar ein Opfer seines

eigenen systematischen Betreibens von theologischer Wissenschaft, sägte er am Ast, auf dem er saß? Salopp könnte man vielleicht konstatieren, er habe die Theologie ad absurdum geführt, wäre diese nicht auch ohne ihn – schon absurd genug und voller Widersprüche, an die Lüdemann andockte, um sie in ihrer Immanenz konsequent und rational auf die Spitze zu treiben. Die Frage muss erlaubt sein und gestellt werden nach der Einheit in der Kirche. Wie auch danach, warum dann immer noch hunderte Millionen Anhänger\*innen der christlichen Religion auf der ganzen Welt trotz Lüdemanns subversivem Treiben und von ihm bloßgelegten Evidenzen daran weiter festhalten? Aus Dummheit, Bequemlichkeit, Trotz, „Besserwissen“, Glaubensüberzeugung oder auch Furcht, eine sicher gewählte geistliche Heimat aufs Spiel zu setzen? Zweifler, Häretiker und Abweichler gab es immer schon. Jan Hus und Giordano Bruno gehören dazu, sie endeten auf dem Scheiterhaufen. Martin Luther war einer der größten und bedeutendsten unter ihnen als Mönch in der alleinigen katholischen Kirche Roms, der mit seinen Reformationsthesen eine 500-jährige Kirchenspaltung zu verantworten hat, die bis heute andauert.

Immer wieder trennten und trennen sich Teile auch in der heutigen Zeit von der Kirche ab, man nehme nur das Beispiel der Amsterdam-Ekklesia in Holland als Reformbewegung noch vor Abschluss des II. Vatikanum von 1961–65. Oder auch die verschiedenen Ausprägungen der evangelikalen Richtung, die zwar formal noch zur Evangelischen Kirche gehören, aber im Grunde eine eigene autonome „Allianz“ mit einer eigenen abgesonderten Bibellehre, eigener Presse, eige-

nem Evangeliums-Rundfunk und Bibel-TV und eigenen Verlagen bilden. Das föderale Wesen des Protestantismus macht dies möglich. Es gibt darüber hinaus die Quäker, Mennoniten, Baptisten, Methodisten, Mormonen, Neuapostolischen, Pfingstler; bei den Katholiken die Orthodoxen und die Ost-Kirche. Ferner nicht zu vergessen das Judentum als dem Christentum sehr nahe und verwandt und das sog. Esoterische Christentum, wozu das Rosenkruzertum zu zählen ist, das aus seinen Traditionen eine ganz eigene Anschauung über Jesu mystisches Leben und seine mystische Lehre ausgebildet hat. Allein drei Hauptrichtungen, die lutherische, reformierte und unierte, bilden die EKD. Es können sich Sondertheologien ausbilden wie etwa die Theologie der Befreiung, die sich mit der Armutskirche des globalen Südens und der marxistischen Lehre verbündet hat und Anklage erhebt gegen eine satte, allzu selbstzufriedene „Kirche im Kapitalismus“.

Lüdemann sind natürlich alle diese Kirchen, Religionen und christlichen Sondergruppen bekannt, und dennoch fand er in keiner einzigen von ihnen eine neue Heimat. Im Vorwort zu seiner Schrift „Der große Betrug. Und was Jesus wirklich sagte und tat“ begründet er sein detektivisches Entlarvungswerk: „Unzählige Christen haben sich seit den Anfängen der Kirche bis heute auf Jesus berufen und dabei nur ihre eigenen Wünsche in Jesus hineingelegt. Dieses bestürzende Urteil trifft nicht erst auf die Interpreten Jesu der neueren Zeit zu, sondern bereits auf die Verfasser der biblischen Schriften. Wenn aber schon im Neuen Testament der überwiegende Teil der Jesusworte und -taten Jesus nachträglich in den

Mund gelegt bzw. zugeschrieben wurde, so ist es an er Zeit, in allgemeinverständlicher Form die wichtigsten dieser unstrittig unechten Jesusworte und -taten zu benennen und gleichzeitig eine Auswahl aus dem wenigen erhaltenen Echten von Jesus, das konsensfähig ist, anzuführen.“ (S. 7). Dieses „Echte von Jesus“ beträgt nach Lüdemann wie schon erwähnt nur ein ganz geringer Prozentsatz der Textstellen über Jesus im Neuen Testament. Alles andere sei demnach Legende (Erzählung) und unechtes paraphrasierendes Beiwerk, sozusagen biblisches „Neusprech“. Zu wenig als Grundstock einer Kirche Jesu.

Welches Interesse, so muss folgerichtig gefragt werden, verfolgten dann die Ausschmücker und Über-Interpreten des Sprechens und Wirkens von Jesus und wogegen bzw. gegen wen richtete sich das? Etwa im Kampf gegen Abweichler und Andersgläubige, z. B. in der Frage der leiblichen Auferstehung, bei der Sühne-Theologie, in den Abendmahlstexten und apokalyptischen Texten vom „Endgericht“ und in den Texten, die Jesus als „göttliches Wesen“ verkünden und einen Offenbarungsglauben voraussetzen, der für Lüdemann reinste Projektion ist, also ein psychologisches Phänomen darstellt. Um genau jene Kirche bilden zu können, die dann in der Folgezeit nach und nach aus den frühen christlichen Gemeinden entstanden ist bis sie herrschaftskonform zur mächtigen römischen Staats- und Papstkirche wurde. Bereits da hätten die Bischöfe der frühen Gemeinden und Synoden einer absehbaren zentralistischen Entwicklung im Sinne der Bergpredigt Jesu entgegenwirken müssen. Sie taten es oder wollten es gar nicht. Denn hatten sie überhaupt ein Interesse daran?

Die neue Religion sollte sich vielmehr durchsetzen gegen alles „Heidnische“. Bekannt ist das große Gründungswort Jesu an die Adresse des Apostels Petrus, „du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen und die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen (Mt 18). Lüdemann notiert dazu unter dem Stichwort „historischer Ertrag“: „Jesus kann diese Worte nicht gesprochen haben, da er keine Kirche gegründet hat. Vielmehr handelt es sich hier um Worte des ‚Auferstandenen‘ die daran einen Anhalt haben, dass Petrus nach dem Tod Jesu tatsächlich als erster den ‚Auferstandenen‘ gesehen hat (vgl. 1 Kor 15,5). Die ... Worte wurden dann von Petrus selbst oder von seinen Anhängern Jesus in den Mund gelegt und anschließend von Matthäus ins Leben Jesu vordatiert. Sie sind unecht.“ („Der große Betrug“, S. 79). Jesus hat nach Lüdemanns Forschung diesen Ausspruch also nie getan, diesen Auftrag wie jenen zur Apostel-Mission nie vergeben, es ist danach eines dieser eingeschmuggelten Text-U-Boote seiner Interpreten. Die Interpreten Petrus und Paulus, der gewandelte Christenverfolger Saulus (siehe Lüdemanns Paulus-Buch „Paulus, der Gründer des Christentums“; 2001), sind die Begründer des Christentums, nicht der rabbinische Jude und Aramäer Jesus, der sich von Johannes dem Täufer taufen ließ.

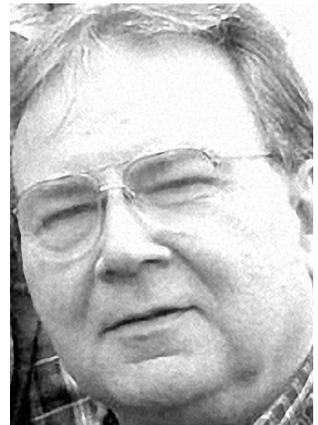
So schreibt Lüdemann im Nachwort des oben schon zitierten Büchleins über den Betrug, einer Analyse ausgewählter Texte der kanonischen Evangelien und des Thomas-Evangeliums, zur Unterscheidung von Original und nachträglicher Zuschreibung: „Abschließend sei bemerkt, dass die Aufdeckung des gro-

ßen Betrugs, der in Jesu Namen begangen wurde, heute nicht notwendig in Resignation oder Verzweiflung führt. Denn jede wissenschaftliche Verneinung ist zugleich ein positiver Geistesakt, der die Bahn für das Neue vorbereitet. Wir können zunächst gar nicht anders als Jesus gegen all das in Schutz zu nehmen, was die ersten Christen aus ihm gemacht haben. Was dann übrig bleibt, ist freilich zu wenig, um darauf ein Christentum zu bauen, zumal man dann Jesus gegen seine eigene Intention verstehen und außerdem seine fehlgeschlagene Zukunftserwartung übertünchen müsste. So bleibt nur der Blick nach vorn, wo allein Aufklärung dem überall pulsierenden Leben eine bleibende Statt bereiten kann und [man] den Himmel denen überlässt, die sich nach ihm sehnen: den Engeln, den Spatzen und den Christen.“ (S. 123). Im II. Kapitel gibt Lüdemann Hinweise und nennt Kriterien, wie anhand von Beispielen „Echtheit und Unechtheit von Worten und Taten Jesu zu unterscheiden sind“ die ein Licht auf seine sorgfältige exegetische Methodik werfen.

Die theologische Zunft hat Lüdemann u. a. vorgehalten, er berufe sich auf teils überkommene Positionen in der theologischen Forschung, die gegenwärtige Hermeneutik (Textverständnis) sei darüber längst hinaus. Gemeint ist dabei vor allem einer von Lüdemanns Gewährsleuten, Samuel Reimarus (1694–1764), dessen Schriften von 1774–78 von Gotthold Ephraim Lessing, einer der großen protestantischen Gestalten, veröffentlicht wurden. Reimarus sieht Jesus als politischen Messias-Anwärter, dessen Naherwartung enttäuscht wurde. Lüdemann lehne sich zudem an die Religionskritik von Ludwig Feuerbach an. Hier sollten und

konnten in der Kürze nur einige Punkte benannt und angerissen werden. Lüdemann ist neben Barth, Bultmann, Tillich, Niemöller, Schweitzer, Ragaz, Fuchs, Rahner, Guardini, Gollwitzer, Sölle als einer der bedeutenderen Theologen des 20./21. Jahrhunderts anzusehen, wenn auch bislang mehr oder weniger beiseitegeschoben; dessen wahre Bedeutung vielleicht erst noch kommen könnte; wenn sich die Kirche fortgesetzt durch Austritte (2019: 272.771 Kath.; 270.000 Ev. Kirche) zunehmend ausdünn, ihr Zerfall weiter voranschreitet und christliche Existenz von morgen sich in Einzelgemeinden atomisieren könnte. Das müsste nicht unbedingt automatisch ein großer Schaden, sondern könnte auch eine Chance sein, das Mega-Gebilde und den „Funktionärsapparat“ Kirche wieder menschnaher zu gestalten. Lüdemanns Werk bleibt ein Stachel im Fleisch der Bequemlichkeit und Beharrlichkeit in einem Status quo, es stellt die wesentliche Frage nach Gott und Kirche aus den Quellen essentiell, existenziell und ethisch neu. Lüdemann äußert zwar psychologisches Verständnis für lutherisch-christliche Dogmen, aber für die Zukunft eines Humanismus erweisen sie sich in seinen Augen als zu überwindende Wunschprojektion.

*Elmar Klink,  
Bremen,  
Sozialwissenschaftler  
und Autor*



# Glaube und Geschichte nach religiös-sozialistischer Tradition

Von Reinhard Gaede

## 1. Die Schriften

1975 vereinigten sich Gruppen von Student(inn)en in Bochum und Bielefeld mit Prof. Dr. Günter Ewald (1929–2015), Prof. Dr. Siegfried Katterle (1933–2019) und den Pfarrern für Studierende Jürgen Finnern und mir, um den überalterten Bund der religiösen Sozialisten neu auszurichten. Günter Ewald wurde erster Sprecher des Bundes, Siegfried Katterle Bundeskassenführer, Jürgen Finnern Bundessekretär. Jürgen Finnern, Siegfried Katterle und ich wurden Mitglieder der neuen Redaktion von CuS, die Günter Ewald zuerst verantwortlich leitete. Verbündet mit dem Mitglied des alten Vorstands Prof. Dr. Heinz Röhr (1931–2005), Theologe, Religionspädagoge und Religionswissenschaftler, hatten sie den konservativen Juristen Heinrich Schleich in der Führung des BRSD abgelöst und forderten in ihren „vorläufigen Leitsätzen“ Kritik an repressiven Strukturen, Solidarität mit den Unterdrückten, Kampf für soziale Gerechtigkeit und Frieden als Entspannungspolitik zu Zeiten des Kalten Kriegs. Sie bekannten sich zu den historischen Wurzeln im freiheitlichen und demokratischen Sozialismus und zur Reich-Gottes-Theologie von Christoph Blumhardt (1842–1919), Leonhard Ragaz (1868–1945) und der dialogischen Theologie Paul Tillichs (1886–1965). Ihr historisches Interesse verstanden sie im Sinne Ernst Blochs (1885–1977): „Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was

noch zu tun ist.“ Christentum und Sozialismus wollten sie wie Paul Tillich dialektisch aufeinander beziehen: Die Taten der Nächstenliebe auf den Weg zu einer menschenwürdigen Gesellschaft, die Hoffnung auf „einen neuen Himmel und eine neue Erde“, in denen „Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petr. 3,13) auf die Utopie von einer Gesellschaft der freien, gleichberechtigten mit einander solidarischen Menschen. Darin sahen sie eine dauernde Aufgabe, auch für ihre Zeitschrift CuS, die ein Forum für Christ(inn)en und Sozialist(inn)en sein sollte.

Begonnen hatte der Aufbruch in Bochum mit der Lektüre der Bücher von Leonhard Ragaz<sup>1</sup> „Die Gleichnisse Jesu“, „Die Bergpredigt Jesu“, „Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus“. Die Student(inn)en lasen sie im „Kohlenkeller“ bei Günter Ewald. Johannes Harder (1903–1987), Professor für Sozialwissenschaften und Autor für deutsche und russische Literatur, hatte ihnen auch ein Büchlein der Worte von Christoph Blumhardt, des Lehrers von Leonhard Ragaz, nahe gebracht.<sup>2</sup> An der Kirchlichen Hochschule Bethel beschäftigten wir uns u.a. mit „Ethik und Eschatologie bei Leonhard Ragaz“<sup>3</sup>, mit „Liebe, Macht, Gerechtigkeit“ nach Paul Tillich<sup>4</sup> und seinen Thesen „Sozialismus als Kirchenfrage“.<sup>5</sup> Auch die Religiösen Reden von Paul Tillich haben uns beeinflusst und waren als Einführung in seine Theologie geeignet.<sup>6</sup>

Auf Kirchentagungen und Jahrestagungen wurden Hefte verteilt, von denen eine kleine Anzahl noch vorhanden ist: Leonhard Ragaz: „Sollen und können wir

die Bibel lesen und wie?“ und „Das Reich Gottes in der Bibel“.<sup>7</sup> Im Hintergrund stand sein Werk „Die Bibel. Eine Deutung“. Er hatte seine Aufgabe darin gesehen hatte, den Arbeitern die Bibel zu erklären.<sup>8</sup>

Die jungen Erneuerer des Religiösen Sozialismus sind Aurel von Jüchen (1902–1991) noch in seinen letzten Lebensjahren begegnet. Der BRSD förderte sein Buch „Jesus zwischen Reich und Arm. Mammonworte und Mammongeschichten im Neuen Testament“.<sup>9</sup>

Nach der Wende war es möglich, Verbindung zur Familie von Emil Fuchs (1874–1971), der zu den Gründervätern des Religiösen Sozialismus gehörte, aufzunehmen. Im Archiv der Quäker in Bad Pyrmont hatte ich Kommentare zur Bibel von Emil Fuchs entdeckt, vorhanden als Manuskript. Sein Enkel Klaus Fuchs-Kittowski und Claus Bernet haben die Kommentare posthum herausgegeben mit Vorworten, die auf die Situation der Entstehung in Haft und Überwachung durch die Nazis hinweisen.<sup>10</sup>

## **2. Die Bibel lesen, aber wie?**

Leonhard Ragaz hatte im Herbst 1938 einen Vortrag gehalten. Zusammen mit einem Artikel aus den Neuen Wegen erschien dann die Schrift „Sollen und können wir die Bibel lesen und wie?“ Mit Hinderungsgründen beschäftigt er sich zunächst: Als Buch mit sieben Siegeln erscheint die Bibel oft, man erinnert an die Offenbarung des Johannes, Staub liegt auf der ungeöffneten Bibel. Zu lange und zuviel sei sie aufgedrängt worden, war Schulbuch im Religionsunterricht. „Böses“ wurde sogar angerichtet, weil man mit ihr Sklaverei, soziales Unrecht, Tyrannei gerechtfertigt hat. Oder sie wurde

als Gesetzbuch zu geistigem „Zwang“ missbraucht. Dabei ist die Bibel doch „die Anleitung und Aufforderung, den lebendigen Gott und Christus und ihr Reich zu erkennen und ihrer gewiss zu werden“. (S. 12) L. Ragaz ermutigt jeden Christen und jede Christin, die Bibel zu lesen, weil ihre „Zentralwahrheit“ die „Unmittelbarkeit des Verhältnisses zwischen Gott und Mensch“ ist und die „Zentralwahrheit der Reformation“ das allgemeine „Priestertum aller Christen und die Freiheit des Christenmenschen“ ist. (S. 15) Dabei gilt es, den „Schlüssel zur Bibel zu suchen“: „Der einzige Inhalt der Bibel ist der lebendige Gott und sein sich offenbarendes und entfaltendes Reich mit seiner Gerechtigkeit für die Erde.“ (S. 16) Ein Anhang in dem Heft führt falsche Übersetzungen auf, die diesen Schlüssel der Bibel nicht beachten. „Das Reich Gottes in der Bibel“ heißt eine eigene Schrift. Der „schaffende und lebendige Gott tritt vor allem in die Geschichte ein“. „Diese aber ist in ihrem Kern ein Kampf zwischen Gut und Böse.“ „Nicht protokollarisch-historisch“ und auch „nicht naturwissenschaftlich“ ist die Schöpfungsgeschichte zu verstehen, sondern hat die „Gestalt eines prophetisch inspirierten Symbols“. Mythos oder Sage? Antwort: „Können gewisse Wahrheiten und Tatsachen anders als in dieser Form berichtet werden?“

Oder die Wunder? „Treten nicht in den Krankenheilungen Jesu die Kräfte dieses Reiches, welches die Kräfte Gottes sind, hervor? Darum heißen sie ja im Neuen Testament ‚Zeichen‘. Will nicht die Geburtsgeschichte Christi vor allem das Wunder einer neuen Schöpfung verkünden? Und die Auferstehung Christi das Wunder des Sieges des Lebendigen auch

über den die Schöpfung zerstörenden Tod?“ (S. 17) Die „Botschaft vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit für die Erde“ ist „Inhalt“ und „Einheit“ der Bibel. Literarisch gesehen, ist das Alte Testament „von den Propheten her zu verstehen.“ „Der ewige Sinn, der Bibelsinn, der Heilig-Geist-Sinn überstrahlt, ohne ihn aufzuheben, den historischen.“ (S. 24) Mit Kierkegaard wirbt Ragaz für das „,existentielle‘ Verstehen“ der Bibel und zitiert den Märtyrer Savanarola: „Ein jeder weiß nur soviel, als er auch tut.“ (S. 29)

### **3. Bibel in gerechter Sprache<sup>11</sup>**

Im Jahr 2004 erschien zum ersten Mal keine Zeitschrift von CuS, weil sich keine Redakteure oder Redakteurinnen finden ließen. Bundessekretär Michael Bschorr hatte aber die frei gewordenen Mittel verwendet, um die neue Übersetzung „Bibel in gerechter Sprache“ zu unterstützen und die Übersetzung des ersten Samuelbuchs zusammen mit vier Gruppen und zwei Personen zu finanzieren.

Prof. Dr. Peter Steinacker, Kirchenpräsident der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, hat den Namen der Übersetzung so erklärt: „Neben dem Ziel jeder Übersetzung, dem Ursprungstext gerecht zu werden, ist Gerechtigkeit in drei Hinsichten besonders intendiert. Einerseits sollen die Übersetzungen der Geschlechtergerechtigkeit entsprechen und deutlich machen, dass und wie Frauen an den Geschehnissen und Erfahrungen der biblischen Texte beteiligt und damals wie heute von ihnen angesprochen sind. Gleichgewichtig geht es um Gerechtigkeit im Hinblick auf den christlich-jüdischen Dialog, d.h. um eine Übersetzung, die versucht, auf antijüdische Interpretationen zu verzichten. Dazu kommt der Aspekt der sozialen Gerech-

tigkeit, indem die sozialen Realitäten im Wortlaut der Übersetzung deutlich werden. Dass diese vielfach noch getrennt geführten Diskurse hier aufeinander bezogen werden, entspricht der Notwendigkeit, über dem Partikularen die gemeinsame Hoffnung nicht aus den Augen zu verlieren. Die Verkündigung dieser Hoffnungen sind wir als Kirche und Teil der Welt, die damals und heute durch vielfache Unrechtsstrukturen geprägt ist, schuldig.“ (S. 5) Konsequenzen hat das z.B. für den Gottesnamen, der „unübersetzbar“ ist, in der Hebräischen Bibel mit dem Tetragramm j-h-w-h geschrieben. (Die Zeugen Jehovas sprechen und lesen es falsch.) Gebraucht wird hier ein „Wort-Laut, der die Spannung zwischen dem geschriebenen und gesprochenen Namen buchstäblich zum Ausdruck bringt, indem die Konsonanten des Eigennamens (j-h-w-h) mit den Vokalen des Wortes versehen sind, der stattdessen gesprochen wird. Man sprach entweder das Wort ‚Name‘ (ha-Schem) oder das Wort ‚Adonai‘, eine allein Gott vorbehaltene Herrschaftsbezeichnung.“ (S. 17)

Prof. Dr. Frank Crüsemann erklärt im Vorwort zur Hebräischen Bibel: „Nur wenige Bücher lassen sich einer festen Abfassungszeit zuordnen, die meisten tragen die Spuren eines langen Entstehungsprozesses an sich, in dem prägende Ereignisse der Vergangenheit für die jeweilige Gegenwart immer neu erzählt und interpretiert worden sind. Traditionen etwa, die sich mit den Traditionen der Königszeit verbinden, sind in der Zeit des Exils und der Epoche danach ergänzt und für die Gegenwart neu gestaltet worden. ... Die meisten Schriften haben ihre endgültige Form in der Zeit vom 4.–2. Jh. v. Chr. gewonnen. Mit dem Beginn

schriftlicher Aufzeichnungen größeren Umfangs, die in den heutigen Büchern bewahrt sind, wird man frühestens vom 9., eher vom 8. Jh. an rechnen. ... Erzählt wird die Geschichte Gottes mit Israel und Israels mit Gott.“ (S. 28) Ohne sie kann man nicht legitimerweise von Gott reden. Dabei hat sich der Glaube an den einen Gott (Monotheismus) erst schrittweise gegenüber den polytheistischen Religionen der Umwelt durchgesetzt, was die Anklagen der Propheten ebenso wie archäologische Funde bestätigen. Die Tora, erster Teil der Hebräischen Bibel, ist nach dem Sprachgebrauch mit „Weisung“ zu übersetzen (im Alltag die „der Mutter an ihre Kinder, Spr. 6,20), die aus liebevoller Zuwendung erwächst und zur Vermeidung tödlicher Gefahren anleitet. (S. 29) ... Vor allem die wichtigsten Sozial- und Wirtschaftsgesetze wie Zinsverbot (Ex 22,24), Schuldenerlass (Dtn 15,1–11) und die Grundversorgung der Armen aus dem allgemeinen Steuer-Aufkommen (Dtn 14,28f) haben in Zeiten der Globalisierung nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.“ (S. 29)

Prof. Dr. Luise Schottroff (1934–2015) erklärt im Vorwort zum „Neuen Testament“, der griechischen Bibel: „Die heilige Schrift des entstehenden Christentums war bis zur Mitte des 2. Jh.s n. Chr. ausschließlich der Tanach.“ (sc. bestehend aus ‚Tora‘, ‚Weisung‘, ‚Neviim‘, Propheten und Ketuvim, ‚Schriften‘). ... Der Ausdruck ‚Neues Testament‘ für eine Sammlung frühchristlicher Schriften begegnet erst ab der Mitte des 2.Jh.s. Er setzt einen Bedeutungswandel des biblischen Begriffs ‚neuer Bund‘ (Jer 31,31; 1.Kor 11,25) voraus.“ Ab dem 3. Jh. beginnt der Prozess der Kanonisierung der 27 Schriften. Es sind „Schriften zur Ver-

kündigung der Frohen Botschaft, des evangelium, dass Gott den Märtyrertod des jüdischen Messias Jesus durch dessen Auferstehung zum Beginn der Befreiung der Menschen und der Schöpfung gemacht hat. Diese Verkündigung liegt im Neuen Testament in Gestalt von Erzählungen über Jesu Leben, Sterben und Auferstehung vor. ... Weiterhin begegnet vor allem die Gattung „Brief“. Z.T. sind es echte Briefe an die Gemeinden, z.T. fiktive Briefe mit pseudonymen Absendern (z.B. Paulus als fiktiver Verfasser der Patoralbriefe). ... Die Gemeinden verstanden sich als jüdisch-messianisch. Auch wenn Mitglieder ‚heidenchristlich‘ waren, also Menschen aus den nichtjüdischen Völkern, verstanden sie sich als dem Gott Israels und seinem Messias Jesus zugehörig. ... Die Evangelien und viele Passagen der Briefe gehen auf mündliche Tradition und die gottesdienstliche Sprache der Gemeinden zurück.“ (S. 1884) 96–99% der Bevölkerung sind arm gewesen, kannten „Kriegsgewalt, Hungertod, Verschleppung und Versklavung, Vergewaltigungen sowie die Zerstörung des Tempels in Jerusalem“ infolge der „modern“ gerüsteten römischen Armee gegen jüdischen Aufstände. In der antiken Literatur der Welt ist das Neue Testament das Zeugnis von „Stimmen armer und politisch schwacher Menschen“. Die Tora verstanden sie als „Zeugnis der Leben schaffenden Kraft Gottes“, also als Frohbotschaft. „Von Anfang an ist das Abendmahl für die Gemeinden der zentrale Ort der Erinnerung (1 Kor 11, 25) an Jesu Tod, die die Zukunft für die Hoffnung auf die Auerweckung und das Aufstehen aller Menschen vom Tode öffnet.“ (S. 1835)

#### **4. Die Bibel als Urkunde des Glaubens**

Die Bibel ist die originale Urkunde von den Ereignissen, die zur Entstehung des Christentums führten. Historisch-objektiv (von außen) – gesehen, bezieht sie sich auf – Fakten, auf die Geschichte des Volkes Israel sowie auf das Leben und die Wirkung des Menschen Jesus von Nazareth. Deutend subjektiv (von innen) gesehen, ist sie die Aufnahme dieser Fakten als Glaubenszeugnis und überliefert die Offenbarung der Menschen-Freundlichkeit Gottes, zunächst in der Geschichte des alten Gottesvolkes, letztgültig in Jesus als dem Messias bzw. Christus. Die Autorität der biblischen Zeugnisse lässt sich nicht durch objektive Beweismittel erhärten. Die historische Forschung stößt allein auf Realbilder von Zeugen, begegnet so nur der Wirkungsmacht unerforschlicher Ereignisse, macht aber gerade so im Denken dem Glauben Platz. Denn das Zeugnis von der göttlichen, in Christus geoffenbarten, Menschenliebe ist aussagbar nur im Konflikt mit anderen Geschichtsbegriffen – und erscheint deshalb als geschichtswirksames Ereignis schlechthin, das alle anderen Ereignisse erhellt oder in Frage stellt und verändert. Ebenso lässt sich die Theologie nicht in den Kosmos der Wissenschaften einordnen, sondern teilt mit diesem nur die Methode des Erkennens: Zu einem Bezeugten Stellung zu nehmen, die Beurteilungs-Maßstäbe aber von dem Bezugspunkt der Forschung selbst herzunehmen. Erkenntnistheoretisch gesehen, geht es um den hermeneutischen Zirkel, das Wechselverhältnis zwischen dem Urteilsmaßstab und dem Phänomen, das den Urteilsmaßstab immer wieder erweitert und berichtigt. Daraus folgt: Die Autorität des biblischen

Zeugnisses ist allein in seinem Inhalt begründet. Das Bezeugte selbst muss sich in den Worten der Zeugen selbst bestätigen (Hebr. 2,4), und der Glaube an „Gottes Wort im Menschenwort“ ist das Werk Gottes selbst.

#### **5. Aufgaben der Theologie**

Das einhellige Zeugnis von der Offenbarung der Weltliebe Gottes, wie sie sich in der Geschichte des alten Gottesvolkes vorläufig darstellt, letztgültig aber im Leben, Sterben und der Auferweckung Jesu zeigt, ist uns in vielen Stimmen überliefert. Die Mannigfaltigkeit der Überlieferung hat ihren Grund in der Menschlichkeit der Zeugen sowie in der räumlich-zeitlichen Begrenzung ihrer Sendung. Es ist Aufgabe der biblischen Theologie, mit Hilfe historischer Methoden die geschichtlichen Situationen zu erhellen, in die hinein die biblischen Zeugen sprachen sowie ihre Originalität und Individualität oder aber ihre Traditions-Gebundenheit zu berücksichtigen. Nur durch Beachtung der Differenz der Zeiten lässt sich jene anachronistische Vertraulichkeit vermeiden, die das Vergangene aus eigenem Gegenwarts-Erleben verstehen will ; nur die Berücksichtigung des Abstands der Zeiten wehrt dem generalisierenden, dogmatisierenden Einerlei, das die Mannigfaltigkeit der Zeugnisse einebnet. Aufgetragen ist uns deshalb das Forschen nach dem Worte Gottes damals zu biblischen Zeiten.

#### **6. Die Suche nach dem Wort Gottes heute**

Freilich darf der Entwurf des historischen Horizontes nur ein Phasenmoment bleiben. Wahrhaft historisches Bewusstsein sieht die eigene Gegenwart mit und sieht

die Wirkung und das Fortleben der Tradition, die auch das eigene Erkenntnis-Interesse umgreift. Durch Zeugnisse von Worten und Taten wirkt die Bibel in ihrer Geschichte bis heute und steht uns nicht nur als Tradition gegenüber, sondern bildet mit dem Glauben und Verstehen der Gegenwart eine Wirkungseinheit. Bei der Beschränktheit der menschlichen Sprache und Weisheit ist das Ausschöpfen des Sinns im Gotteswort ein unendlicher, nur im Willen Gottes endender Prozess, und im Laufe der Geschichte weiteten sich die Sinnbezüge in einer Weise, wie es die ersten Zeugen kaum erahnen konnten. Denn aufgetragen nach dem Worte Gottes damals ist uns die Suche nach dem Worte Gottes heute. Und mit dem einen Gotteswort macht jede Generation neue Erfahrungen, die sie in Dokumenten fasst, um auszudrücken, was in ihrer Zeit das Wort Gottes an Verheißungen bietet, indem es Gehorsam gebietet.

### **7. Die Bekenntnisse der Kirche**

Die Bekenntnisse der Kirche sind ihrem Selbstverständnis nach „Zeugnisse und Erklärung des Glaubens“ (Formula Concordiae). Zwar sind sie zeitbedingte Antwort auf ein gleichzeitiges Ereignis, auf die Herausforderung von Häresien und Ideologien. Aber in ihrer Verpflichtung auf den Herrn, „der da ist und der da war und der da kommt“ (Apk. 1, 8), haben sie teil am Ewigen. Ihre Autorität beruht freilich nur auf ihrer Funktion, Schlüssel zum Verständnis der Bibel zu sein und damit das Wort Gottes für ihre Epoche zu bezeugen. Und ihre Verbindlichkeit hängt davon ab, ob sie sich vor der Schrift als letzter Instanz (FC: „der einig Richter, Regel und Richtschnur“) rechtfertigen lassen. (Und manche taugen heute nichts

mehr, wie z. B. Art. XVI der Augsburger Konfession „Von der Polizei und weltlichem Regiment“, weil er die Todesstrafe und gerechte Kriege billigt. Mit Recht fordert der Versöhnungsbund Buße und Entschuldigung der Kirche wegen Gewalt und Verfolgung gegenüber Täufer-Bewegungen seit der Reformation.) Der Anspruch der Bekenntnisschriften, ihrer Epoche eine heuristische und hermeneutische Hilfe zum „Verständnis der Bibel“ zu sein, impliziert, dass ihre Schrift-Auslegung im wiederholten Akt der Schrift-Auslegung überprüft wird. (Die Ergebnisse der heutigen Exegese haben z. B. sehr viele der alten konfessionellen Gegensätze zwischen Lutheranern und Reformierten, manche der alten konfessionellen Gegensätze zwischen evangelischen und katholischen Christ(inn)en relativiert.) Das ökumenische Gespräch über der Bibel soll heute den Willen der Christen zur Einheit im Geist dokumentieren, der durch die Pflicht zur Wahrheitssuche in Bekenntnissen nicht eingeschränkt werden darf.

### **8. Botschaft und Situation**

Der Anspruch der Bekenntnisse, für ihre Epoche eine hermeneutische und heuristische Hilfe zum Verständnis der Bibel zu sein, bewährt sich schließlich im Hören auf die Fragen der Gegenwart. Die menschliche Situation zu analysieren, die lebenswichtigen Fragen der Menschen zu notieren und zu zeigen, dass Gottes Wort ebenso Antwort auf diese Fragen bereit hält, wie es andererseits den sich autonom verstehenden Menschen in Frage stellt, war seit je Voraussetzung und Ziel kirchlichen Bekennens. So braucht jede Epoche ihre Bekenntnisse, wie uns das jüngste, das Barmer Bekenntnis, lehrt,

damit der Anspruch und Zuspruch des göttlichen Wortes mahnend, und überzeugend, tröstend und helfend ausgerichtet wird.

### ***Atheismus als Anfrage an die Theologie***

Der Epheserbrief erinnert die ehemaligen Heiden daran: In der „Zeit ohne Christus“ lebten sie „gottlos (atheoi) in der Welt, waren mit den „Bundesschlüssen“ Gottes mit Israel „voll Verheißung“ nicht vertraut“, hatten deshalb „keine Hoffnung“. (Eph. 2,12). Auch ein Leben in Bosheit mit allen Arten von Lastern war die Folge. In der griechisch-römischen Antike jedoch galten die Normen der Staatstreue: Als „Atheisten“ wurden diejenigen bezeichnet, die die Gottheiten des Staatskultes ablehnten; zu ihnen gehörten die Christ(inn)en, denn sie verweigerten das Opfer für die römischen Götter und den Kaiser. Viele Christ(inn)en nahmen den Märtyrertod auf sich. Als aber der christliche Monotheismus Staatsreligion wurde, die Theologie sich im geschützten Raum des „christlichen Abendlands“ vollzog, änderten sich die Verhältnisse. Der Atheismus war ebenso wie das antike Heidentum an den Rand gedrängt. „Gott“ galt als Garant des Thrones oder des bürgerlichen Eigentums. Man hielt Menschen, die nicht an Gott glaubten, die Atheisten, für gefährliche und den Staat zersetzende Personen. Wieder einen Wandel brachte die neuzeitliche Wissenschaft. Sie ersetzte das Bild einer geordneten, überschaubaren und sinnvollen Welt durch ein Bild vom unendlichen, grenzenlosen Universum. Das Erleben einer unmittelbaren Gegenwart Gottes in Natur und Weltgeschehen und der Glaube, dass die Ordnung der Welt in Gott gegründet

sei und mit der Vernunft erschlossen werden könne, gingen verloren. Der Mensch büßte seinen angestammten Ort und sicheren Grund ein. Die Metaphysik (die philosophische Lehre von dem, was der Natur vor- und übergeordnet ist) konnte ihm keine gewissen Ansichten mehr liefern; damit kam dem Glauben an einen weltüberlegenen Gott die wichtigste Stütze abhanden. Zu seiner Vollendung kam der Atheismus bei Ludwig Feuerbach (1804–1872). Er kehrte den christlichen Schöpfungsglauben in sein Gegenteil um: Gott habe nicht den Menschen erschaffen, sondern der Mensch habe Gott „nach seinem Bilde“ erschaffen. Das heißt, dass die Lehre von Gott (Theologie) durch die Lehre vom Menschen (Anthropologie) ersetzt werde: In der Religion habe es der Mensch lediglich mit sich selbst zu tun. Der Mensch werde nur von zwei Realitäten bestimmt: von der Gesellschaft und von der Natur. Aufklärung nimmt hier die Gestalt der Religionskritik an. Das höchste Wesen des Menschen sei nicht Gott, sondern der Mensch selbst. Religionskritik müsse das Christentum auflösen. Feuerbachs Einfluss war ungemein groß. Er beeindruckte Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895). Marx sah die Religion zwar als „Protestation gegen das Elend“ an. Ebenso aber auch als „Opium des Volkes“, denn die Christ(inn)en seiner Zeit waren verantwortlich für das Elend des Proletariats. David Friedrich Strauß (1808–1874) entdeckte im Anschluss an ihn den mythischen Charakter vieler Geschichten des Lebens Jesu: Man müsse zwischen dem „Jesus der Geschichte“ und dem „Christus des Glaubens“ tunlichst unterscheiden, erklärte er.

Darin knüpft in unsern Tagen Gerd Lü-

demann an. Von 1983 bis 1999 lehrte er als Theologe Neues Testament an der Universität in Göttingen. Bis zum Eintritt in den Ruhestand 2011 lehrte er dort mit einem Sonderstatus „Geschichte und Literatur des frühen Christentums“. „Seine Veröffentlichungen führten zu theologischen Kontroversen sowie zu einem längeren Rechtsstreit. Laut Lüdemann wurde bei dem juristischen Streit deutlich, dass theologische Wissenschaftler ihre Forschungen nicht frei betreiben können, weil sie den „Vorgaben der Religion und des Staatskirchenrechts verpflichtet sind“. (Wikipedia) In seinem Buch „Der große Betrug. Und was Jesus wirklich sagte und tat“, kam er zu dem Ergebnis, dass nur ein kleiner Bestand von etwa fünf Prozent der gesamten Jesus-Überlieferung auf Jesus selbst zurückgehe. Es folgte der Vorwurf, dass Urchristentum habe Jesu Worte verfälscht und übermalt. Auf seiner Homepage findet man die Aussage, dass Jesus ihm „religiös nichts mehr bedeute“, weil er ein „Magier“ sei, dem er sich nicht anvertrauen könne, weshalb er, Gerd Lüdemann, sich „nicht mehr als Christ“ bezeichne, auch nicht Jude sein will. Daran gemessen, ist die Lösung ehrlich und redlich, dass sein Lehrstuhl mit einem Sonderstatus anders bezeichnet wurde.

Warum sind seine Thesen nun für viele Menschen ansprechend und aufregend? Weil es in den vorigen Generationen in den Gemeinden kaum theologische Aufklärung gegeben hat. Heute noch haben die „Creationisten“ in den USA, die die biblischen Erzählungen von der Schöpfung wörtlich verstehen wollen, großen Einfluss. Dabei sind ihre Argumente nicht nur von Atheisten, sondern von von allen, die Ergebnisse der Naturwissenschaften anerkennen, leicht zu widerlegen.

Demgegenüber gilt es, die theologischen Absichten der Schöpfungs-Erzählungen deutlich zu machen, damit Missverständnisse vermieden werden. Die alttestamentliche Wissenschaft kam zu dem Ergebnis, dass es zwei Schöpfungs-Berichte gibt mit unterschiedlichen Aussagen: Der Bericht Gen.1, 1-2, 1-4a stammt – aus der Zeit des babylonischen Exils (597–538 v. Chr.). Das Glaubensbekenntnis sieht Gott (Elohim) als Herr über die bedrohliche Urgewalt des Meers, indem er es als Baustoff für seine Schöpfung benutzt. Sonne, Mond und Sterne, die den Babyloniern als schicksalsmächtige Götter galten, sind bloße Elemente in Gottes Schöpfung mit Beleuchtungs- und Kalender-Funktion. Die Babylonier benutzten Standbilder, in Prozessionen herumgetragen, als „Hoheitszeichen“ ihrer Götter. Gottes Hoheitszeichen ist dagegen der Mensch, beide als Mann und Frau gleichberechtigt, als sein Geschöpf und Partner. Das letzte Schöpfungswerk – deshalb das 7-Tage-Schema – ist die Ruhe Gottes, der Sabbat, der geheiligte Feiertag für den Menschen. Der zweite Schöpfungsbericht (Gen. 2, 4b-3, 24) ist jünger und stammt aus der Zeit des Königs Salomo (ca. 960–938 v. Chr.). Garten wird den Viehnomaden zur Chiffre für das Paradies, Wasser ist nicht bedrohlich, sondern bringt Leben in dürrer Zonen. Adam repräsentiert die Menschen – sein Name erinnert daran, dass er aus Erde geschaffen ist. Eva repräsentiert die Frau, ihr Name erinnert an das Leben, das sie gibt. Der Mensch hat von Gott (j-h-w-h) die Aufgabe bekommen, den Garten Eden zu bebauen und zu bewahren. In einer Zeit der Umwelt-Zerstörung eine Weisung von höchster Aktualität. Aus dem Paradies vertrieben wird der Mensch, weil er sich seinem Schöpfer ent-

fremdet. Urthema Israels ist die Versuchlichkeit des Menschen, der auf andere Stimmen mehr hört als auf Gott, sich auf Grund subtiler Unterstellungen (hier im Symbol des besonders listigen Geschöpfes, der Schlange) zum Misstrauen gegen Gott verführen lässt, sich der Fülle des Lebens selbst zu bemächtigen, statt sie als Geschenk von Gott anzunehmen. „Alles ist Dein und ist gut, weil Du, der Gute es schufst. / Wir aber können nur sündigen: wenn wir die Ordnung verletzen, / Wenn wir statt Deiner das von Dir Geschaffene begehren.“ (Aurelius Augustinus, *Der Gottesstaat*, XV. Buch) Die Straf-Sprüche deuten das Leben des Menschen: Arbeit ist Mühe, oft Misserfolg; neues Leben wird unter Schmerzen geboren. Die Schuldenkenntnis sagt: Nichts ist mehr zu erwarten, doch die überraschende Erfahrung ist: Gott lässt Gnade vor Recht ergehen, statt des angekündigten Todes bei Übertretung seines Gebots rüstet er den Menschen für das neu geschenkte Leben mit Kleidung aus.

Deutung der Geschichte der Menschheit – kein historischer Bericht – ist die Schöpfungserzählung ebenso wie die Urgeschichte (Gen. 1–11).

Gegenüber allen Atheisten, Agnostikern und Zweiflern lässt sich nicht beweisen, dass Gott die Welt geschaffen hat. Die Erzählungen werben nur um Vertrauen zu Gott, dem Schöpfer und Erhalter des Lebens. Die Wissenschaft nimmt an, dass die Erde wie die Sonne und ihre anderen Planeten vor etwa 4,6 Milliarden Jahren entstand, als sich der Sonnennebel verdichtete. Die Gesetze und Kräfte, die im Universum wirken, sind so fein aufeinander abgestimmt, dass winzige Abweichungen dazu hätten führen können, dass es nie zur Entstehung von Leben auf

der Erde gekommen wäre. Unendlich viele Milliarden von Faktoren haben zusammengewirkt, dass Leben sich entfalten konnte. Ob das Zufall war, wie Atheisten sagen, lässt sich nicht beweisen. Aber der Glaube an Gott, den Schöpfer, hält nach den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit eine zufällige Entwicklung allen Lebens für unwahrscheinlich. Die immer neu entdeckten Geheimnisse allen Lebens führt er auf Gott als Schöpfer zurück. Vor dem Dom in Ratzeburg steht ein kleiner aus Stein geformter Bienenkorb, dabei die Inschrift „Deus maximus in minimis“. (Gott ist der Größte in den Kleinsten.) „Wenn der Mensch eines Tages bis zu dem Stern vordringt, den wir heute für den entferntesten halten, und dann weitere Milliarden von Welten entdeckt, wird er wohl von Gott eine weniger armselige, weniger jämmerliche Vorstellung haben.“ (Dom Helder Camara, 1909–1999)

Der historische Jesus und der Christus des Glaubens sind tatsächlich Themen der Theologie. Wenn G. Lüdemann nur wenige Worte Jesu als echt anerkennt und zudem Evangelien und Kirche Übermalung und Fälschung dieser Worte vorwirft, zeigt das nur, dass er von falschen Voraussetzungen ausgeht, die meisten Ergebnisse der Theologie entweder nicht kennt oder bewusst nicht übernimmt. Der Musiker, Arzt und Theologe Albert Schweitzer (1875–1965) verfasste 1906 eine Geschichte der Leben-Jesu-Forschung mit dem Titel: *Von Reimarus zu Wrede* (2. stark erweiterte Auflage 1913). Darin wies er nach, dass fast alle „Leben-Jesu“-Entwürfe die ethischen Ideale ihrer Autoren in die Texte hineinprojizierten.“ (Wikipedia) Mit Recht hat Paul Tillich deshalb festgestellt: „Das konkret biblische Material kann im Blick auf seine empirische

Faktizität durch den Glauben nicht verbürgt werden; es ist jedoch garantiert als angemessener Ausdruck der verwandelnden Kraft des Neuen Seins in Jesus als dem Christus.<sup>12</sup> Von Jesus haben wir nur ein „Realbild“. „Das Wagnis des Glaubens ist existentiell; es bezieht sich auf die Ganzheit unseres Seins, während das Risiko historischer Urteile theoretisch ist und damit rechnen muss, dass sie ständig von neuen wissenschaftlichen Bekenntnissen überholt werden.“ Die Evangelisten schreiben Texte mit der Absicht der Verkündigung. Sie wollen also predigen.

„Humbug Deiner Auferstehung“, weshalb „religiös Schluss sein [müsse] mit uns beiden“, schreibt G. Lüdemann in einem fiktiven Brief an Jesus. Wie kommen wir dazu, von dieser Geschichte von der Auferweckung Jesu zu sprechen, die unsere Vernunft herausfordert? Tatsächlich haben wir ja keine Vorstellungsmöglichkeit des Verstehens. Sondern nur die: Gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen. Warum haben die biblischen Zeugen uns diese Geschichte zugemutet? Sie haben es nicht freiwillig und von selbst getan. Und als die ersten Zeugen, die Frauen, die Nachricht überbrachten, stießen sie auf lauter Unglauben. Ja die Frauen selbst erlebten die Erschütterung ihrer Vorstellung von der Endgültigkeit des Todes mit Zittern und Entsetzen. Am besten ist es, in der Debatte mit Naturwissenschaftlern und Historikern zuzugeben, was die Bibel auch sagt: Dass überhaupt keine Erfahrungs-Grundlagen da waren, welche die Nachricht von der Auferweckung Jesu untermauerten. Aber diese Unerklärbarkeit sollte man auch als Grenze des Denkens stehen lassen und die Grenze nicht in Richtung der Gegen-Behauptung überschreiten, als sei der Vorgang eine

Halluzination gewesen, etwas was man sich ausgedacht hat. Tatsächlich wäre dieser Schluss unvernünftig. Denn alles vernünftige Fragen kommt bis zu diesem Rand, den das Geschehen wie einen Krater aufgeworfen hat. Zuerst waren die Jünger verzweifelt, verstreut, verängstigt, in Verstecken. Auf einmal kommen immer mehr, die mutig und fröhlich auf die Straßen ziehen, von den Dächern rufen, später sogar den Märtyrertod für die Wahrheit ihrer Werte erleiden: „Der Herr ist auferstanden.“ Er hat den Tod besiegt. Er ist lebendig. Alle seine Worte gelten noch. Er ruft uns. Unerklärlicher Wechsel, erklärbar allein vom Erlebnis her, das sie hatten. Der Tote war ihnen als Lebendiger erschienen. Für dieses Erlebnis gab es die einzige Erklärung: Er ist von Gott auferweckt worden, wie man vom Schlaf aufgeweckt wird.

### **Welche Glaubwürdigkeit hat diese Nachricht?**

Der Apostel Paulus führt vor der Korinthischen Gemeinde den Wahrheits-Beweis, der damals unter Historikern anerkannt war, beim griechischen Historiker Herodot bezeichnet als „autopsia“. Berichtet wird, was man selbst gesehen hat. Und die Namen von Zeugen werden angegeben, die man außerdem befragen kann. So wird eine Nachricht vertrauenswürdig, gut bezeugt. Und so berichtet Paulus: Petrus hat den Auferstandenen gesehen, dann die Zwölf, dann 500 Brüder auf einmal, dann Jakobus, dann Paulus selber. (1.Kor. 15, 3–8) Dabei erwähnt er nicht einmal die Frauen, Apostelinnen der Auferstehung Jesu. Warum, wissen wir nicht. Vielleicht weil Frauen damals nicht im öffentlichen Recht als gleichberechtigte Zeuginnen anerkannt waren

und von Männern vertreten werden mussten. Paulus wurde durch diese Erscheinung des Auferstandenen aus einem leidenschaftlichen Gegner des Christentums zu seinem größten Missionar, Prediger und Seelsorger. „Christ ist erstanden.“ Eine Nachricht die froh macht, alle, die unter der Macht des Todes leiden, alle die leiden unter der Macht des Bösen in unmenschlichen Verhältnissen. Ein Satz von G. Lüdemann klingt sympathisch: „Ein Rest von Frömmigkeit ist mir geblieben. Noch heute spreche ich manchmal mein Gebet aus Kindertagen. Nicht zu Gott. Sondern um mich geborgen zu fühlen. Die Sehnsucht nach etwas, das alles erklärt, trage ich weiter in mir.“ Hat er in seinem Suchen nach Wahrheit Teil an der Wahrheit, so ist er gerechtfertigt. Nur, dass er meint, sich vom Glauben befreien zu müssen, wird ihn weiter unruhig machen. „Unruhig ist unser Herz, bis es Ruhe findet in dir, o Gott.“ (Augustinus, Conf. 1,1) Der Kirchenkritiker Eugen Drewermann trifft viele Menschen, die sich in der Coronakrise ihrer Sterblichkeit bewusst werden. Auf Ängste, Verzweiflung und Suche nach Sinn, könne eher die Religion als die Naturwissenschaft Antwort geben, meint der Theologe und Psychoanalytiker.

Ernster zu nehmen als der erkenntnistheoretische Atheismus wie bei G. Lüdemann ist der aus Leid geborene Atheismus. Der „unbewegte Bewegter“ (Aristoteles) ist ein Gott, der als teilnahmsloses, liebloses Wesen vorgestellt wird. Dagegen richtet sich der Protest. Wenn er als allmächtig gedacht wird, wird er nicht geliebt, sondern nur gefürchtet. Und der Atheismus will wegen der Geschichte des Leidens in der Welt das Sein Gottes in der Welt bestreiten. Demgegenüber ist seit

Luther die „Theologia crucis“ entfaltet worden: Gott ist in Kreuz und Leiden verborgen. Und die rabbinische Theologie spricht von der „Selbsterniedrigung Gottes“. Jürgen Moltmann zitiert Elie Wiesel (1928-2016), einen Überlebenden von Auschwitz: „Die SS erhängte zwei jüdische Männer und einen Jungen vor der versammelten Lager-Mannschaft. Die Männer starben rasch, der Todeskampf des Jungen dauerte eine halbe Stunde. Wo ist Gott? Wo ist er? fragte einer hinter mir. Als nach langer Zeit der Junge sich immer noch am Strick quälte, hörte ich den Mann wieder rufen: Wo ist Gott? Und ich hörte eine Stimme in mir antworten: Wo ist Er? Hier ist er ... Er hängt dort am Galgen ...“<sup>13</sup>

Christliche Theologie spricht von dem Mitleiden Gottes, von dem Schmerz Gottes, des Vaters, beim Leiden Christi. Und das Kreuz ist das Symbol der Nähe Gottes zu den Leidenden, sagt Jürgen Moltmann: „Im Teufelskreis der Armut heißt es: ‚Gott ist nicht tot. Er ist Brot‘. Als das Unbedingt-Angehende, als der gegenwärtige Sinn ist Gott als Brot präsent. Im Teufelskreis der Gewalt wird die Gegenwart Gottes als Befreiung zu menschlicher Würde und Verantwortung erfahren. Im Teufelskreis der Entfremdung wird seine Präsenz in der Erfahrung zu menschlicher Identität und Anerkennung wahrgenommen. Im Teufelskreis der Naturzerstörung ist Gott gegenwärtig in der Freude am Dasein und im Frieden zwischen Mensch und Natur. Im Teufelskreis der Sinnlosigkeit und Gottverlassenheit endlich tritt er in der Gestalt des Gekreuzigten entgegen, der Mut zum Sein vermittelt.“<sup>14</sup>

- 1 Leonhard Ragaz: Die Gleichnisse Jesu. Seine soziale Botschaft (Herbert Lang Verlag) Bern 1944, Nachdruck – Furche Verlag, – Stundenbücher, Hamburg (StB) 99, 1971; Die Bergpredigt Jesu (H. Lang, Verlag), Bern 1945, Nachdruck – StB 102, 1971; Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus (Hans Harder Verlag), Werningerode am Harz 1929, Nachdruck StB 105, 1972
- 2 Worte des evangelischen Pfarrers und Landtagsabgeordneten Christoph Blumhardt. Mitgeteilt von Johannes Harder (Jugenddienst-Verlag. Judie-Taschenbuch 4/5), Wuppertal 1972
- 3 Hans Ulrich Jäger: Ethik und Eschatologie bei Leonhard Ragaz, Zürich 197)
- 4 Paul Tillich: Liebe, Macht, Gerechtigkeit, Gesammelte Werke. Sein und Sinn. XI, S. 143-188, Stuttgart 1969,
- 5 Paul Tillich: Sozialismus als Kirchenfrage. Christentum und soziale Gestaltung. Gesammelte Werke. Band II. Stuttgart 1962, S.13–20
- 6 Paul Tillich: In der Tiefe ist Wahrheit. Religiöse Reden 1. Folge, (Ev. Verlagswerk, – Stuttgart (EW) 1952, 5. Auflage; Das Neue Sein. Religiöse Reden 2. Folge, (EW) 1959, 3. Auflage; Das Ewige im Jetzt (EW)1964
- 7 Leonhard Ragaz: Sollen und können wir die Bibel lesen und wie? – Anhang: Falsche Übersetzungen der Bibel von welt- und reichsgeschichtlicher Bedeutung, Hg. Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz (RSV), Zürich 1948, 2. Auflage; Das Reich Gottes in der Bibel, Hg.( RSV), Zürich 1948
- 8 Leonhard Ragaz: Die Bibel – Eine Deutung, (Diana Verlag Zürich 1947-1950, 7 Bände
- 9 Aurel von Jüchen: Jesus zwischen Reich und Arm. Mammonworte und Mammongeschichten im Neuen Testament. Mit einem Nachwort von Reinhard Gaede (Alektor Verlag) Stuttgart 1985, mit Unterstützung des BRSD gedruckt
- 10 Emil Fuchs: Das Evangelium nach Matthäus. Eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1933–35), THEOS. Studienreihe. Theologische Forschungsergebnisse, 102, HG. Claus Bernet und Klaus Fuchs-Kittowski, Verlag Dr. Kovac, Hamburg (TS.) 2012; Der Brief des Paulus an die Römer, (1935–1937), TS., 121, 2015; Auslegung des Evangeliums nach Markus 1938, TS.,122, 2015; Die Frohe Botschaft nach Lukas. Eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1933–35), TS., 129, 2016; Der erste Brief des Paulus an die Thessalonicher, Galaterbrief und Korintherbrief, Eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1933–35), TS.,138, – 2018; Offenbarung des Johannes, TS. ,124, 2016; Die Taten der Apostel. Eine Auslegung des Evangeliums im Kontext von Verfolgung und Widerstand (1941–43) TS.133, 2017
- 11 Bibel in gerechter Sprache ,Hg. Ulrike Bail, Frank und Marlene Crüsemann et al.,Gütersloh 2006, ( Buch über die Zeit Samuels. Erstes Buch, gefördert vom BRSD) (BigS online)
- 12 Paul Tillich, Systematische Theologie II, Stuttgart 1958 (S. 126/27)
- 13 Jürgen Moltmann (Der gekreuzigte Gott. Das Kreuz Christi als Grund und Kritik christlicher Theologie, München 1972, S. 262)
- 14 ebd., S. 307/8

Forum

# Nur gemeinsam können wir (über)leben

Von Theo Sundermeier

1. Die ethische Grundlage der Konvivenz ist die Ethik der Anerkennung.
2. Sie gründet theologisch in der Anerkennung/unkonditionalen Annahme des Menschen durch Gott. Sie ist des Menschen Rechtfertigung.
3. Diese Anerkennung, in Christus geschenkt und garantiert, begründet die Identität des Christen, denn sie ermöglicht und schließt ein die unktionale Annahme seiner selbst. Sie ist die Bedingung der Möglichkeit, den anderen anzunehmen – wie sich selbst.
4. Gelebte christliche Identität ist per se missionarisch. (Chin. Sprichwort: „Mensch was du bist, redet so laut, dass man nicht mehr hört was du sagst“.)
5. Da alles Leben relational ist, kann es einen Solipsismus nicht geben. Die Christen sind zudem aufgrund ihres besonderen Verhältnisses zum Nächsten („Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“) zu dem anderen gewiesen und auf ihn angewiesen. Das stellt die Identität nicht in Frage, sondern profiliert sie. Christliche Identität ist „exzentrisch“ (von Gott geschenkt), „relational“ (auf Gott und Welt bezogen), „zukunfts offen“ (bestimmt vom Reich Gottes).
6. Im säkularen Bereich meint das die Anerkennung der Würde des Menschen. Sie ermöglicht die Begegnung auf Augenhöhe, d.h. sie impliziert die Gleichwertigkeit der Gesprächspartner. Da die Menschenwürde Men-



schenrecht ist, ist die Anerkennung des anderen eine zentrale europäische Aufgabe.

7. Nicht nur soziale Unterschiede, sondern besonders die kulturelle und religiöse Fremdheit des Fremden stellen die Gleichwertigkeit, die die Reziprozität einschließt, in Frage. Was macht das „Fremde“ des Fremdsein aus? a. die Erscheinung (Farbe, Kleidung); b. Geruch. Die Nase ist das Organ der Internalisierung; c. Der Klang, die fremde Sprache, die neugierig machen oder die Kommunikation unmöglich machen kann; d. die soziale Ordnung.

8. Der Mensch und damit seine Kultur definieren sich über Herkunft, Sprache, Geschichte, Werte, Gebräuche und Religion, die sich in Riten und Institutionen verstetigt haben. Die Konvivenz gibt der Differenz Raum und achtet sie.
9. Es gibt, kulturanthropologisch gesehen, drei Grundmodelle der Begegnung mit fremden Kulturen resp. Völkern und ihren Religionen: Das Alteritätsmodell (der andere ist der Barbar), das Gleichheitsmodell (es negiert die Differenzen), das Komplementärmodell (es macht den Warenaustausch unter Händlern möglich).
10. Die Fremdheit wird nicht überwunden durch Umarmung und das Suchen nach Ähnlichkeiten oder Gleichheiten, sondern sie muss zuerst als solche respektiert werden. Das Ziel der Begegnung ist ein Verstehen, das den Mut zur graduellen, inklusive affektiven Annäherung hat, nicht „Horizontverschmelzung“ (Gadamer).
10. Innerhalb des dreifach gestalteten Raumes der Konvivenz ist der Dialog ein wichtiges Element der gegenseitigen Annäherung und Verständigung. Er muss von beiden Seiten ohne Bedingungen geführt werden.
11. Dialog und Mission sind zu unterscheiden, können aber nicht grundsätzlich voneinander getrennt werden (s. These 4). Im Konvivenzmodell sind sie die zwei Schenkel eines gleichschenkligen Dreiecks, das auf der Basis der Konvivenz ruht.
- 13 Der Dialog ist dreifach zu unterscheiden: Informationsdialog, Praxisdialog, Konsensdialog.
14. Da der Konsensdialog schon unter den Kirchen kaum Erfolg zeitigt, sollte er in Gespräch mit Angehörigen anderen Religionen nur im äußersten Fall anvisiert werden, wenn eine solide Basis von Vertrauen erreicht ist. Das Ergebnis wird auch dann gleich null sein, wie jahrzehntelange Erfahrung zeigt, je konservativer eine Religion sich gibt. Religionsführer sind meist wie Ruderer, die mit dem Rücken nach vorn rudern. Anders Jesu Rat: Lk 9, 62.
15. Der Dialog und damit im Weiteren auch die Konvivenz ist durch Entwürdigung (Kränkung auf verschiedenen Ebenen), durch soziale Ausgliederung (z.B. Apartheid), durch Fanatismus (auf den verschiedenen Ebenen) gefährdet.
16. Toleranz ist der Verhaltensmodus, durch den eine multikulturelle Gesellschaft allein im Inneren bestehen kann, denn sie bietet „Spielräume“ des Verhaltens an und erlaubt Distanz zu wahren. Sie ist „Orientierungswert und Erziehungsziel“ (A. Wierlacher).
17. Toleranz nach innen ist zu unterscheiden von Toleranz nach außen, d.h. zwischen der Toleranz zum Angehörigen der eigenen Gesellschaft und der gegenüber denen, die außerhalb der Gesellschaft leben. Letztere grenzt an Gleichgültigkeit.
18. Toleranz und Intoleranz sind untrennbare Schwestern.
19. Gesellschaften und Religionen, die in der Lehre und ihren Überzeugungen tolerant sind, sind in der Ethik und Etikette meist intolerant. Gesellschaften und Religionen (gestiftete Weltreligionen) sind in Sache Lehre und Weltanschauung eher intolerant und in der Ethik intolerant. Dort besonders, wo der Staat sich religiös begründet, wie z.B. die Stammesreligion,

der Islam und neuerdings auch der Hinduismus und der Buddhismus, wo er sich mit dem Nationalismus verbindet.

20. Die Grenzen der Toleranz werden heute international durch die Menschenrechte bestimmt.
21. Im Modell der Konvivenz ist eine konstruktive Toleranz angesagt, die Distanz hält, Respekt dem anderen und seiner Kultur und Tradition entgegenbringt und in ihrer Besonderheit anerkennt, ohne die eigene, gerade auch christliche Identität aufzugeben oder zu schwächen.

*Prof. Dr. Dr. h.c. Theo Sundermeier, geb. 12.8. 1935 in Bünde/Westf. Studium in Bethel und Heidelberg 1955–1959. Promotion 1961 im Fach Religionsgeschichte und Missionswissenschaft in Heidelberg. Vikariat in Emsdetten und Dortmund. 1964–1974 Dozent an zwei verschiedenen*

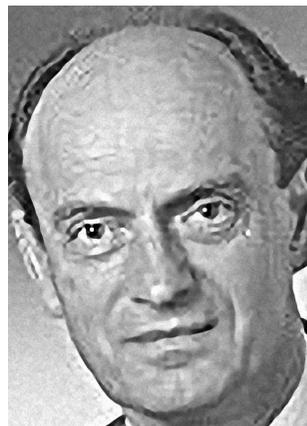
*Theologischen Seminaren in Namibia und Südafrika.*

*1975–1983*

*Prof. für Theologie der Religionsgeschichte in Bochum, seit 1983*

*Prof. für Religionsgeschichte und Missionswissenschaft in Heidelberg. Verh. und verwitwet, drei Kinder.*

*Publikationen zur Missionsgeschichte, zu den Religionen Afrikas, zu Kunst und Theologie der Kirchen in Asien und Afrika, im interreligiösen Dialog und zur Hermeneutik des Fremden.*



## Stufen zum Verstehen des Fremden

Das Gegenüber	Subjektive Haltung	Objektive Erfassung	Handlungsebene
Phänomenebene	„Epoche“	Beschreibende Analyse	Wahrnehmung in Distanz
Zeichenebene	Sympathie	Kontextualisierung	Teilnehmende Beobachtung
Symbolebene	Empathie	Vergleichende Interpretation	(Teil-)Identifikation
Relevanzebene	Respekt	Übersetzung/ Transfer zu uns hin	Konvivenz

Forum

# „Religiöse Pluralität in Europa: Chance oder Bedrohung des Friedens?“

Vortrag auf der Tagung des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD am 12. April 2019

Von Franz-Josef Overbeck

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident, lieber Herr Thierse, verehrte Frau Bundesministerin Barley, sehr geehrter Herr Staatsminister Roth, verehrte Frau Staatssekretärin Griese, sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr, heute vor Ihnen zu sprechen und die Frage zu erörtern, ob religiöse Pluralität in Europa nun eine Chance oder eine Bedrohung des Friedens sei. Vorweg gesagt stelle ich die These auf: per se sind Religionen und ist religiöse Pluralität weder das Eine noch das Andere.

I. Religion, in soziologischer Hinsicht verstanden als eine soziale Praxis kultureller Prägung, in der der Faktor Mensch eine wesentliche Rolle spielt, ist grundsätzlich gesehen ein ambivalentes Phänomen. Historisch betrachtet gibt es gute Beispiele dafür, dass Religion den Frieden nachhaltig fördert – indem sie etwa Sozialkapital aufbaut, Begründungsperspektiven für universelle Werte liefert und sich auf dieser Grundlage für ein friedvolles Zusammenleben aller Menschen einsetzt. Aber leider ist auch das Gegenteil möglich: Religion kann in ihren fundamentalistischen Extremformen gewalttätige Konflikte schüren; vor allem dann, wenn ihre Anhänger Glauben mit

Wissen verwechseln und mit vollkommen überzogenen Wahrheits- und Geltungsansprüchen für einen toxischen Exklusivismus eintreten, über den alle Nicht- oder Andersglaubenden als Feinde konzeptualisiert werden.<sup>1</sup> Alterität, Differenz und Pluralität werden zurückgewiesen, man definiert sich selbst durch klare Begrenzungen von den Feinden und greift dazu auf bekannte und eingängige Stereotype zurück.

II. Fundamentalistische Extremformen von Religion lassen sich auch daran erkennen, dass sie sich stets als ambiguitätsfeindlich erweisen. Das heißt: Sie verneinen die faktisch gegebene Mehrdeutigkeit der Welt. Als Reaktion darauf sind sie bestrebt, klare Eindeutigkeiten herzustellen. Dabei werden sie gelenkt durch eine einfache Wahr-Falsch-Dichotomie bzw. Feind-Freund-Logik. Diese bestimmt ihr Handeln und teilt die Welt entsprechend ein.

Ambiguitätstoleranz ist deshalb die unabdingbare Voraussetzung für das Gedeihen von Religion in einem pluralen Miteinander. Wenn diese Toleranz abnimmt, verliert Religion ihre Mitte. In dieser Mitte wird aber das Bewusstsein gepflegt, dass Glauben nicht Wissen bedeutet und dass religiöse Texte immer verantwortlich interpretiert werden müssen.<sup>2</sup> Denn wer nicht weiß, sondern glaubt, verfügt nicht über eine zwingende, eindeutige Gewissheit hinsichtlich der Glaubensinhalte, von deren Gültigkeit er oder sie gleichwohl überzeugt ist.<sup>3</sup> Menschen, die in diesem Sinne aus der

Mitte heraus glauben, können in der Regel Mehrdeutigkeiten besser aushalten. Sie sehen sich eher in der Lage, andere religiöse Überzeugungen als herausforderungsvolle Bereicherung an- und ernst zu nehmen – anstatt sie gleich als Bedrohung der eigenen Identität aufzufassen.

Dieser Aspekt gilt im Übrigen auch für das politische: Demokratische Gesellschaften bedürfen einer breiten Unterstützung aus und in der Mitte der Gesellschaft, um ideologische Ausfransungen an den extremen politischen Rändern auszuhalten und auszugleichen. Wenn aber Konsens nicht mehr von der Mitte her gedacht und gesucht wird, sondern wenn die extremen politischen Ränder den Ausgangspunkt bilden, dann wird aus dem Ideal des Konsenses schnell die Gefahr des Konfliktes – aus der letztlich auch eine Bedrohung des Friedens erwachsen kann.

III. Religionen bieten eine Letztorientierung in Bezug auf eine letzte Wirklichkeit, die sie selbst niemals einholen können.<sup>4</sup> Deshalb lebt jede Offenbarungsreligion auch aus einer doppelten Differenz: erstens der Differenz zwischen Gott und seiner normativen Selbstkommunikation in einem Geschichtsereignis – und zweitens der Differenz zwischen dieser Offenbarung und der Religion als die Summe der menschlichen Antworten auf sie. Wo insbesondere diese Unterscheidung zwischen Offenbarung und Religion entschieden vollzogen und gelebt wird, ist jeder Form von Fundamentalismus und Fanatismus der Boden entzogen.<sup>5</sup> Damit möchte ich keinesfalls einem indifferenten religiösen Pluralismus das Wort reden – vielmehr ist mir an einem Hinweis gelegen: religiöse Überzeugungen, die in dem Bewusstsein dieser dop-

pelten Differenz erhoben werden, bieten im pluralen Miteinander dann Chancen und Ressourcen für den Frieden, wenn sich religiöse Menschen in ihren Ansprüchen auf Wahrheit und Verbindlichkeit ernst genommen fühlen.

IV. Was aber bedeutet dies für eine religiöse Pluralität in Europa und für deren Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft? Dabei stellt sich insbesondere die Frage nach einer christlichen Identität Europas, begrifflich gefasst im sogenannten christlichen Abendland. Selbsternannte Retter dieses Abendlandes, vor allem aus dem rechten politischen Lager, konstruieren gerne genuin christliche Wurzeln Europas als eine Art Kampfbegriff. Sie wenden sich gegen eine vermutete Islamisierung und einen kulturellen Identitätsverlust des Europäischen.

In dieser Argumentation steckt jedoch ein gefährlicher Trugschluss. Der französische Philosoph Rémi Brague formulierte vor einigen Jahren, dass „das Christentum weniger ein Inhalt als vielmehr die Form der europäischen Kultur“ (6) sei. Brague führt die europäische Identität zurück auf das Römische Reich, dessen Gründungsmythos in mittelalterlicher und neuzeitlicher Rezeption gleichsam ein europäischer Mythos geworden sei. Europa habe sich in der Vergangenheit nicht auf eine Gründung aus sich selbst heraus, sondern aus einer früheren, römischen Quelle heraus definiert. Auch das Christentum greift mit dem Judentum auf eine frühere Quelle zurück. Wer Europas Identität also allein im Christentum verortet sieht, ignoriert eine wesentliche Tatsache: eine genuin christliche Kultur Europas wäre mindestens jüdisch-christlich – und damit religiös plural.

Im Übrigen ist nicht abschließend ge-

klärt, nach welchen Kriterien religiöse Pluralität genau definiert wird. Eine reine Fassung als Ambiguität religiöser oder spiritueller Bekenntnisse wäre schon für das Christentum alleine unzureichend. Wir Christinnen und Christen sind historisch durch verschiedene Schismen in unterschiedliche Bekenntnisse geteilt und existieren in teilweise sehr kleinen Splittergruppen verstreut in der sogenannten Diaspora. Wenn nun über einen generellen Konsens zentraler Glaubensinhalte hinaus noch liturgische Praktiken und regionale Besonderheiten definitorisch einbezogen würden, dann wäre selbst die eine und heilige katholische Kirche – *Una Sancta* – in ihrer Vielzahl lokaler Traditionen und Riten religiös plural. Auf das politische Europa bezogen gibt es beispielsweise in der ComECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union in Brüssel, deren Vizepräsident ich bin, zwischen den nationalen Bischofskonferenzen teilweise gravierende Unterschiede in der Bewertung einzelner Fragestellungen. Somit gibt es in Europa genauso wenig den einen Katholizismus wie es den oder den einen Islam gibt.

Letztlich braucht man aber gar nicht derart weitreichend zu argumentieren, um die als Verteidigung eines christlichen Erbes getarnten Angriffe rechter Nationalisten und Rassisten auf die religiöse Pluralität in Europa als Trugbild zu entlarven. Vor etwa zwei Jahren habe ich in einem Fachbeitrag über Kultur als Leitbegriff – Christlicher Sozialethik<sup>7</sup> daran erinnert, dass etwa der intellektuelle Vordenker der Neuen Rechten, Alain de Benoist, statt einer Verteidigung des christlichen Abendlandes vielmehr vorchristliche Kulturen und nordische Vorstellungen, aus christlicher Perspektive

letztlich also heidnisches Gedankengut propagiert.

V. Bei aller theoretischen Unterfütterung bleibt die Frage nach einer konkreten politischen Dimension religiöser Pluralität. In welchem Verhältnis – lautet die Frage – steht religiöse Pluralität zum säkularen Staat? Wie können Religionsfreiheit gewährleistet und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bekenntnisse befördert werden?

Der kürzlich verstorbene Ernst-Wolfgang Böckenförde hielt diesbezüglich fest, dass die vom demokratischen Staat „gewährleistete Religionsfreiheit nur [...] die Möglichkeit von Religion und religiöser Lebendigkeit, nicht den Bestand von Religion [garantiert]. Was der Staat freilich tun kann und auch tun sollte, ist, dass er Religion und religiöse Lebenskraft, soweit sie tatsächlich vorhanden sind, stützt und schützt.“<sup>8</sup> Der Staat hat ergo nicht die Aufgabe, darüber zu entscheiden, welche Religion Recht hat. Sehr wohl ist es aber seine Aufgabe, Räume zu eröffnen, in denen Gläubigen die Möglichkeit geboten wird, Religionsfreiheit selbst unter sich verändernden kulturellen Vorzeichen positiv zu bestimmen. Jeder friedens- und freiheitsliebende Mensch hat ein Recht darauf, seiner religiösen Überzeugung gemäß zu leben – wobei kein kulturelles oder religiöses Verhalten gegen Menschenrechte verstoßen darf.

In keiner Weise ruft Böckenförde nach einer moralischen oder gar religiösen Unterfütterung des säkularen Staates. Er propagiert auch keine Leitkultur oder einen mit religiösen Gehalten imprägnierten Staat. Vielmehr bekennt er sich eindeutig und nachdrücklich zum modernen Individualismus der freiheitlichen

Menschenrechte. Dem Soziologen Hans Joas habe ich den Hinweis darauf zu verdanken, dass es von Seiten amerikanischer Religionsökonomen den interessantesten Versuch gibt, nachzuweisen, dass „religiös aufgeladene innergesellschaftliche gewaltsame Konflikte nicht etwa durch das Aufeinandertreffen verschiedener Religionen als solches entstehen ...“ – denken Sie diesbezüglich nur an Huntingtons sehr holzschnittartige These des „clash of civilizations“. Konflikte entstünden vielmehr „durch staatliche Regulationen des religiösen Lebens, die partikularistisch aufgeladen sind, d.h. der einen Religionsgemeinschaft zu helfen und eine andere im Zaum zu halten versuchen.“<sup>49</sup> Dahinter steht die These, dass der Staat das friedensstiftende Potential von Religionen dann am besten fördert, wenn er die Ausgestaltungsmöglichkeiten von positiver Religionsfreiheit gerecht gestaltet.

VI. Mit Blick auf den Islam in Deutschland lässt sich zum Beispiel feststellen, dass viele Muslime hier eine Ungleichbehandlung anmahnen. In anderen europäischen Ländern ist die Situation leider noch dramatischer und reicht bis zu offener Verweigerung von Anerkennungsräumen.

Menschen ein gutes Leben gemäß ihrer religiösen Überzeugungen in rechtsstaatlichen Grenzen mit dem Argument vorzuenthalten, sie würden sich nicht zu dem jeweiligen Staat bekennen, wäre nicht nur widersprüchlich, sondern gemäß der religionsökonomischen Perspektive auch gefährlich. Wenn sich Gläubige in ihren Ansprüchen auf Wahrheit und Verbindlichkeit nicht ernst genommen fühlen – zum Beispiel weil sich der Staat selbst als ambiguitäts-intolerant erweist,

indem er ihnen keine Möglichkeiten bietet, ihre Religion aus der Mitte heraus zu leben und pflegen zu können – wenn sich solche Gläubige nicht ernst genommen fühlen, dann droht die Vereinnahmung ihrer Tradition durch fundamentalistische Vereindeutiger. Diese Feinde der Pluralität und Freiheit haben aus naheliegenden Gründen kein Interesse an einem sozialen Umfeld, das eine ambiguitätsfreundliche Kultur der Mitte stärkt und entwickelt. Je besser eine religiöse Gemeinschaft vor einer Vereinnahmung ihrer Traditionen geschützt ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass religiöse Differenzen den Frieden bedrohen.

Religion darf dabei nicht als isolierte Entität betrachtet werden, sondern sie ist immer mit der Erdung einer menschlichen Erfahrungsperspektive verbunden. Religion gibt es sozusagen niemals pur, sondern immer lebensweltlich-kulturell verschränkt. Die Antwort auf die Frage nach der Rolle religiöser Pluralität in Europa umfasst neben den soziologischen, theologischen und politischen Perspektiven deshalb auch eine sozioökonomische und eine kulturelle Dimension.

VII. Nicht zuletzt sind Selbstverständnis und Eigenperspektive der Religionsgemeinschaften entscheidend. Die katholische Kirche ist seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts von ihrem Alleinvertretungsanspruch und einer exklusiven Rhetorik abgerückt. Das Zweite Vatikanische Konzil von 1962 bis 1965 gilt allgemein als der Durchbruch, mit dem sich die katholische Kirche der modernen Welt geöffnet hat. Der Anspruch war und ist dabei nicht nur eine Modernisierung – ein *aggiornamento* – der kirchlichen Lehre, sondern dezidiert

auch eine Vertiefung und Festigung – ein *approfondimento* – katholischer Überzeugungen.

Spätestens seit dem Konzil vertritt die katholische Kirche inklusivistische Positionen: Die Kirche hat sich in den Abschlussdokumenten des Konzils nicht nur in der Erklärung *Dignitatis Humanae* (1965) zur Religionsfreiheit bekannt, sondern sie hat auch in der Erklärung *Nostra aetate* (1965) ihr Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen neu definiert.

VIII. Aus der Perspektive des Staates und bezogen auf eine freiheitlich-demokratische Ordnung gelten letztlich für die Religionen – die Teil einer jeden Gesellschaft sind – die gleichen Regeln wie für den Rest der Gesellschaft. Nach dem bereits genannten Ernst-Wolfgang Böckenförde beruht die Demokratie in Deutschland und Europa auf geschriebenen und ungeschriebenen Voraussetzungen. Von besonderer Relevanz ist bei den geschriebenen Voraussetzungen der Rechtsstaat, den Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika *Centesimus annus* (1991) mit der „Grundlage einer richtigen Auffassung vom Menschen“<sup>10</sup> verbindet.

Diese kodifizierten Regeln bedürfen aber eines breiten gesellschaftlichen Konsenses zu ihrer Einhaltung. Religionen – zumindest der Katholizismus – und der säkulare Staat können sich wenigstens auf einen gemeinsamen Nenner zusammenfinden, nämlich den der individuellen Freiheit des Menschen. Sicherlich sind die Begründungszusammenhänge nicht identisch, und es lassen sich im Detail Unterschiede herausdifferenzieren. Wenn aber Religionen den Freiheitsbegriff im Sinne des Grundgesetzes respektieren, dann haben sie das Recht, die po-

sitiven Gestaltungsräume in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben für sich in Anspruch zu nehmen. Religiöse Gemeinschaften, die das nicht tun, können und sollten diesen Anspruch wiederum nicht einfordern.

IX. Fassen wir zusammen: Historisch betrachtet gibt es gute Beispiele dafür, dass Religion den Frieden nachhaltig fördern oder – in fundamentalistischen Extremformen – zu Feindschaft und Kriegen zwischen Völkern beitragen kann. Unter Voraussetzungen der Ambiguität gelingt einplurales Miteinander, wenn sich religiöse Menschen in ihren Ansprüchen auf Wahrheit und Verbindlichkeit ernst genommen fühlen. Europas Identität dabei allein im Christentum zu verorten, ist allerdings zu kurz gegriffen. Selbsternannte Verteidiger eines christlichen Abendlandes konterkarieren sich in der Berufung auf christliche Werte selbst.

Eine zentrale Feststellung lautet: Wenn Religionen sich – wie auch der demokratische Staat des Grundgesetzes – auf den Wert der Freiheit berufen und diesen für jeden Menschen individuell achten, dann ist die Gefahr einer Bedrohung des Friedens gering. Wenn sie aber diese Freiheit einerseits für sich ausnutzen und andererseits anderen verweigern, dann kann religiöse Pluralität zur Gefahr werden.

Ich schließe also mit der These vom Beginn meiner Ausführungen: per se ist religiöse Pluralität in Europa weder eine Chance noch eine Bedrohung des Friedens. Es hängt immer von den Umständen ab.

1 Vgl. Michael Reder: Religion in der politischen Philosophie, in: José Casanova u.a. (Hg.), Religion und die umstrittene

- Moderne, Stuttgart 2010, 176–194, hier 191.
- 2 Vgl. Thomas Bauer: Die Vereindeutigung der Welt. Über den Verlust an Mehrdeutigkeit und Vielfalt, Ditzingen 2018, 37–39.
  - 3 Vgl. Saskia Wendel: Extremistenbeschluss für Gläubige. Kleine Polemik gegen fundamentalistische Nichtgläubige, in: Herder Korrespondenz (7/2008), 359–364.
  - 4 Vgl. Klaus von Stosch: Das Problem der Kriterien als Gretchenfrage jeder Theologie der Religionen. Untersuchungen zu ihrer philosophischen Begründbarkeit, in: Reinhold Bernhardt/Perry Schmidt-Leukel (Hg.) Kriterien interreligiöser Urteilsbildung, Zürich 2005, 37–57, hier 46.
  - 5 Vgl. Reinhold Bernhard: Gewissheitsdefizite als Fundamentalismusverstärker?, in: Jürgen Werbick u.a., Verwundete Gewissheit. Strategien zum Umgang mit Verunsicherung in Islam und Christentum, Paderborn 2010, 119–141, hier 133–136.
  - 6 Rémi Brague: Europa – seine Kultur, seine Barbarei. Exzentrische Identität und römische Sekundarität, 2. Aufl., Wiesbaden 2012, 44.
  - 7 Franz-Josef Overbeck: Kultur als Leitbegriff Christlicher Sozialethik, in: Stimmen der Zeit 142 (2017), 815–823.
  - 8 Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der säkularisierte Staat. Sein Charakter, seine Rechtfertigung und seine Probleme im 21. Jahrhundert, in: F.J. Bormann/Bernd Irlenborn (Hg.), Religiöse Überzeugungen und öffentliche Vernunft. Zur Rolle des Christentums in pluralistischen Gesellschaften, Freiburg i.Br. 2008, 325–345, hier 335.
  - 9 Hans Joas: Welche Gestalt von Religion für welche Moderne?, in: José Casanova u.a. (Hg.), Religion und die umstrittene Moderne, Stuttgart 2010, 210–223, hier 219.
  - 10 Johannes Paul II.: Enzyklika Centesimus annus, Nr. 46, S. 41, in: [http://w2.vatican.va/content/john-paulii/de/encyclicals/documents/hf\\_jp-ii\\_enc\\_010519\\_91\\_centesimus-annus.pdf](http://w2.vatican.va/content/john-paulii/de/encyclicals/documents/hf_jp-ii_enc_010519_91_centesimus-annus.pdf) (03.04.2019).

*Dr. Franz-Josef Overbeck (Jg. 1964) ist römisch-katholischer Theologe. Studium der Philosophie und Katholischen Theologie in Münster und Rom.*



*Priesterweihe 1989. Promotion zum Dr. theol. i. J. 2000. Er ist seit 2009 Bischof von Essen. Weitere Ämter und Aufgaben: Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, verantwortlicher Bischof für das katholische Lateinamerika-Hilfswerks Adveniat, „Sozialbischof“ als Vorsitzender der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Vizepräsident der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen COMECE und Mitglied der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika sowie des Päpstlichen Rates für die Kultur.*

## Zeugnis und Engagement

### **Ermutung zum gewaltfreien Leben (zugleich zum 70. Geburtstag)**

Ullrich Hahn: *Vom Lassen der Gewalt. Thesen, Texte, Theorien zum Gewaltfreien Handeln heute.* Hrsg. von Annette Nauerth und Thomas Nauerth. editionpace. Norderstedt 2020, 340 Seiten.

Von Elmar Klink

**H**ier ist ein Band der Rückschau und Bilanz zu besprechen, vorgelegt von Ullrich Hahn im 71. Lebensjahr. Dieser gehört hierzulande zu den Menschen, die die Kultur der Gewaltfreiheit und des pazifistischen Antimilitarismus repräsentieren, im Rampenlicht der Öffentlichkeit oder auch hinter den Kulissen. Zu ihnen zählten und zählen: Wolfgang Zucht, Helga Weber, Ekkehard Krippendorf, Wolfram Beyer, Ulrike Laubenthal, Johann Bauer, Lou Marin, Heinz Rothenpieler, Ulrich und Sonnhild Thiel, Josef und Mechthild Geue, Andreas Buro, Wolfgang Hertle, Reiner Steinweg, Egon Spiegel, Nikolaus Koch, Renate Wanie, Wolfgang Sternstein, Theodor Ebert ... – ich könnte gar nicht alle Namen aufzählen, so viele andere müßte man noch nennen. Wer mit Ullrich Hahn in Kontakt kommt, sieht sich einem bedächtigen, asketischen Menschen gegenüber, der einerseits einen Weg der Kontemplation geht, andererseits philosophische Reflexion liebt. Als seine großen Vorbilder benennt er immer wieder den christlichen Mystiker Meister Eckhart, den Anarchisten Gustav Landauer, den Schweizer Theologen und „Stammvater“ der Religiösen Sozialisten Leonhard Ragaz, den russischen Schriftsteller Leo Tolstoi sowie, natürlich, den „Urvater“ des gewaltfreien Wegs „Mahatma“ Gandhi. Ullrich Hahn gehört für mich zu den seltenen Menschen, die sich durch ihr gewaltfreies Auftreten Respekt bei ihrem Gegenüber verschaffen können.

Das hier zu besprechende Buch ist ein stattlicher Band geworden, eine Art Quersumme seines Denkens und Handelns zu Idee und Praxis der Gewaltfreiheit unter ethischen und religiösen, aber auch philosophisch-theologischen, rechtlichen und organisatorischen Aspekten. Die Zusammenstellung umfasst Texte aus einem Zeitraum von gut 20 Jahren von 1998 bis 2019. Kürzere und längere Vorträge, Referate, Thesenpapiere mit Impulsen, eine Predigt, Reflexionen und grundsätzliche Erörterungen sind darunter. Eine abwechslungsreiche Mischung, für viele Interessen lassen sich Texte finden.

Eher ungewöhnlich ist die Entstehungsgeschichte: die Herausgeber Annette und Thomas Nauerth, beide arbeiten seit Jahrzehnten eng mit Ullrich Hahn im Versöhnungsbund zusammen, suchten nach einem besonderen Geschenk zu Hahns 70. Geburtstag und wählten aus dem reichhaltig vorhandenen Fundus von Texten diejenigen für ein Erinnerungsbuch aus, die jetzt als Band in der von ihnen und Peter Bürger betreuten edition pace vorliegen. Eine bereits stattliche Reihe der „Erinnerungsliteratur“ von Persönlichkeiten der Friedensbewegung wie Andreas Buro, Wolfgang Sternstein, Theodor Ebert oder auch des „KDV-Pastors“ Ulrich Finckh wird damit auf würdige Weise weitergeführt. Es ist gut, solche Zeugnisse zu haben, denn wie der Kultur-Anarchist Gustav Landauer einmal treffend sagte, auch die Vergangenheit ist Zukunft.

Einen guten Einstieg in die Lektüre bieten die Einleitung des Autors und das würdigende Nachwort von Egon Spiegel, katholischer Theologe und Friedensforscher an der Universität Vechta. Der Totalverweigerer Spiegel war in gemeinsamen Studienzeiten in Freiburg im Arbeitskreis „Frieden“ der ESG und dann in der „gewaltfreien Aktion Freiburg“ Gesinnungsfreund und Weggefährte Hahns. Aus beiden Quellen kann man sich über Person und Lebensweg des im norddeutschen Oldenburg geborenen Hahn informieren, der dann seit seinem zweiten Lebensjahr in der Schwarzwaldstadt Villingen aufwuchs und dort noch immer lebt. In der Region finden sich einige Gemeinschaften, die den gewaltfreien Weg praktizieren und denen sich Ullrich Hahn verbunden fühlt. Das sind neben anderen: die Regionalgruppe „Schwarzwald-Baar-Heuberg“ des Versöhnungsbundes; der „Untermühlbachhof“ von Hans-Hartwig und Anke Lützwow in St. Georgen; das von Michael Schmid und Katrin Warnatzsch geführte „Lebenshaus Schwäbische Alb“ in Gammertingen bei Sigmaringen; das „Lebenshaus Trossingen“ mit dem angeschlossenen „Nudelhaus“, wo Spätzle, die berühmte Lieblingsspeise der Schwaben hergestellt werden und wo Menschen in psychischen und sozialen Schwierigkeiten aufgenommen werden. Ullrich Hahn gehört zusammen mit dem Wirtschaftsfachmann Willi Haller zu den Gründern letzterer Einrichtung. Willi Haller war ein ökonomischer, ökumenischer und sozialer Visionär und Praktiker (Buch: Die heilsame Alternative – jesuanische Ethik in Wirtschaft und Politik). Ein von Ullrich Hahn verfasster Nachruf wurde in den Band aufgenommen. Ullrich Hahn ist fest davon überzeugt, dass der in den westlichen Ländern vorherrschende imperiale Lebensstil überwunden werden muss.

Das Zusammenleben im lockeren Verbund gewaltfreier regional-verwurzelter Initiativen im Südschwarzwald ist sein Weg dahin.

Seit 1996 gehört Ullrich Hahn dem Vorstand des 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbundes dt. Zweig (VB) erst als Vorsitzender und dann als Präsident an. Das hat ihn natürlich geprägt, und das hat natürlich auch den deutschen Versöhnungsbund geprägt, den er seit so vielen Jahren verantwortlich mitgestaltet. Zum VB kam er schon 1973 über seine Kriegsdienstverweigerung, wie er schreibt. Als junger Mann hatte er sich freiwillig zum Bundesgrenzschutz (heute: Bundespolizei) gemeldet und leistete paramilitärischen Wachdienst im fränkischen Coburg an der innerdeutschen Grenze. Er kündigte seinen Vertrag vor Ablauf seiner Zeit und verweigerte den Kriegsdienst als Reservist, für ihn ein Zeugnis der Gewissensfreiheit gegenüber dem Staat. Ullrich Hahn hat später dann als Rechtsanwalt und VB-Mitglied selbst Kriegsdienstverweigerer beraten, durch die Gewissensprüfungen begleitet und dieses Engagement auch auf sog. Totalverweigerer von Kriegs- und Zivildienst ausgedehnt. Er gehörte dem bis 2014 bestehenden Menschenrechtsverein „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer“ als Fördermitglied an und nahm gelegentlich an deren Treffen teil. Eine Stellungnahme Hahns anlässlich einer Mitgliederversammlung 2004 zu ‚Bundeswehr, Wehrpflicht, soziales Pflichtjahr (S. 167–170) findet sich im Abschnitt „Ethik“. Im VB berühren sich Irenik (Friedenslehre), Friedenstheologie, der Gedanke von Völkerrecht und Völkerverständnis, Theorie und Praxis gewaltfreier Aktion und christliche Versöhnungspraxis aufs Engste und durchdringen einander. Im Buch werden diese Themen in einem ganzen Kapitel behandelt (auf den Seiten 308–322).

Jeder moderne Krieg ist nach Nikolaus Koch ein totaler, zivil-militärischer Fünfkrieg, der sich aus militärischen, politischen, wirtschaftlichen, ideologischen und psychologischen Komponenten nährt, die ihn stützen und absichern. Der Krieg lugt beständig unter dem Frieden hervor, ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Er findet in den Köpfen statt, als Wirtschaftskrieg, als ideologisch gerechtfertigter „Antiterrorkrieg“, als politische Drohung und Abschreckung mit Hochrüstung und atomaren Massenvernichtungswaffen. Das sind die totalitären Sümpfe, die es trocken zu legen gilt. Dem Krieg seine strukturellen Standbeine nehmen, wie es Johan Galtung nennen würde.

Der Versöhnungsbund gehört mit der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner und den Internationalen Ärzten gegen den Atomkrieg zu den wichtigen Stimmen der

deutschen Friedensbewegung. Daneben gibt es noch zahlreiche kleinere Organisationen. Ullrich Hahn kooperiert und engagiert sich neben dem VB, dem sein Hauptengagement gilt, noch im Verein „Gewaltfrei handeln“, der Aus- und Fortbildungen für Friedensfachkräfte organisiert; beim „Bund für soziale Verteidigung“ in Minden/Westfalen, mit dem der VB fast eine Bürogemeinschaft unterhält; mit dem „mennonitischen Friedenskomitee“ sowie dem (mennonitisch geprägten) Netzwerk „Church and Peace“. Einfluss auf sein Denken hat auch die von Eberhard Arnold begründete „Bruderhof-Gemeinschaft“. Auch wenn es die Aktionen der Friedensbewegung in der Regel nicht in die Tagesschau schaffen, die Friedensbewegung lebt, ihre Aktivisten treffen und koordinieren sich. Sie existieren auf verschiedene Weisen, als konzertierte „Lebenslaute“, die zu ungehorsamen Aktionen am Atomwaffenstandort Büchel und anderswo aufspielen oder als ständige Beobachtungsposten an Standorten von Rüstungsexporteurs wie den Waffenhändlern des Todes von Heckler und Koch in Oberndorf am Neckar oder mit regelmäßigen Protestaktionen gegen die fiktive Militärübungsstadt Schnöggersburg bei Magdeburg in der Bürgerinitiative „Freie Heide“. Zeugnisse dieser Lebendigkeit findet man in einer vielfältigen Presse, die es traditionell in gedruckter Form gibt sowie auch im Internet. Genannt seien hier nur Publikationen aus dem Umkreis des Versöhnungsbundes: der von Franz Alt gegründete „Internet-Sender Transparenz TV“, wo unter VB-Verantwortung regelmäßig eine Sendung zu Friedensfragen gestaltet wird; das Internet-Magazin „Aixpaix“ des VB-Mitglieds Otmar Steinbicker sowie der gedruckt erscheinende VB-Rundbrief „Versöhnung“.

Wer von der Gewalt lässt, setzt andere Prioritäten, entwickelt andere Perspektiven und nimmt sich andere Ziele vor. Sie lauten Recht und Gerechtigkeit, gewaltfreie zivile Konfliktbearbeitung, ziviler Friedensdienst, Friedens- und Konfliktforschung, Analyse struktureller imperialer Gewalt, Bewahrung der Schöpfung, Ehrfurcht vor allem Leben. Das gilt so auch für Ullrich Hahns Leben, Denken und Handeln. Wer von der Gewalt lässt, hat eine andere Sicht vom menschlichen Zusammenleben und vom Frieden als die Abschrecker, Droher, Verteidigungspolitiker, Angstmacher, Sicherheitsfanatiker, Waffenruster überall auf der Welt. Frieden ist nicht nur Ziel, sondern nach dem berühmten Wort Gandhis vor allem ein Weg, auf welchem das Ziel erkennbar werden und erreichbar bleiben muß. Das geht nicht ohne Gewaltverzicht und internationale Verständigung.

Wer auf Gewalt verzichtet, muss andere Mittel haben oder ent-

wickeln, Konflikte zu lösen. Diesem Komplex sind im Buch vor allem die Abschnitte über Gewaltfreiheit, Ethik, Recht und Politik gewidmet, insgesamt gut die Hälfte des Inhalts. Sie bilden eine Art Systematik, die man in vielen anderen Publikationen kaum so gedrängt und zugespitzt reflektiert findet. Durch sie wird deutlich, was das Manko derer ist, die das herrschende Paradigma von Gewalt, Bewaffnung und Kriegführung rechtfertigen und an ihr festhalten. Sie können sich Frieden nicht als einen Prozess vorstellen, den es ohne soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte nicht geben kann. In späteren Lebensjahren machte sich Ullrich Hahn noch einmal an das Studium der Philosophie der Aufklärung und der Denkschrift „Vom ewigen Frieden“ Immanuel Kants. Dazu las er auch dessen Schriften zur Kritik von Vernunft und Urteilskraft. Die Ergebnisse dieser Studien hat er noch nicht schriftlich festgehalten, zumindest findet sich im vorliegenden Band nichts dazu.

Man kann Ullrich Hahn getrost einen „Anarcho-Pazifisten“ nennen. Er übt Kritik an Staat und Militär. Der gewaltlose Anarchismus eines Leo Tolstoi, Mahatma Gandhi, Henry D. Thoreau, Gustav Landauer hat ihn beeinflusst und geprägt. Im Buch findet sich im Abschnitt „Politik“ ein 1998 in Tübingen gehaltener Vortrag zu „Anarchie“ (S. 245–249), in welchem er eine Definition gibt, auf Geschichte, Gegenwart und Wirkung des Anarchismus eingeht. Weitere Ausführungen zum Thema liefern die kurzen Impulsbeiträge, „Thesen zur unmittelbaren Demokratie“ (S. 250–252) und „Thesen zum verantwortlichen Wahlverzicht“ (S. 286–288). Mit verantwortlichem Tun und Reden beantwortet Ullrich Hahn die Frage, ob man heute Anarchist (Anarchistin) sein kann: man kann! – und vielleicht muss man es sogar angesichts des Weltzustands. Was wir, wie er meint, heute brauchen, sind Verkleinerung contra Megamaschine und Übersicht (dezentrale Regionalität) contra globale Geflechte von Imperialität und Monopolen. Für beides steht beispielhaft Ullrich Hahns Wort und Tat. Der ganze Abschnitt unter der Überschrift „Recht“ ist hier sehr hilfreich, in dem Menschen- und Völkerrecht, Fragen von Folter, Strafe, internationaler Polizei, Terrorismus erörtert werden und dagegen die Stärke des gewaltfreien, machtlosen Rechts betont wird. Dass Ullrich Hahn sich in seinem Jura-Studium intensiv mit Rechtsphilosophie beschäftigt hat, wird hier deutlich.

Seine Anwaltssozietät ist auf Asyl- und Ausländerrecht spezialisiert. Es findet sich in dem Buch deshalb auch ein eigener Abschnitt zu Flucht, Migration und Asyl (S. 295–308). Gegen Millionen Flüchtende seit Jahren aus Krisen- und Kriegsgebieten „mauert“ sich Europa ein, stoppt Bewegungen über Grenzen und

Meere, unterhält dazu bewaffnete Kräfte wie „Frontex“ und zahlt Milliardensummen an zweifelhafte Grenzhüter außerhalb der EU wie die Türkei Erdogans, um Flüchtende aufzuhalten. Anstatt mit diesem Geld eine geordnete Einwanderung und legale Asyl-Transfers zu organisieren. Und ihnen dann einen legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland und den anderen EU-Ländern zu verschaffen und so das Elend auf den Fluchtwegen und in den Flüchtlingslagern zu beenden. Denn diese Zustände sind einfach eine Schande für jedes humane Empfinden. Es dürften nicht länger Steuergelder aus Rüstungsexporten deutscher Konzerne in Krisen- und Kriegsgebiete gezogen werden, dann könnten die Kriege endlich – beendet werden, und wesentliche mittelbare Fluchtursachen wären beseitigt. Die konkreten Schritte, die große Effekte erzielen könnten, sind machbar, es fehlen der politische Wille und die nötige Empathie. Ullrich Hahn gibt eine historische Übersicht über Flüchtlingsrechte in Deutschland und setzt in Sachen Migration und Asyl auf Friedens- anstelle von ausgrenzender Sicherheitslogik.

Im umfangreichen Abschnitt über Theologie (S. 89–140) finden sich biblisch-theologische Reflexionen über Frieden und Krieg, am dezidiertesten in den Anmerkungen zur EKD-Denkschrift von 2007 „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (S. 104–109) und im Text „Was sollen wir tun? (Lukas 3, 10) – Vergewisserung aus Sicht eines christlichen Pazifismus“ (S. 128–132). Um ihre jahrzehntelange Uneindeutigkeit eines JEIN zu Atomwaffen, eines JEIN zum Krieg (Lehre vom gerechten Krieg als „ultima ratio“) zu überwinden, hat die EKD in ihrer Denkschrift ein Leitbild des gerechten Friedens entworfen, allerdings immer noch eine Hintertür für das Militär offengehalten, indem sie von Aktionen „rechtserhaltender Gewalt“ spricht. Wann nichts anderes übrig bleibt, als militärische Gewalt anzuwenden, bestimmt nach dieser Argumentation weiterhin der Staat. Ullrich Hahn fordert stattdessen von der EKD einen eindeutigen Gewaltverzicht und dass die „Seelsorge in der Bundeswehr“ (früher: Militäraseelsorge) aufgegeben wird. Damit nimmt er eine Forderung der Arbeitskreise „Friedenstheologie“ und „Soldat\*innen-Seelsorge“ im Versöhnungsbund auf. Nach diesen Vorstellungen soll die „Seelsorge in der Bundeswehr“ zur „Soldat\*innen-Seelsorge“ in den Kirchengemeinden werden. Dort sieht man im Versöhnungsbund und sieht auch Ullrich Hahn den richtigen Platz für eine Seelsorge an Soldat\*innen. Sie gehört – in die Diskussionen unter Christ\*innen über Gewalt, Krieg und Frieden, das ist ihre Position. Vor allem lehnen sie das Militär segnende und rechtfertigende Priester und Pastoren ab.

Das Geschenk zum 70. Geburtstag ist insgesamt ein äußerst lezenswertes, aber auch sehr umfangreiches Buch geworden. Kurze biographische Angaben zu den zahlreichen genannten Personen würden das Verständnis erleichtern, denn nicht jedem Leser werden alle diese Personen bekannt sein. In seinen Darstellungen bleibt Ullrich Hahn durchweg lebensnah, d.h. man findet viele Überlegungen, die zu einer gewaltfreien politischen Praxis ermutigen wollen. Da Ullrich Hahn aber auch die theoretischen und philosophischen Grundlagen der Gewaltfreiheit gut kennt, bleiben die Praxisempfehlungen nicht banal.

## Jesus – Marx – und ich

*Edda Lechner: Eine Achtundsechzigerin in der Kirche, Forum Religionskritik 16, Münster 2020, 419 Seiten. 34,90 €*

*Von Franz Segbers*

In diesem Sinne steht Mao Gott näher als alle Bischöfe der letzten tausend Jahre.“ (283) Dieses Zitat aus einer Predigt von 1974 von Pastorin Edda Groth – nach ihrer Heirat Edda Lechner – führt direkt zurück in die Auseinandersetzungen jener Zeit. Lechners Buch ist keine wissenschaftliche Analyse, wohl aber ein Lebensbericht – reich bebildert, geradezu ein Archiv der aufregenden Jahre vor und nach 1968. Edda Lechner kommt von weit her: Aus dem Bauernmädchen in Norddeutschland wird die erste Frau, die in der Landeskirche ordiniert wird, aus der Kirche austritt und sich der kommunistischen Bewegung anschließt. Der Weg führte sie aus der Kirche heraus, aber sie blieb ihrem Grundanliegen treu: der Kampf für die Rechte der klein und arm Gehaltene. Das geht nicht ohne mit den Herrschenden in Konflikt zu geraten. Die junge Pastorin organisiert eine antiautoritäre Jugendarbeit und agiert auf dem Kirchentag 1968, der das Motto hatte „Hungern nach Gerechtigkeit“. Der Konflikt für die Rechte der Kleinen muss dort geführt werden, wo man ist: Im Kirchenvorstand, in Auseinandersetzungen um Predigten und Aktionen in der Gemeinde. Edda Lechner mag die Menschen und man spürt, wie sehr sie darunter leidet, dass ihnen ihre Rechte vorenthalten werden. Taktieren ist ihre Sache nicht. So gerät sie in Konflikten mit kirchlichen Bürokratien, die bloß verwalten und sich jeder inhaltlichen Auseinandersetzung verweigern. Mit ihrem Mann Helmut Lechner kommt sie zu dem Schluss: „Opas Kirche ist tot!“ – so steht es auf einem abgedruckten Bild. Beide

treten aus der Kirche aus und zahlen mit dem Verlust von Bezügen und Versorgungsansprüchen einen hohen Preis dafür. Edda Lechner schreibt: „Ich hatte meinen Glauben verloren.“ (362) Doch ihr Kampf geht weiter: Sie wird Schlosserin, arbeitet im Betriebsrat mit, führt Arbeitsgerichtsverfahren, kämpft für bezahlbaren Wohnraum, organisiert sich politisch im KBW, der PDS und der Linken in Schleswig-Holstein.

Edda Lechner hat ein zeithistorisches Dokument verfasst, das spannend zu lesen für die, die damals dabei waren. Und den Nachgeborenen gibt das Buch einen Blick in eine Zeit, welche die Gegenwart mehr prägt, als viele der damaligen Akteure und Gegner wahr haben wollen. Deshalb setzt der Lebensbericht ein ermutigendes Zeichen: Die damaligen Gegner haben nicht gesiegt. Edda Lechner bekennt sich im Schlusssatz zu ihrem Lebensmotto: Dem „einmal erkannten Ziel, in dieser Welt für Gerechtigkeit einzutreten“ (414).

## Ökonomie der Ungleichheit

*PIKETTY, Thomas: Ökonomie der Ungleichheit. Eine Einführung. München: C.H. Beck, 3. Aufl. 2020.*

Von Ulrich Duchrow

**D**ieses Büchlein (144 Seiten), 2020 in 3. Auflage erschienen, wurde erstmals 1997 auf der damaligen Datenbasis veröffentlicht. Das heißt, es enthält noch nicht den Stand der späteren großen Werke: *Das Kapital im 21. Jahrhundert* (2014) und *Kapital und Ideologie* (2020). Der Vorzug: Es bietet einen knappen Eindruck von Pikettys Ansatz. Er verwirft die falsche Alternative zwischen einer marktradikalen rechten und einer den Markt grundsätzlich in Frage stellenden radikal linken Position. Stattdessen will er im Detail Ausmaß und Entwicklung der Ungleichheit studieren und dann die Instrumente genau prüfen, die am ehesten die Ungleichheit überwinden helfen.

In einem 1. Teil geht es um Ausmaß und Entwicklung der Ungleichheit in den verschiedenen Einkommensarten: Löhne und Gehälter, Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Altersrenten, Transfer-einkommen und Vermögenseinkünfte – zusammengefasst in den 3 Kategorien Arbeitseinkommen, Sozialeinkommen, Kapitaleinkommen. Historisch ist es nicht zu einer progressiv zunehmenden Verelendung der Arbeitenden gekommen, sondern zwischen 1930 und 1980 zu einem Rückgang der Ungleichheiten, und zwar we-



sentlich auf Grund einer Politik der progressiven Steuern.

Der 2. Teil behandelt die Ungleichheit von Kapital und Arbeit. Hier ist es zu einfach, davon auszugehen, dass die Produktivitätsentwicklung immer anhand der gleichen Proportion von Kapital- und Arbeitseinheiten erfolgt. Da Arbeit durch Kapital substituiert werden kann, ist in einer Marktwirtschaft das Verhältnis immer wieder neu auszuhandeln. Deshalb ist jeweils herauszufinden, ob die Umverteilung von oben nach unten z. B. durch direkte Umverteilung (z.B. höhere Löhne)

oder durch fiskalische Umverteilung durchzuführen ist. P. ist eindeutig für das zweite Instrument, vor allem für eine progressive Kapitalsteuer (was er ausführlich in „Kapital und Ideologie“ ausarbeitet).

Im 3. Teil geht es um die Ungleichheit zwischen verschiedenen Arbeitseinkommen, die seit der Einführung des Neoliberalismus vor 40 Jahren extrem zugenommen hat. Hier sieht er als Hauptgegenmittel staatliche Bildungs-, Mindestlohn- und Antidiskriminierungspolitik, letzteres vor allem in der Form von affirmative action.

Der 4. Teil diskutiert noch einmal grundsätzlich die Frage der Instrumente der Umverteilung von oben nach unten. Die reine, oder steuerliche Umverteilung wird oft kritisiert, weil sie angeblich die Anreize zu Investitionen senkt. Das lässt sich aber empirisch nicht erhärten. Außerdem hätte ein steuerfinanziertes Bürger- oder Grundeinkommen insbesondere für ArbeitnehmerInnen im Bereich prekärer Arbeit große Vorzüge für die Bekämpfung von Ungleichheit. Aber auch die sog. „effiziente Umverteilung“ hat große Möglichkeiten. Dabei geht es außer um die staatliche Bildungspolitik vor allem um das gesetzliche Sozialversicherungssystem und Elemente keynesianscher Nachfragepolitik. Die wichtigste Form von Umverteilungspolitik ist allerdings die Organisation aller Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung in öffentlicher Hand.

Genau von hier aus könnte und müsste man Pikettys Position, die viele klassische sozialdemokratische Züge trägt, weiterdenken. Er sieht die sozialistische Position beschränkt auf das Scheitern des bürokratischen Staatskapitalismus. Wenn man wirklich die Grundversorgung in öffentliche Hand legen will, müsste man dann nicht die Vergesellschaftung (nicht einfach Verstaatlichung) privaten Ei-

gentums in viel größerem Maß ins Auge fassen? Wie soll z.B. das Recht auf ein Leben ermöglichendes Klima angesichts der Macht der Energiekonzerne usw. eingelöst werden? Zu diesen Fragen lohnt es sich, ein weiteres Buch als Ergänzung zu Piketty heranzuziehen: Christian ZELLER, Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen. München: oekom, 2020.

## BILDER- UND FOTOSNACHWEIS

Bilder und Fotos sind von der Redaktion bzw. von den Autor\*innen

## AUTOR\*INNEN-NACHWEIS

In der Reihenfolge der Beiträge

### Michael Krohn:

michael\_krohn(at)web.de

### Thomas Kegel:

thomas.kegel(at)mailbox.org

### Conrad Wilitzki:

c\_wilitzki(at)web.de

### Britta Rabe:

brittarabe(at)grundrechtekomitee.de

### Gregor Kritidis:

gregor(at)kritisdis.de

### Per Holderberg:

am.per.berg(at)googlemail.com

### Reinhard Gaede:

reinhard-gaede(at)gmx.de

### Elmar Klink:

elmar.klink(at)gmx.de

### Theo Sundermeier:

t.sundermeier(at)t-online.de

### Franz-Josef Overbeck:

sekretariat-bischofs-haus(at)bistum-essen.de

**Mitarbeit:** CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

**Artikel:** Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmefällen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scannfähiges Foto per Post.  
Adresse: [brsd.nord@mailbox.org](mailto:brsd.nord@mailbox.org), Thomas Kegel, Oeltzenstr. 16, 30169 Hannover.

**Sprache:** Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

**Endredaktion:** Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

## **CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose**

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

*Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).*

### **Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist, oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1/1980)

#### **Abonnements:**

Bundessekretariat des BRSD  
Andreas Herr  
Effnerstr. 26  
85049 Ingolstadt  
Tel.: 08 41/9 00 42 65  
E-Mail: brsd-sued@gmx.de

#### **Bezugspreis (inkl. Versand):**

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland € 30,- pro Jahr  
Föderabonnement € 25,- oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.  
KD-Bank · IBAN DE15 3506 0190 2119 4570 10  
BIC GENODED1DKD  
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam